DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

125 12. JAHRGANG Februar '95 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

TAZ IN DER KRISE

-Wir würden zu SchreibtischtäterInnen verkommen-, befürchtet die Hamburger Redaktion, falls die umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen wirklich durchgeführt würden. Erneut ist ein drastischer Personalabbau vorgesehen, was in Hamburg angesichts der weitgehend konstanten, lokalen Auflage auf Unverständnis stieß und schon mal einen Warnstreik auslöste. Mehr von internen Transferzahlungen und -Klassenkampfgetöse- auf
auf Seite 5.

INDIANER

Die schon viele Diskussionen auslösende -Rede des Häuptling Seattle- geriet vor kurzem ein weiteres Mal in die Schlagzeilen, als sie öffentlich als Fälschung bezeichnet wurde. Die eindringlichen, an das ökologische Gewissen appellierenden Worte sollen nicht auf einer Original-Rede sondern auf einem Filmmanuskript beruhen. Eine Dokumentation zur Fälschung
auf Seite 6.

JUGEND UND POLITIK

Politikresignation und Passivität unter Jugendlichen ist grade im sogenannten Superwahljahr von einigen KommentatorInnen benannt worden. Besorgte WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen befürchten bereits den -Verfall der politischen Kultur in Deutschland-. Werden Jugendliche aber mal direkt und detaillierter gefragt, ergibt sich ein ganz anderes Bild: Einmischung ja, aber eben da, wo sich konkrete Handlungsmöglichkeiten bieten. Ein engagierter Beitrag für offene Projekte und praxisnahe Jugendarbeit
auf Seite 10.

BILDARCHIV IN NÖTEN

Dem Berliner Umbruch-Archiv – seit einigen Jahren ein Fotoarchiv und eine Werkstatt für linke Gegenöffentlichkeit – droht das Aus. In einem offenen Brief beschreiben die Archiv-Leute ihre Situation und schlagen als Neuerung einen Medientreff für Austausch und Zusammenarbeit vor.
Seite 11

FREIE SCHULE

Daß Kinder freiwillig und selbstbestimmt ohne Zwang lernen können, ist den meisten wohl völlig fremd, außer sie besuchen eine Freie Schule. Motivation und Neugier sowie das Erlernen von sozialem Verhalten sind wesentlich wichtiger als Lesen und Schreiben. Als Beispiel einer Bildungsinitiative von unten stellt sich die einzige Freie Schule auf dem Land (Untertaunus) vor
Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

An der Tagung über Unternehmenskultur in genossenschaftlichen, alternativen und traditionellen Betrieben wurden insbesondere die Zukunftschancen von produktivgenossenschaftlichen Betrieben beleuchtet. Das thematische Spannungsfeld klang bereits im Titel an: -Ökonomie der Werte oder Werte in der Ökonomie-.

Einem Bedürfnis nach selbstverwalteten Arbeitsstrukturen folgend, gründeten einige PR-BeraterInnen in Bonn die erste PR-Agentur Deutschlands in genossenschaftlicher Rechtsform. Kooperative Kommunikation – der Name ist Programm und soll -lieber selbstbestimmtes als fremdbestimmtes- Arbeiten ermöglichen.
Seite 13

SOZIALPOLITISCHES FORUM 1994:

Soziale Grundsicherung ist notwendig

Angesichts der steigenden aktuellen Arbeitslosenzahlen, dem grassierenden Sozialabbau und dem bürokratischen Kahlschlag bei ABM-Kräften drängt sich immer deutlicher ein grundsätzlicher Richtungswechsel auf. Das Sozialpolitische Forum in München hat mit breiter Beteiligung in einem Manifest eine »soziale Grundsicherung« gefordert.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dieter Poschen, Peter Streiff, Redaktion Heidelberg ● Die aktuellen Arbeitslosenzahlen im Januar wurden zwar in ersten verniedlichenden Stellungnahmen als saisonbedingter Anstieg bezeichnet, dennoch sah sich auch das hessische Landesarbeitsamt – eines der Länder mit deutlich weniger als offiziellen 10% Arbeitslosen – veranlaßt, den Anstieg als -ungewöhnlich stark- zu bezeichnen.

Was für einige, wenige Tage in fast allen Medien für Gesprächsstoff sorgte, verdeckt indirekt den schleichenden Sozialabbau, die massive Verschlechterung der Situation auf dem 2. Arbeitsmarkt und die nachwievor untragbaren Verdienstmöglichkeiten für viele Menschen in den neuen Bundesländern – um nur einige Beispiele zu nennen. Wem ist es denn noch bewußt, daß es zwar einen weiterhin niedrigeren Tariflohn-Ost gibt, aber die Preise in den Läden von Köln bis Frankfurt an der Oder schon seit nach *der Wende gleich sind?*

Im Zusammenhang mit der 12. AFG-Novelle und den darauf folgenden Reaktionen wurde deutlich, worauf es dieser Regierung wirklich ankommt: Statt Beschäftigung zu fördern, werden einige Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik abgebaut. Obwohl bereits viele ABM-Projekte im Grunde sozialstaatliche Aufgaben wahrnehmen, sollen nun auf Grund einer Anweisung aus Nürnberg auch Arbeitsverträge mit untertariflicher Bezahlung erlaubt sein. -Berücksichtigungsfähiges Entgelt- nennt sich so ein Niedriglohn in verschleierndem Beamtendeutsch. Damit ist dann die bisher noch akzeptierte -heilige Kuh- Tariflohn für den 2. Arbeitsmarkt einseitig geschlachtet, was z.B. für das Netzwerk Selbsthilfe Saar eine alarmierende Entwicklung ist: ABM-Kräfte werden dadurch de facto zu BilligarbeitnehmerInnen mit allen denkbaren Konsequenzen für ihren weiteren beruflichen Werdegang.

140 TeilnehmerInnen aus 43 verschiedenen Initiativen und Organisationen nahmen Anfang Dezember 1994 am Sozialpolitischen Forum in München teil, das von der Sozialpolitischen Gesellschaft und der AG SPAK in Kooperation mit der Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen, dem Buntstift e.V., der Regenbogenstiftung Bayern, der Ökologie-Stiftung NRW, Querdenken e.V. in Thüringen sowie dem alternativen Bildungswerk Mitwelt in Sachsen-Anhalt ausgerichtet wurde.

Beim diesjährigen Themenschwerpunkt ging es um Umsetzungsmöglichkeiten von Modellen sozialer Grundsicherung. Besprochen wurden favorisierte Modelle und ihre Bedingungen – vom Reformansatz, die Regelsätze zu erhöhen, bis zur radikalen Opposition, die den Mindestlohn in der Höhe eines Sozialeinkommens vorschlägt. Ein Konsens über Kriterien und Kombinationen wurde erarbeitet. Aber auch Kritikpunkte, Gegensätze und Unverträglichkeiten waren Gegenstand der Diskussion.

Die Forderungen und Ergebnisse wurden im -Sozialpolitischen Manifest- festgehalten und vom Plenum der Tagung verabschiedet. Die Hauptforderungen lauten darin:

-Eine soziale Grundsicherung ist notwendig. Sie ermöglicht Entscheidungen, die Selbstbild und Lebenswelt beeinflussen; sie verbessert die Chancen, sich selbst zu gesellschaftlichen Prozessen zu vertreten; sie berichtigt falsch eingestellte Verteilungssysteme.

Grundsicherung ist derzeit nicht als Ersatz anderer Sozialleistungen anzusehen, sondern als deren Ergänzung.

Gegen Sozialabbau und Aushöhlung des Systems sozialer Sicherheit ist, insbesondere durch Ablehnung des Arbeitszwangs in jeder Form, entschieden einzutreten.- ●

Bericht, Kommentar, Thesen und das -Sozialpolitische Manifest- sowie eine Protestnote zur neuesten AFG-Novelle auf den Seiten 7 bis 9.

CONTRASTE-REDAKTIONSPLENUM

Unsere Redaktionsplenen sind offen für alle und finden in der Regel alle 3-4 Monate statt. Auf den Plenen werden die Schwerpunkte und Inhalte der nächsten Ausgaben geplant und diskutiert. Wir freuen uns über Leute, die ein Interesse daran haben, den Kurs der CONTRASTE mitzubestimmen und durch ihre ihre Teilnahme an den Diskussionen frischen Wind in die CONTRASTE bringen.

Der nächste Termin für schnell entschlossene LeserInnen:

24. bis 26. Februar 1995
in Fronhausen (bei Marburg)

Nähere Informationen über die Heidelberger Redaktion (Anmeldeschluß am: 22.2.95). ●

P 8008 E

DRESDNER NEUSTADT:

Ein Projekttheater ohne Projekt

»Diese DDR endlich mal in die Kiste bekommen, aber die Vergangenheit immer wieder verändernd in die Gegenwart einbrechen lassen!« Zwei junge Theatermänner wollen aus dem Projekttheater ein wirkliches Konzepttheater machen. So ehrgeizig ihr Anspruch ist, so aussichtslos erscheint die Finanzierung.

Von Michael Bartsch, Dresden ● Von Michael Bartsch, Dresden. -Eigentlich müßte sich der Staat solche Systemstabilisatoren wie uns gerade leisten!- Sascha Bunge hat nichts gegen die Rolle des Clowns, des domestizierten Rebellen, gegen die von kommunalen Geldern subventionierte Aufsässigkeit mit 80 Sitzplätzen. Dampfventil am Schnellkochtopf der Zeit sein, der führenden Nebenrolle des DDR-Kabaretts nicht unähnlich, wenn auch vom Genre her nicht vergleichbar. Im Projekttheater auf der Louisenstraße fiel Ende Juni 1994 für einige Monate zunächst der Vorhang und er hat sich Anfang Dezember keineswegs unter vergleichbaren Umständen wieder erhoben. Gemeint sind damit weniger die notwendigen baulichen Veränderungen. Nach dem Kauf des Hauses durch den Trägerverein, der von den 400.000 Mark immerhin mehr als zwei Drittel aufbrachte, steht im Theater wie auch in den Wohnungen des Hauses die Sanierung an. Die Wohnungen sollen übrigens für 16 Jahre preisgebunden und sozial vermietet werden. Im gesamten Grundstück wird eine Zentralheizung eingebaut. Zuschauerraum und Bühnenbereich behalten im Wesentlichen das gewohnte Flair. Den Ersatz der Holzwand hinter der Bühne durch Beton sollte kaum jemand bemerken. Wesentliches tut sich im Hinterhaus, wo Garderoben, Lager, Arbeitsräume und vor allem zwei Probebühnen ausgebaut werden.

Verändern aber soll sich vor allem das Konzept des Hauses, genauer: Es soll überhaupt eines werden. Michael von Oppen, seit mehr als vier Jahren hier, hat genug vom -Gemüsegarten- und den Spontanaktionen. Mitstreiter Sascha Bunge kennt er noch aus Berlin vom Hoftheater am Prenzlberg, das unter anderem mit -Lovely Rita- von Thomas Brasch vor drei Jahren hier gastierte. Zuletzt startete der vierundzwanzigjährige Theaterwissenschaftler ein Riesenprojekt im rumänischen Timisoara. Beide haben in den letzten Monaten im Gespräch um ein Konzept gerungen – sofern ihnen das tägliche Bohren nach Geldquellen Zeit dazu ließ. Was sie nicht wollen, ist einmal mehr klarer als das Realisierbare: Den Mainstream decken in Dresden genügend Theater ab, das Staatsschauspiel und auch kleinere Bühnen mit einem halboff-Theater-Image.

Der Anspruch des Projekttheaters, so er hoffentlich zum tragen kommt, wird statt dessen ein eminent politischer sein. Demokratie wird dabei nicht als Absicherung nach allen Seiten verstanden, sondern als das Recht eines Teils dieses Volkes auf seine Freiheit, seine Anarchie, auf das -Ausschreiten von Grenzen-. Das bundesdeutsche System sei hochstabil, so daß man sich wohl auf Lebenszeiten damit abfinden müsse, meint Sascha. Nun, auch westdeutsche Politiker gingen noch bis in den Herbst vor fünf Jahren nach eigenem lautstarken Bekunden von der Unerschütterlichkeit einer DDR aus. Abfinden ist nicht gleich identifizieren. Dennoch müsse man sich zu diesem System verhalten. Was Bombenschmeißen ausschließt und statt dessen Theater meint. Einen Raum, in dem das -Tempo der Zeit angehalten werden kann-, wo inmitten allgemeiner Besinnungslosigkeit noch ein Reflex stattfindet.

Fortsetzung auf Seite 3

RICHTIGSTELLUNG

In unserem Beitrag -Vergleich ökologischer Lebensversicherungen- in der Ausgabe Nr. 123, Seite 13 ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Nachfolgend eine Richtigstellung der GLS-Bank e.G., Bochum:

-Die in dem Artikel -Vergleich ökologischer Lebensversicherungen- enthaltene Information, Gelder aus der Firma -securvita- angebotenen Lebensversicherung -Vitarent- würden über die GLS Gemeinschaftsbank e.G. für ökologisch-ethische Projekte eingesetzt, ist falsch. Die GLS Gemeinschafts e.G. ist in keiner Weise an der Lebensversicherung -Vitarent- beteiligt.-

Stephan Rotthaus, Albert Fink

BÜNDNIS & PARTEI

Bundesweites Feministisches Bündnis (BFB) gegründet

Aus den zahlreichen Frauenstreikkomitees, die sich zum 8. März 1994 gebildet hatten, ist auf einem Treffen in Kassel Mitte Januar 1995 ein Bundesweites Feministisches Bündnis hervorgegangen. Dieses Bündnis wird eng mit der ebenfalls aus den Streikkomitees hervorgegangenen Initiative zur Gründung der -Feministischen Partei – Die Frauen- zusammenarbeiten.

Die Zielsetzungen des -Bundesweiten Feministischen Bündnisses- sind:

- Feministische Aktionen zu vernetzen und zu koordinieren,
- Gesellschaftliche Strukturen so zu verändern, daß alle Frauen ein selbstbestimmtes Leben verwirklichen können,
- daß diese Gesellschaft nicht länger auf Kosten anderer Völker und auch nicht mit der Konsequenz einer weiteren Zerstörung der ökologischen Grundlagen profitorientiert wirtschaftet.

Das Bündnis ist für alle Feministinnen und Feministische Gruppierungen offen.

Als erste Aktion erstellt das Bündnis zum Internationalen Frauentag ein Informationsblatt unter dem Motto: **Frauen · Macht · Welt · Wirtschaft.**
Das nächste Treffen findet am 22./23. April 1995 in Kassel statt. ●

Kontakt & Informationsmaterial:
Charlotte Rieger, Bordenauer Str. 5, 28211 Bremen

dp

STELLUNGNAHME:

Mehr Arbeitslose – durch Streichung von Feiertagen

Bei der Diskussion um die Streichung eines Feiertages – sei es der Buß- und Bettag oder der Pfingstmontag – werden wesentliche Auswirkungen überhaupt nicht angesprochen. Es geht nicht -nur- um einen Feiertag, sondern die Streichung eines Feiertages bedeutet einen nochmaligen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Damit einher gehen beträchtliche Einkommensverluste für viele Verbraucher/innen. Für viele wird das den Schritt vom -Gerade-noch-so mit dem Geld auskommen- in die Armut bedeuten.

Es ist eine einfache Rechnung: Nach Streichung des Feiertages muß jede/r Beschäftigte einen Tag mehr im Jahr arbeiten, das entspricht ungefähr 0,45 Prozent Mehrarbeit. Das hört sich zunächst nicht nach viel an. Aber es bedeutet, daß die Arbeit eines gleich großen Prozentsatzes der zur Zeit noch Beschäftigten durch diese Mehrarbeit ersetzt wird.

Konkret: Von derzeit ca. 40 Millionen Beschäftigten werden durch die Streichung eines Feiertages um die 200.000 arbeitslos werden; deren bisherige Arbeit wird dann von den noch verbleibenden Beschäftigten am ehemals arbeitsfreien Feiertag -mitgemacht- werden. Hunderttausende werden auf diese Weise Wohlstand, Glück, Zufriedenheit, Teilhabe am Arbeitsleben und nicht zuletzt Konsum- und Lebenschancen vorenthalten bzw. entzogen.

Angesichts der schon bestehenden gigantischen Arbeitslosigkeit ist die Streichung eines Feiertages – mit der Folge noch steigender Arbeitslosigkeit – ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

Wenn erst einmal ein Feiertag beseitigt ist, wird die Forderung nach Streichung des nächsten Feiertages oder von Urlaubstagen (bzw. aktuell die Senkung der Lohnnebenkosten, Anm. d. Red.) bestimmt nicht lange auf sich warten lassen. Die Auswirkungen aber – mehr Arbeitslose – sind in jedem Falle die gleichen, egal ob ein Feier- oder ein Urlaubstag gestrichen wird.

Es wird Zeit, daß nicht nur die Kirchen sich besinnen, nachdrücklich gegen die Streichung eines Feiertages zu protestieren. Es wird Zeit, daß Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsräte, Arbeitsloseninitiativen, sozial engagierte Menschen gegen die Streichung protestieren. ●

Roswitha Müller
Consumentenbund e.V., Köln

»DRESCHFLEGEL«:

Biologisches Saatgut

Dem Samenkorn kommt im Biologischen Gartenbau eine besondere Rolle zu. Es trägt die ganze Vergangenheit der jeweiligen Kulturpflanzensorte in sich. Bis vor 200 Jahren züchteten und vermehrten LandwirtInnen und GärtnerInnen ihre eigenen Nutzpflanzen. So entwickelte sich eine große Vielzahl unterschiedlicher, regional angepaßter Landsorten.

Redaktion Heidelberg ● Diese Landsorten zeichneten sich durch ein breites Spektrum an Eigenschaften aus. Große und kleine, frühe und späte Pflanzen wuchsen in diesen Beständen nebeneinander.

Mit Beginn der gewerblichen Züchtung wurden neue Zuchtziele verfolgt. Die Landwirte forderten Sorten mit höheren Erträgen. Die Mechanisierung der Landwirtschaft benötigte leichte und gleichzeitig erntbare Sorten. Die Industrie stellte Ansprüche an die gute Verarbeitungsfähigkeit der Sorten. Der Handel war interessiert an verzögerter Reife und guter Transportfähigkeit. Viele alte, bewährte Sorten verschwanden auch aus dem Angebot, da immer mehr Zuchtbetriebe aufgeben mußten. Auch die Einführung leicht löslicher Dünger und der Pestizide veränderte die Eigenschaften vieler Sorten. Durch leicht lösliche Düngesalze war die Ausbildung von starken Wurzelsystemen nicht mehr nötig. Die Förderung der Krankheits- und Bleikrauttoleranz wurde vernachlässigt, da beides mit Pestiziden unter Kontrolle gebracht werden kann.

Auch im gesündesten Bio-Garten können solche Pflanzen keine optimale Gesundheit zeigen. Daher ist es für biologisch arbeitende Gärtnerinnen und Gärtner wichtig, seit Generationen biologisch vermehrtes Saatgut in ihren Gärten zu verwenden. Dieses Saatgut sollte möglichst von Flächen stammen, die von Boden und Klima her den eigenen Gartenbedingungen entsprechen. (Von vielen konventionellen ZüchterInnen wird das Saatgut im südlichen Ausland vermehrt, um möglichst wenig klimabedingten Ertragsausfall zu haben). Bisher konnten Klein- und HobbygärtnerInnen Saatgut aus kontrolliert biologischem Anbau fast nur aus dem Ausland beziehen. Seit 1993 bietet nun -Dreschflegel- eine breite Palette an Gemüse-, Kräuter- und Zierpflanzsamen aus kontrolliert biologischen Betrieben an. -Dreschflegel- ist eine Gemeinschaft verschiedener Vermehrungsbetriebe, die zum Teil schon über viele Jahre ihre Sorten selbst vermehren. Durch Auslese unter natürlichen Bedingungen wird in den Betrieben versucht, den vernachlässigten alten Sorten ihre Vitalität zurückzugeben. Da auf den Betrieben verschiedene Klima- und Bodenverhältnisse herrschen, entstehen mit der Zeit regional angepaßte Sorten. Jede/r Kunde/in kann sich Sorten von Betrieben aussuchen, die ihren Anbaubedingungen entsprechen.

Spezielle Zuchtziele von -Dreschflegel- sind:

- Hohe Krankheits-, Schädlings- und Bleikrauttoleranz,
- gute Erschließung langsam fließender Nährstoffquellen,
- Anpassung an Boden- und Klimabedingungen,
- Erhalt der Gen-Vielfalt,
- Ertragssicherheit auch unter nicht optimalen Bedingungen,
- guter Geschmacks-, Nahrungs- und Gesundheitswert,
- gute Lagerfähigkeit, u.v.a.m.

Die -Dreschflegel- beschäftigen sich neben den gängigen Gemüsesorten auch mit dem Erhalt und der Verbesserung geeigneter alter Sorten, sowie mit weitgehend in Vergessenheit geratenen Kulturarten. Beispiel hierfür sind die bereits bei den Römern bekannte Gartenmelde und die Haferwurz.

Bei -Dreschflegel- werden nur frei blühende, reine Sorten angeboten. Diese zeichnen sich dadurch aus, daß sie Jahr für Jahr nachgebaut und beständig weiterentwickelt werden können. In diesen Pflanzen wird die genetische Vielfalt der Vergangenheit für die Züchtungen der Zukunft bewahrt. Im Gegensatz dazu stehen die F1-Hybriden, die am Ende einer intensiven und teuren Züchtung für ein Jahr hohe, beste Erträge bringen. Diese Hybriden können aber ihre guten Eigenschaften nicht weitergeben, da sich ihre Nachkommen in viele zum Teil völlig geschwächte Linien aufspalten.

Viele alte Sorten, die nicht mehr zugelassen sind, d.h. nicht mehr gewerblich gehandelt werden dürfen, sind gerade für HobbygärtnerInnen, PermafreundInnen und SelbstversorgerInnen interessant. -Dreschflegel- wird sich bemühen, solche Sorten anzumelden. Auch werden die Betriebe verstärkt an Neuzüchtungen arbeiten, um den GärtnerInnen optimale Sorten zur Verfügung stellen zu können. Die Anmeldung von alten und neuen Sorten beim Bundessortenamt ist mit hohen Kosten verbunden.

Ihr könnt uns dabei unterstützen, indem Ihr von uns Patenschaftsanteile dieser Sorte kauft. Als AnteilseignerInnen könnt Ihr dann am Züchtungsprogramm mitwirken, indem Ihr kostenfrei Saatgut erhaltet, um es auf Eurem Boden im Anbau zu testen.

Alle Betriebe von -Dreschflegel- arbeiten -Kontrolliert-Biologisch- (Bioland, Demeter). ●

Für 3 DM in Briefmarken gibt es weitere Informationen bei: Dreschflegel, Biologisches Gemüsesaatgut, Fückinghauser Weg 9c, 49324 Melle.

AUS DER BIOSZENE

Schleswig-Holstein:

Immer mehr Bio-Landbau

Die Zahl der Betriebe des ökologischen Landbaus ist in Schleswig-Holstein zwischen 1988 und 1994 von 91 auf 276 gestiegen, darauf wies der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Wiesen hin. Das Land hat dabei die -Umstellung- mit etwa 19,4 Mio. DM gefördert und will dies auch weiterhin tun. Aufgrund der schwierigen Finanzlage des Landes sei eine Förderung der -Beibehaltung- des ökologischen Landbaus aber nicht möglich und letzten Endes auch nicht sinnvoll. Notwendig sei die Erschließung neuer Absatzwege und entsprechende Marketingmaßnahmen, was in erster Linie von den Anbauverbänden geleistet werden müsse. Hier will das Land jedoch unterstützend mithelfen.

Österreich:

Vorreiterolle

Eine Vorreiterrolle beim Biolandbau hat sich Österreich nach Ansicht des dortigen Landwirtschaftsministers Fischler erarbeitet. Die Zahl der Betriebe sei von 300 im Jahr 1990 auf rund 13.000 im Jahr 1994 -explosionsartig angestiegen-. Als Gründe nannte er den -bevorstehenden Durchbruch von Bioprodukten in den Supermarktregalen- und die Einführung des Bio-Kontroll-Zeichens, das Schwindel verhindere. Nach dem EU-Beitritt sollen die Förderbeiträge von derzeit 355 DM/ha Ackerland auf 639 DM erhöht werden.

Sachsen:

Sachsen fördert Biobäcker

Ein Intensivseminar -Backwarenherstellung mit Zutaten aus ökologischem Landbau- hat das sächsische Landwirtschaftsministerium im Rahmen seiner Werbeaktivitäten zu dem kürzlich eingeführten Öko-Prüfsiegel -Ökopunkt- angeboten. Darüber hinaus standen Marketingkonzepte und Verkaufsstrategien zur Kundinneninformation und Absatzförderung auf der Tagesordnung. ●

NETZWERK WILL LINKES AKTIONSBÜNDNIS OHNE HIERARCHIE SCHAFFEN

Jetzt wird Bayern knallrot

Rund 25 parteiverdrossene Jugendliche aus verschiedenen Städten in Bayern gründeten im August 94 »Knallrot e.V.«. Als »Netzwerk linkswilder Aktionsgruppen« will der Verein der »bierernsten, etablierten Politik eine deftige Portion humorvoller Opposition und linkes, lustvolles Engagement« entgegensetzen. Motto: »Bunte Aktionen statt schwarze Versprechen«.

In seinem -Augsburger Manifest- hat sich der Verein radikaldemokratischen Prinzipien verschrieben. Hierarchien sollen vermieden werden. Angestrebt wird eine -freie, friedliche, sozialistische Zukunft-. Mitglied in dem Verein kann jeder werden. Wer allerdings ein -Amt- wahrnimmt, darf nicht älter als 28 Jahre sein. Denn, so die SprecherInnen, Stefanie Deason, 22, und Roland Schrödel, 24, aus Ingolstadt: -Apparatschiks- sollen ausgeschlossen bleiben.

Warum hat sich »Knallrot e.V.« gegründet?

Stefanie: Uns wurmt, daß Jugendliche und junggebliebene Erwachsene nicht ernst genommen werden. Uns geht es um eine lebenswerte Umgebung: Genug zukunftsorientierte und ökologisch verträgliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze, schülergerechte Schulen und mehr Mitsprecherecht in der Politik. Außerdem wollen wir ein selbstbestimmtes Leben für sogenannte Minderheiten.

Welche schlechten Erfahrungen habt ihr als Jugendliche denn machen müssen?

Stefanie: Ich habe bei meiner Ausbildung erleben müssen, daß Mädchen die schlechteren Arbeiten bekommen. Männer haben es leichter.

Roland: Als ich mit 15 in die SPD eingetreten bin, war ich idealistisch. Ich habe aber schnell gemerkt, daß man nur dann unterstützt wird, wenn man gefällt und sich anpaßt. Ich bezeichne mich als -Jungsozialist- und nicht als -Junger Sozialdemokrat-. Die SPD rutscht aber Stück für Stück nach rechts. Nach dem -Asylkompromiß- bin ich ausgetreten.

Was wird »Knallrot« tun?

Roland: Die Arbeit soll auf kommunaler Ebene laufen. Ein Schwerpunkt wird die Antifa-Arbeit sein, wo z.B. Protest gegen den Wahlkampf der REP's organisiert wird.

Warum arbeitet Ihr nicht in einem bestehenden Verband oder einer Initiative mit?

Stefanie: Einige von uns waren in anderen Jugendverbänden, wo sie sich in Hierarchien einordnen mußten und in ihren Aktionen eingeschränkt waren. Wir wollen uns aber nicht verbiegen lassen. Außerdem wollen wir kein Laber-Verein mit ewigen Diskussionen sein, ohne daß dabei etwas herauskäme.

Wieso seid Ihr sicher, daß Ihre dieser Gefahr entgeht?

Stefanie: Sicher können wir nicht sein. Aber wir sind gebrannte Kinder und passen auf, daß wir unsere Ideale nicht aus den Augen verlieren. Der föderale Aufbau sorgt dafür, daß die Gruppen gleichrangig sind – egal, ob sie aus 3 oder 30 Leuten bestehen.

Wir rot muß eine oder einer sein, um mitmachen zu können?

Stefanie: Das Spektrum reicht von Autonomen über ehemalige GRÜNE und SPD-Mitglieder bis zu Leuten von der PDS. Es machen aber auch Menschen mit, die nirgends organisiert sind. Die wollen wir primär ansprechen.

Passen die alle unter einen Hut?

Roland: Auf dem Gründungstreffen haben wir das -Augsburger Manifest- verabschiedet. Es war zwar schwer, aber wir haben uns auf etwas einigen können, mit dem wir alle zufrieden sind.

Ist »Knallrot« die »Volksfront auf Bayerisch«?

Stefanie: Der Name -Volksfront- ist ja schon besetzt. -Nationalkomitee Freies Bayern- trifft die Sache schon eher. ●

Interview: Martin Finkenberger
Aus: -Neues Deutschland- 6.10.94

Kontaktadresse für -Knallrot-
Büro: Roland Schrödel
Am Bachl 11
85049 Ingolstadt
☎ (08 41) 3 30 44

FORSETZUNG VON SEITE 1:

Ein Projekttheater ohne Projekt

ALS KIESEL IM MAGEN

In den Vorstellungen der beiden Neustädter Theatermacher mischen sich ein historischer und ein fundamentalistischer Aspekt. Es geht gegen Geschichtsklitterung, die Kolportage von Biografien, die wir uns ja, nun wiederholt es auch noch der Bundespräsident, endlich erzählen sollten. Und wenn vordergründig einheitstümelnd zur Besinnung auf das Gemeinsame statt das Trennende aufgerufen wird, geht es auch gegen das dahinter versteckte Lob für den rasanten und möglichst totalen Anpassungswahn der Beitreter. Eben nicht Einheit um jeden Preis. -Erst mal Luft holen nach vier Jahren!- Immerhin, dieser deutsche Koloß aber nötigt Respekt ab, wie er ein ganzes Land schluckt und in zehn oder fünfzehn Jahren restlos verdaut.

Ein künftiges Projekttheater aber will diesem Monster zumindest als zweifelnder Kiesel im Magen liegen. Aus den Anfragen an die eigene Geschichte folgen die an die Gegenwart. Der Raum des Theaters als Sichtbarmachung des umgebenden Wandels. Wieder sollen es Biografien sein, die über das Theater plausibel werden, die überhaupt als wichtig herausgehoben werden angesichts ihrer Entwertung durch Vermassung. Eine Entwertung des Einzelnen, die wiederum durch öffentlichen Scheinindividualismus kaschiert wird. Sascha Bunge schwebt mehr induktive Methode vor, die Verallgemeinerung vom subjektiven Einzelfall her. Strukturen mittels ihrer Elemente aufdecken. Dabei flattern dann weitere Zeit-Ungeister auf: Verdrängung des Gevatters Tod, Jugendlichkeitswahn bei gleichzeitiger Kinderfeindlichkeit, Zerstörung der Familie, ein neurotisches Nationsverständnis, Gefühlsurrogate. Das klingt ja richtig wertkonservativ, wirft der Autor dazwischen und erfährt nach einer weiteren Gesprächsstunde zögernde Zustimmung. Das politische Spektrum ist eben ein Kreis und kein Halbkreis. Und wahrscheinlich können die Visionen von Oppen und Bunge und vielen kaum anders als die ganz alten sein.

GELD ZUR unZEIT

Wie bringt man so was übers Theater? Baustein für Baustein wollten die beiden zu einem Zyklus von etwa 10 Aufführungen zusammensetzen. Vorwiegend eigene Produktionen, wobei es sich nicht um die Selbstinszenierung eines Oppen/Bunge-Theaters handeln solle, betonen sie. Ein Konzept liegt vor und ist angesichts der Umstände schon fast wieder hinfällig. Film, Lesung, Konzert, Talk und eine unZEIT-Nachtrevue sollten neben den Inszenierungen zu festen Bestandteilen eines Musterspielplanes werden. In summa geschätzte Jahreskosten: 1,4 Millionen. Bisherige institutionelle Förderung durch das Kulturamt: 100.000 jährlich. 150.000 Mark kommen vom Arbeitsamt, etwa 130.000 können durch Karteneinnahmen gedeckt werden. Bleibt ein Zuschußbedarf von etwa einer Million.

Mittlerweile wollen die beiden am liebsten auch noch über die Auftaktinszenierung schweigen, geplant war Heiner Müllers -Philoktet- nach Sophokles. Stiftungen und private Sponsoren nicken zwar interessiert, heraus kam bisher kaum etwas. Vom Kulturraumgesetz wird Dresden wegen seiner massierten höfisch-ländlichen Einrichtungen nicht profitieren. Dennoch bleibt der Ruf nach öffentlichen, das heißt kommunalen Geldern, denn nur mit einer längerfristigen Grundsicherung läßt sich ein Konzept auch durchhalten. Beim gegenwärtigen Trend, institutionelle Förderung zurückzufahren und nur noch projektbezogen Geld zu geben, erscheint das Vorhaben doppelt schwierig. Und dann vergraulen die provokanten Theatermacher auch noch das Kulturamt mit einem Werbespruch wie diesen: -Wenn die Morgensonne flötet – tötet, freie Dresdner, tötet!- Das bereits gedruckte Theaterplakat zu Spielzeitbeginn wurde wegen Verfassungsbedenken wieder eingestampft. Erfahren haben das die Projekttheaterleute erst, als alles schon passiert war. So ähnlich wie früher, meint Sascha. Nach eigenem Bekunden hatten die beiden Projektanten aber bei der Geldsuche bislang nicht den Eindruck, daß sich mangelnde Gebefreudigkeit mit den konzeptionellen nonkonformen Inhalten erklären ließe.

POLITISCHE ENTSCHEIDUNG

Eine Million ist schlichtweg nicht zu finanzieren, muß Kulturdezernent Jörg Stüdemann spontan bekennen. Auf ihn richten sich die hoffnungsvollen Blicke, bei ihm liegt das eingereichte Konzept. Wolfgang Mähnert vom Kulturamt verweist auf seinen neuen Chef im Rathaus. Es sei eine politische Entscheidung, wie es finanziell auf der Louisenstraße weitergehen werde.

Anfang Oktober 1994 herrschte nicht gerade ausgelassener Frohsinn im Büro auf der Louisenstraße. Man weiß ja, daß man im doppelten Sinne viel will – finanziell und theaterpolitisch. Schweren Herzens habe man sich entschlossen, das Konzept erst einmal auf Eis zu legen, teilt Michael mit. Wie sollte man auch mit den Kosten runtergehen? Ein Stück 15mal en suite spielen? Entweder Konzept oder nicht. -Die Neustädter Szene braucht das-, sagen die beiden Chefs. Kampfesmüde, schon fast dem Fatum ergeben, rechnen sie mit dem Schlimmsten. Vier Angestellte, teils ABM-Kräfte, hängen auch noch daran. Zwei Inszenierungen soll es schließlich doch noch geben bis zum Jahresende. Ausbaufähig, etwas mehr als nichts. Das Ende dieses Projektes wäre auch das Ende des Dresdner Engagements von Michael von Oppen und Sascha Bunge. Beim Aufräumen der Unterlagen sind sie schon. Makabre Voraussicht: -Als ginge es bald um eine Übergabe...-●

Aus: SAX, Dresdner Stadtzeitung, Nr. 11/94

EINLADUNG FÜR EIN

OST (Jugend-)Projekte-Treffen

Nachfolgend veröffentlichen wir ein Einladungsschreiben der »jungen welt« für ein OST (Jugend-)Projekte-Treffen am 11. März 1995 in Berlin. Dabei gehts um's Kennenlernen (Wen gibts noch so alles?), Austausch (Wer weiß was, was andere noch nicht erfahren haben?), Diskussion (Wer macht was, warum und demnächst?) und Spaß haben. Insgesamt ist wohl einiges noch relativ offen und hängt von den Wünschen der TeilnehmerInnen ab.

Liebe Leute,

manche von euch haben es schon telefonisch erfahren, manche wissen noch nichts. Die Tageszeitung -junge Welt- will zum Abschluß der Reportage-Serie -Jugendprojekte in der Ex DDR-, in der besetzte Häuser, autonome Cafes, Mädchenprojekte, ein Jugendflüchtlingsheim und ein deutsch-polnisches Gymnasium vorgestellt wurden, eine Veranstaltung machen, zu der Ihr herzlich eingeladen seid.

Das Projekt richtet sich an alle selbstorganisierten, im weitesten Sinne linken Jugendprojekte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Aktive aus allen fünf neuen Ländern sollen sich an einem Wochenende in Ostberlin treffen, sich kennenlernen und über das diskutieren, was sie beschäftigt. Als Abschluß, zum feiern, tanzen und entspannen, ist ein Konzert geplant, das auch dem Berliner Publikum als -junge Welt-Konzert- offenstehen wird.

Berlin als Veranstaltungsort hat zwar den Nachteil des Metropolenzentralismus, andererseits ist es für alle Beteiligten eben auch leicht erreichbar. Außerdem ist es Sitz der -jungen Welt-.

Die Planung für die Veranstaltung ist noch nicht abgeschlossen und wir wenden uns bewußt jetzt schon an Euch, um Vorschläge möglichst noch miteinbeziehen zu können und auch zu erfahren, wo Schwerpunkte Eurer Interessen liegen. Bisher ist folgendes vorgesehen:

Anreise am Freitag oder Samstag abend. Übernachtung mit Schlafsäcken. Am nächsten Tag gemeinsames Frühstück, kurzes Plenum mit Filmausschnitten zur Einstimmung (über besetzte Häuser, Jugendpolitik DDR/BRD, usw.) Aufteilung in Arbeitsgrupen zu verschiedenen Themen, die über den Tag in lockerer Atmosphäre diskutieren. Anschließend Plenum, in dem die Ergebnisse ausgetauscht werden. Denkbar ist auch, wenn daran von Eurer Seite Interesse besteht, eine Podiumsdiskussion zu machen, auf der neben VertreterInnen der selbstorgansierten Projekte zwecks Debatte und Streit auch Leute aus der -offiziellen- Jugendpolitik sitzen, z.B. einE MinisterIn, einE PDS-VertreterIn, etc. Abschließend wie gesagt, wäre das Konzert...

Als Themen für die Arbeitsgruppen hätten wir bisher folgende Vorschläge:

- Kommerzkultur versus Selbstorganisierung. Werden nach der Wende entstandene Freiräume durch Konsum/Integration allmählich erstickt? Wie ist das Verhältnis zb. Techno und Drogen in den einzelnen Projekten?
- Welche Formen der Selbstorganisierung gibt es, wie funktionieren sie jeweils, wo liegen die Probleme? Wer trägt die Verantwortung für was, welche Strukturen sind entwickelt worden?
- -Gegen Sexismus, Rassismus, Faschismus- – Was wird davon in die Praxis umgesetzt, was einfach nur als Forderung mit herumgetragen? Wie sieht die politische Bilanz nach fünf Jahren Großdeutschland aus?
- Ist Jugendkultur in der Ex-DDR eine Männerkultur? Welchen Platz haben darin Mädchen und junge Frauen?

Der Katalog ist natürlich erweiterbar, allerdings sollten wir insgesamt nicht auf viel mehr als fünf Arbeitsgruppen kommen, um das Ganze übersichtlich zu halten.

Als Unterstützung oder Serviceleistung für die eingeladenen Projekte wird die -junge Welt- bis dahin auch eine umfassende Recherche durchgeführt haben, wo es für welche Projekte beim Staat/dem Land/der Europäischen Union noch Gelder gibt, und auf welchen Weg sie beantragt werden müssen. Das Ergebnis würden wir Euch in Form eines Faltblattes/Infostand auf der Veranstaltung mitteilen.

Die -junge Welt- hat ein Interesse an der Veranstaltung, zum einen, weil sie sich als linkes Projekt versteht, das eben vor allen Dingen eine junge LeserInnenschaft erreichen und auch politisch intervenieren will, zum anderen, weil die Zeitung ökonomisch immer noch auf wackligen Beinen steht und wir uns auch einen gewissen Werbeeffekt erhoffen. Aber keine Angst, es werden keine jW-Winkelemente ausgeteilt werden, und eine Partei sind wir ja definitiv auch nicht...

Wir würden uns freuen, möglichst schnell von Euch Rückmeldungen zu bekommen, ob Ihr Interese habt und wieviele aus Eurem Projekt sich vorstellen könnten, zu kommen. Am besten schriftlich an die unten angegebene Adresse /(oder Fax), beides zu Händen Miriam Lang. Außerdem bitten wir Euch, diesen Brief an andere Projekte in Eurer Umgebung und FreundInnen weiterzuleiten, damit er möglichst flächendeckend verbreitet wird.●

Also dann bis bald. Bis dahin viel Erfolg und Spaß und liebe Grüße.

Miriam

Nachfragen und Anmeldungen:
junge Welt, PSF 39, 12414 Berlin
☎ (0 30) 688 3430-1, Fax 68834-397/398

AUS DER SOZIOKULTURELLEN SZENE

Kulturpolitische Gesellschaft:

»Der Kulturstaat braucht kulturelle Bildung«

Die Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft hat Mitte November 1994 unter der Überschrift -Der Kulturstaat braucht kulturelle Bildung- einen Appell an die Bundesregierung und die Bundesländer verabschiedet.

Die Absicht des Bundesministeriums des Innern, die Förderung der sogenannten -Leuchttürme- langfristig zu sichern und dafür 690 Mio. DM zur Verfügung zu stellen, wird begrüßt.

Kritisch wird jedoch angemerkt: -Es wird jedoch deutlich, daß die Förderung sich ausschließlich auf künstlerische Einrichtungen beschränkt, die 'exemplarisch für den Rang Deutschlands als Kulturland stehen' sollen. Institutionen neuer Kultur und kultureller Bildung fehlen dagegen fast völlig. (...)

Eine lebendige Kulturnation kann nach unserer Auffassung nur entstehen, wenn das kreative Ausdrucksvermögen bereits bei Kindern und Jugendlichen gefördert wird. Sie brauchen die Chance, kulturelle Kompetenz in den ihnen gemäßen Formen zu erwerben. Künstlerische Repräsentation von nationalem und internationalem Rang kann es ohne kulturelle Bildung auf Dauer nicht geben!

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich an die eigene Positionsbestimmung und Wertschätzung, die in den Antworten zur Großen Anfrage 'Kulturelle Bildung' (1990) und zur Kleinen Anfrage 'Kunst und Kultur für Kinder' (1993) zum Ausdruck kommen, zu erinnern und diese in praktische Förderungspolitik umzusetzen. (...) Gerade angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen ist eine auf Persönlichkeitsentfaltung und die Stärkung der Mitverantwortlichkeit gerichtete kulturelle Bildung für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland unverzichtbar. 'Leuchttürme' sind für die Entwicklung der kulturellen Landschaft und für das internationale Ansehen des Kulturstaates Deutschland wichtig. Damit sie ausstrahlen und ihre Wirkung entfalten können, bedarf es auch der kulturellen Bildung!-●

Zeitschrift für die Kleinkunstszene:

TROTTOIR

Seit November 1993 erscheint Trottoir, eine Fachzeitschrift für die Kleinkunstszene, die vierteljährlich über neue Produktionen und Premieren aus den Bereichen Kabarett, Kleinkunst und Varieté berichtet. Durch die MitarbeiterInnen von Trottoir, die u.a. aus Berlin, Hamburg, Dresden, München, Zürich und Wien berichten, wird der gesamte deutschsprachige Raum abgedeckt. Ein bundesweiter Kulturkalender mit Kabarett-, Kleinkunstfestivals sowie Ausschreibungen für Veranstaltungen runden das Informationsangebot ab.

Nach eigenen Angaben erreicht Trottoir 5.000 professionelle KünstlerInnen und 15.000 VeranstalterInnen. Probehefte sind bei Maltha Kulturwerbung, Pfarrer-Leismann-Str. 8, D-56751 Polch erhältlich.●

Qualifizierung:

Verband für sozial-kulturelle Arbeit

Der Bundesverband für sozial-kulturelle Arbeit bereitet eine Qualifizierungsmaßnahme für haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen in sozial-kulturellen Einrichtungen vor. Angesprochen sind alle, die in Bürgerzentren, Nachbarschaftsheimen, Stadtteilzentren, Gemeinwesenprojekten etc. tätig sind.

Die geplante Fortbildung berücksichtigt die spezifischen Anforderungen an MitarbeiterInnen in solchen Einrichtungen (NutzerInnenorientierung, multikulturelle und generationsübergreifende Arbeit, Vernetzung, Hilfe zur Selbsthilfe) und soll die Kompetenzen auf dem Gebiet der sozial-kulturellen Arbeit erweitern. Fester Bestandteil des Curriculums werden gemeinsame und eigenständige Seminare sowie Praktikums- und Hospitationsphasen sein.●

Nähere Informationen über den Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., Slabystr. 11, D-50735 Köln, Tel. (02 21) 760 69 59.

Nordrhein-Westfalen:

Nicht Sahne, sondern Hefe

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, äußerte sich anläßlich des 20jährigen Bestehens des Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit in Wuppertal zur Situation der Kultur: In NRW könnte selbst in Zeiten knapper Kassen nicht von einem -Kahlschlag- oder vom -Raubbau an der Kultur- die Rede sein, NRW sei und bleibe eine selten vielfarbige und vielgestaltige Kulturlandschaft. -Kultur ist nicht die Sahne auf dem Kuchen, die wir uns in Zeiten wirtschaftlichem Wachstums und sozialer Sicherheit erlauben dürfen – Kultur ist die Hefe im Teig unserer Gesellschaft. Sie wirkt auf vielfältige Weise in unser aller Leben hinein. (...) Die kulturelle Grundausstattung darf nicht angetastet werden, denn für eine demokratische Kultur ist es notwendig, daß sie für alle verfügbar bleibt. (...) Die Zeiten der übervollen Gießkannen sind vorbei, aber an ihrer Stelle darf nicht eine Kulturpolitik der Rasenmäher treten.- Die schwierige finanzielle Situation begreift Rau als Chance für neue Ideen und neue Organisationsformen.●

Aus: Informationsdienst Soziokultur 4/94

AUS DER SOZIOKULTURELLEN SZENE

Sachsen:

Kulturelle Jugendarbeit

-Der große Aufbruch endet in Frust- – so war im September 1992 in der Zeitung -Das Parlament- ein Beitrag zur kulturellen Situation der Jugend in den neuen Bundesländern überschrieben. Für den Großteil der Jugendlichen hat diese Aussage auch heute nichts an Gültigkeit eingebüßt. Die überall gegenwärtigen Probleme des Übergangs von der Kinderzeit ins Erwachsenenleben werden im östlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich durch eine Reihe weiterer Faktoren verstärkt: hohe Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Erfahrungen im Umgang mit fremden Kulturen und das Wegbrechen vieler Jugendfreizeitangebote durch Schließung und Kommerzialisierung.

Die verbliebenen bzw. neu entstandenen Einrichtungen der (sozio)kulturellen Jugendarbeit haben vor diesem Hintergrund eine kaum zu überschätzende Bedeutung als Begegnungsorte und Netze für entstehende Identitäten und neue Lebensentwürfe von Jugendlichen. Diese soziokulturellen Angebote knüpfen z.T. an traditionelle DDR-Einrichtungen wie Jugendclubs und Kulturhäuser an, orientieren sich aber auch an den im Westen gängigen soziokulturellen Zentren.

Dies ist der Ausgangspunkt für ein Projekt, das die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren und Initiativen Sachsen e.V. und der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. in der Zeit von Oktober 1994 bis Juni 1996 mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in Sachsen durchführt.

Die im Rahmen dieses Projektes durchzuführenden Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen, die Hospitationen, Arbeitskonferenzen und Informationsdienste richten sich an MitarbeiterInnen aus Einrichtungen und Projekten, die im Bereich der kulturellen Jugendarbeit tätig sind.

Am 2. und 3. März 1995 findet im Kraftwerk in Chemnitz eine erste Arbeitskonferenz statt. Das vorläufige Programm:

-Kulturelle Jugendarbeit in soziokulturellen Einrichtungen-

2. März 1995
Begrüßung – Vorstellung des Projekts – Jugendkulturelle Arbeit in Sachsen, Probleme, Perspektiven, Ansätze, Praxisbeispiele – Alltagssituation, Probleme und Perspektiven von Jugendlichen in den neuen Ländern.

3. März 1995
Cool bleiben, Lebensstile, Werte und Mentalitäten von ostdeutschen Jugendlichen – Jugendkulturelle Arbeit aus der Sicht verschiedener Verbände sowie aus der Sicht des Landes und der Kommunen. ●

Information: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V., Wilhelm-Nieswand-Allee 104, D-45326 Essen, Tel. (02 01) 35 02 81, Fax 35 29 70.

Baden-Württemberg:

Kommunalverwaltung in Tübingen sucht 10 Millionen

Wenn in diesen Zeiten kommunale Verwaltungen auf der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten in Millionenhöhe sind, finden sie immer wieder auch die Haushaltsansätze der soziokulturellen Zentren. So auch in Tübingen: Der Oberbürgermeister legte dem Gemeinderat eine -Liste der Grausamkeiten- vor, die, in die Praxis umgesetzt, die Schließung des soziokulturellen Zentrums -Sudhaus- bedeuten würde. Eingespart werden sollen damit nach Berechnungen der Stadtverwaltung 400.000 DM, eine vergleichsweise lächerliche Summe, berücksichtigt man, daß das Sudhaus eines der komplexesten Zentren in Baden-Württemberg ist.

Jährlich rund 360 Veranstaltungen in den Bereichen Musik, Theater, Kabarett, bildende Kunst, politische Podien u.ä. Neben dem Veranstaltungsbereich stellt das Sudhaus mit Proben- und Seminarräumen, mit Ateliers und Werkstätten für die gesamte Stadt eine intensiv genutzte Infrastruktur für dauerhafte oder projektweise Produktionsarbeit zur Verfügung.

In einer Presseerklärung machen die BetreiberInnen des Sudhauses außerdem darauf aufmerksam, daß das von der Stadt errechnete Einsparpotential nicht berücksichtigt, daß Teile des öffentlichen Zuschusses in Form von Mietzahlungen zurück in die Stadtkasse fließen. Letztlich würden bei einer Schließung nicht 400.000 DM, sondern nur 135.000 DM an effektiver Einsparung zu Buche schlagen. Fazit: -Wer angesichts dieser Fakten die 'Opferung' des Sudhauses als unvermeidlich darstellt, seine Schließung gar als ökonomisch effektive Tat im Rahmen der Suche nach entbehrlichen 10 Millionen DM definiert, riskiert, mitgewirkt zu haben an einem Schwabenstreich der besten Sorte.- ●

(nach einer Presseerklärung des Soziokulturellen Zentrums Sudhaus vom 2.12.1994)

Aus: Informationsdienst Soziokultur, 4/94

BESPRECHUNG: COMICS

Der Postmoderne Mr. Punch

»(...) Comics werden als vibrierende und lebende Kunstform wahrgenommen, die reich an unerforschten Möglichkeiten und verborgenen Kapazitäten ist (...). Da diese Entwicklung an Kraft gewinnt, befinden sich die Comics am Rande eines Quantensprungs, der die alten Barrieren und das Gelände grenzenlos fremd und anders werden läßt.«

Diese Worte von Alan Moore, selbst ein Comic-Schaffender von hohem Rang (er schrieb die Texte zu der vielprämierten Serie -Watchmen-), entstammen einem Vorwort, das er für den Comic -Violent Cases- schrieb. Das war 1987 und gleichzeitig die erste Zusammenarbeit der beiden Engländer Dave McKean und Neil Gaimann. Mittlerweile haben die beiden – allein oder gemeinsam, gut oder nicht so gut – einiges mehr veröffentlicht. Jetzt präsentieren sie mit -Die tragische Komödie oder komische Tragödie des Mr. Punch- erneut ein Werk, auf das die obigen Worte genau zutreffen und auch die Thematik von -Violent Cases-, die Bewältigung von Kindheitserlebnissen, wieder aufnimmt.

-Mr. Punch- handelt von einem achtjährigen Jungen,

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

der den Sommer Ende der 60er Jahre bei seinen Großeltern verlebt. Sein Großvater betreibt an einem kleinen Küstenort einen mickrigen Vergnügungspark, dessen Attraktivität genauso armselig ist wie das graue Wetter über der trostlosen Stadt. Hier begegnet der Junge dem -Mr. Punch and Judy--Mann, dem Betreiber einer Art englischen Kasperletheaters. Der -Star- der Show ist die Handpuppe -Mr. Punch-. In einer Mischung aus Faszination und Verstörung steht der Junge dieser grausamen Karikatur eines Spaßmachers, die auf der Bühne reihenweise seine Gegenspieler fiktiv umbringt, gegenüber.
In der Darstellung des -Mr. Punch- verdichtet sich das innere Drama des Jungen, der in der äußeren Welt mit einem

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

verbrecherischen Mysterium konfrontiert wird. Die Mischung aus Phantasie und Realität wird zeichnerisch von McKean in einem gnadenlosen Eklektizismus umgesetzt.

So postmodern wie die graphische Umsetzung ist auch die Aussage des Buches, die da lautet: Wenn du in Zukunft frei leben willst, muß du erst die Probleme aus deiner Kindheit-lösen. Denn zum Schluß kulminiert der Kampf auf der Bühne des Puppentheaters zwischen dem Teufel und Mr. Punch, bei dem der Leibhaftige unterliegt und Mr. Punch schreit: -Der Teufel ist tot. Jetzt kann jeder machen, was er will!-

Geadelt wird dieses Werk vor allem durch die assoziative Collagenform, in der McKean seine unterschiedlichen Stileinflüsse dazu benutzt, die Reise des Erzählers durch dessen eigene Psyche zu begleiten und die Angst und Ohnmacht des Jungen vor der Erwachsenenwelt deutlich zu machen.

Ein Comic also, der im 99. Lebensjahr der graphischen Erzählkunst eindrucksvoll die Vielseitigkeit und Tiefe des Mediums unter Beweis stellt. ●

Jörg Petersen

-Die tragische Komödie oder komische Tragödie des Mr. Punch-. Von Neil Gaimann (Text) und Dave McKean (Grafik). 100 Seiten, vierfarbig, Hardcover, DM 49,80, Feest Verlag, Stuttgart.

Freigegeben ohne Altersbeschränkung

Wenn man sich die traditionsreiche Geschichte der Comics anschaut (im nächsten Jahr wird dieses ebenso moderne wie oft verschmähte Medium genauso alt wie der Film, nämlich 100) könnte man glatt der Versuchung anheim fallen, Comics grob in zwei Arten einzuteilen: Auf der einen Seite die – zumeist lustigen – Comics für Kinder, auf der anderen die Erwachsenen-Comics, die sich mit ihren Themen an ein reiferes Publikum wenden.

Zwischen diesen beiden vermeintlichen Extremen gibt es aber auch immer wieder Werke, die sich scheinbar ausschließlich an ein Kinderpublikum wenden, in Wahrheit aber von beiden -Zielgruppen- mit Genuß gelesen werden können. Zu solchen Comics gehören Klassiker wie -Tim und Struppi-, -Asterix- oder die -Donald Duck--Geschichten von Carl Barks. Das Geheimnis an ihnen ist, daß sich ihre Faszination auf sowohl alte als auch junge LeserInnen nicht daraus erklärt, daß die älteren KonsumentInnen ihren nostalgischen Kindheitserinnerungen beim erneuten Rezipieren dieser Geschichten nachhängen, sondern daß diese Comics bzw. deren Schöpfer eine Bild- und Erzählsprache gefunden haben, die sowohl zeit- als auch generationsübergreifend ist.

Das jüngste Beispiel eines solchen Geniestreiches ist -Bone- von Jeff Smith. In den USA sind bislang 6 Folgen dieses schwarz/weiß-Comics erschienen, die nach und nach auf deutsch bei Carlsen herauskommen werden. In dem ersten Band, der den Untertitel -Wer glaubt schon an den Drachen?- trägt, führt der 34jährige Smith die Hauptfiguren der Serie ein. Das sind die Bones, amorphe Wesen, die hauptsächlich aus einer großen Nase, vier Gliedmaßen und Knopfaugen bestehen.

Diese Vereinfachung erlaubt es Smith, seinen Protagonisten ein Höchstmaß an Temperament und Charakter allein durch Mimik und Motorik Ausdruck zu verleihen. So werden die grundsätzlichen Wesensmerkmale der 3 Hauptdarsteller schon im 1. Kapitel deutlich: Fone Bone ist der naive und gutmütige Romantiker, der etwas verträumt, aber neugierig und gewitzt die Welt um ihn herum erforschen will. Smiley Bone ist der ewig gut gelaunte Optimist, dem Humor, aber auch Gerissenheit zu eigen sind. Phoney Bone darf den -Bösen- spielen: Er ist geizig, cholerisch, unhöflich und nur auf seinen eigenen Vorteil aus. Allen Dreien gemein ist, daß sie sympathisch wirken, wohl weil man sich mit praktisch all ihren Charakterzügen identifizieren kann und sie obendrein durch ihre knuddelige Gestalt merkwürdig hilflos wirken.
Neben den 3 Bones, die natürlich allesamt aus Boneville stammen, gibt es in Smith's Phantasie-Welt noch einige andere seltsame Kreaturen, z.B. die beiden haarigen -Rattenmonster-, die ständig ihre Ehestreitereien austragen müssen, bevor sie sich einigen können, wie sie ihr Opfer gastronomisch zubereiten wollen, das in der Zwischenzeit dann meist schon wieder das Weite suchen konnte. Oder der große Drache, der ab und zu durchs Bild schlurft und sauer ist, wenn man ihm nicht abnimmt, daß er Feuer spucken kann. So sauer, daß er zum Beweis dem Fragesteller die Rübe verkohlt. Oder Ted, die kleine Wanze mit ihrem mannsgroßen -großen Bruder-. Nicht zu vergessen Thorn und ihre Großmutter, die die einzigen menschlichen Wesen im ersten Band darstellen und in die sich Fone Bone unsterblich verliebt.

Jeff Smith, ein Shooting-Star der US-amerikanischen Comic-Szene, hat einen Comic geschaffen, der einen liebevollen Zauber ausstrahlt, weil er die Versatzstücke und Identifikationsmuster von Kindercomics aus der Sicht der Erwachsenen darstellt, ohne dabei in Parodie abzugleiten.

Smith's Comic ist witzig, poetisch, spannend und mit einer Vielzahl von optischen Gags ausgestattet, die quasi nur im Comic oder Zeichentrickfilm funktionieren – etwa wenn Fone Bone im herbstlichen Wald sitzt und denkt: -Es beginnt bald zu schneien- und im nächsten Panel eine riesige – im wahrsten Sinne des Wortes – Schneedecke auf ihn herabgleitet. Dies bringt Smith nicht nur in die Nähe von Leuten wie Carl Barks oder Walt Kelly (dem Autoren des politischen Zeitungsstrips -Pogo-), sondern auch dem Animations-Anarchisten Tex Avery, dessen verrückte Sichtweise Smith zu teilen scheint.
-Bone- ist auf alle Fälle jetzt schon ein Klassiker der Comic-Kunst und gehört in das Bücherregal eines jeden, der mitreden will. Denn Comics sind – obwohl ihres ehrwürdigen Alters – gerade erst so richtig -hip- geworden und -Bone- ist da genau der richtige Einstieg für Trendsetter. ●

Jörg Petersen

BONE. Band 1: Wer glaubt schon an den Drachen? Jeff Smith. 80 Seiten, s/w, Kleinformat, 16,80 DM, Carlsen Verlag, Hamburg 1995

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DIE »TAGESZEITUNG« HAMBURG WEHRT SICH GEGEN SANIERUNGSPLÄNE

Lieber eine Kleinanzeige

Die taz steckt wieder in der Krise. Hintergrund: Der Hamburger Lokalteil wehrt sich gegen weitere Sanierungen durch die Genossenschaft, die erneut einen drastischen Personalabbau vorsehen. »Wir würden zu 'SchreibtischtäterInnen' verkommen, die Menschen und Ereignisse zum größten Teil nur noch via Telefon, Telefax und PC wahrnehmen«, so die Hamburger Redaktion.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Torsten Schubert ● Bereits im Sommer 1993 hatte die Genossenschaft umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen in Hamburg umgesetzt. Rund drei Stellen und damit zehn Prozent der Belegschaft wurden abgebaut, später der Hamburger Lokalteil mit dem Bremer Lokalteil zur »taz nord« zusammengeschlossen. Aus Hamburger Sicht recht fragwürdig. »Durch die einseitige und – laut damaliger 'taz hamburg'-Geschäftsführung – 'rechtswidrige' Kündigung des Kooperationsvertrages wurde die 'taz hamburg' GmbH in den Konkurs getrieben.« Doch auch vorher kämpfte der Lokalteil wirtschaftlich um sein Überleben.

Konkret entzündete sich der Streit zwischen Hamburger und Berliner »taz« an den sogenannten »Transferzahlungen«. Die Vertriebsumsätze aus Abonnements und Kioskverkäufen fließen direkt nach Berlin, während die Anzeigenumsätze bei den Lokalteilen verbleiben. Die »Transferzahlungen« sollen die Lokalteile an den Verkaufserlösen beteiligen. Doch im Gegensatz zur Auflage in Hamburg, die weitgehend konstant blieb, schmolz diese Beteiligung in in den vergangenen Jahren von 58.000 auf derzeit 35.000 Mark zusammen. Nach Berechnungen des Hamburger Betriebsrates bleiben jeden Monat 126.349 Mark Reinerlös in Berlin. Für die gesamte »taz nord« bedeutet das lediglich 70.000 Mark, und damit weniger als ein Viertel der Verkaufseinnahmen aus ihrem Verbreitungsgebiet, fließen – nach Abzug der Kosten für Druck und Vertrieb – als Transfer zurück. Davon erhält die Betriebsstätte Hamburg nicht 59 Prozent, wie es ihrem Anteil an der »taz nord«-Auflage entspräche, sondern nur 50 Prozent.

Das führte zu einem dünnen Personalbestand, so daß jedes Hamburger Redaktionsmitglied pro Woche fünf bis zehn unbezahlte Überstunden leistet. Für freie MitarbeiterInnen sind kaum Mittel vorhanden. Selbst ein von Berlin beauftragter Betriebsprüfer kommt zu dem Ergebnis, daß die Transferzahlungen neu überdacht werden müssen und ein weiterer Stellenabbau in der Hamburger Betriebsstätte schwierig ist.

Angesichts dieser prekären Situation haben sich die MitarbeiterInnen der »taz-Hamburg« Anfang November zu einem eintägigen Warnstreik entschlossen. Die Genossenschaft reagierte verärgert und der Vorstand erklärte lapidar: »Die Lokalteile sind nicht nur historisch nach und nach hinzugekommen, sie sind im Prinzip auch wieder abschaffbar, ohne daß deswegen die überregionale 'taz' aufgegeben werden müßte.« Es wurde ein Anwalt beauftragt, die Zulässigkeit des Streiks zu überprüfen. »Ein Kontrolleur paßt in der Druckerei jeden Abend auf, daß nicht wieder eine Streikzeitung erscheint«, sagt der Hamburger Betriebsrat Markus Scholz.

Ein Brief der IG Medien, in dem Geschäftsführung und Vorstand der »taz« zu einem Spitzengespräch aufgefordert wurden, stieß in Berlin auf taube Ohren. »Klassenkampfgetöse hilft da nicht weiter«, schrieb Geschäftsführer Heinz Ruch zurück. Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung wollte er keine Stellung beziehen.

Ein Vorstoß der »taz Hamburg« zur Umbesetzung des »taz«-Vorstandes scheiterte Mitte November an der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit. Fragen von LeserInnen, ob dem Lokalteil durch ein Abonnement der »taz« aus der Krise geholfen werden könne, werden in Hamburg inzwischen eindeutig beantwortet: »Schaltet lieber eine Kleinanzeige, denn das Geld bleibt bei uns.« ●

Aus: »Menschen machen Medien«, Zeitschrift der IG Medien, Nr. 12/1994

REZENSION

Medienrandale und (Anti)Rassismus

Medien sind derzeit in der Linken ein Thema, das sehr »in« ist. Dieser Eindruck drängt sich auf, betrachtet mensch die Vielzahl der Buchveröffentlichungen zu diesem Thema oder den Inhalt von Zeitschriften. Egal, ob es sich um den Golfkrieg, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit antifaschistischer Gruppen, die Diskussion um die Verhinderung von Filmen wie »Beruf Neonazi«, den ganz alltäglichen Rassismus der Tagespresse oder des »Spiegel« oder um die »Telekratie« von Berlusconi in Italien handelt: die Medien sind im Mittelpunkt des Interesses. Die »afrika-gruppe mittlerer neckar« gehört zu den wenigen Gruppen in der unübersichtlichen autonomen Bewegung, die eine reflektierte Theoriearbeit betreiben und diese auch veröffentlicht. 1992 hatten zwei Männer aus dem Umkreis der Gruppe bereits ein leider zu wenig beachtetes Buch über die Folgen des Golfkrieges für die (radikale) Linke in der Bundesrepublik vorgelegt.

In ihrer neusten Veröffentlichung will sie untersuchen, »welche Rolle (Massen)Medien bei der Produktion und Reproduktion von Rassismen zukommt«, und das Verhältnis von linker, antirassistischer Politik und bürgerlichen Medien beleuchten. Die Medien werden dabei »als Bindeglied oder Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft«, und als ein nicht zu vernachlässigender Faktor bei der Herstellung von Übereinstimmung zwischen Beherrschten und Herrschenden verstanden (also dem, was der italienische Marxist Antonio Gramsci »kulturelle Hegemonie« nennt).

Im genannten Buch steht die Funktionsweise und konkrete Ausprägung des rassistischen Mediendiskurses im Mittelpunkt, ebenso die Frage nach der Darstellung linksradikaler und antirassistischer Inhalte in den bürgerlichen Medien. In der zweiten Hälfte geht es um ein verändertes Verhältnis zu den Medien. Angesichts der internationalen Veränderungen, der »Umcodierung von Militanz« durch randalierende Nazis und der Ohnmacht der Linken könne und müsse sich das Verständnis linker Politik ändern: die immer noch notwendige Militanz sei vor allem mit kommunikativen Mitteln herzustellen oder auszuüben, und nicht mit körperlichem Einsatz. Linke und linksradikale Politik müsse sich mit der Herrschaft künstlich produzierter Realitäten wie etwa den Medienbegriffen der »Organisierten Kriminalität« oder der »Asylbewerberflut« auseinandersetzen.

Die linksradikale Medientheorie, die über die Kritik der bürgerlichen Medien hinausgeht, steht erst am Anfang – so sind auch in den Texten der »afrika-gruppe« einige Widersprüche festzustellen. Die radikale Linke ist mit ihrer praktischen Medientätigkeit noch nicht am Ende, was nicht nur die Tageszeitung »junge Welt« zeigt, zu deren Probelektüre der Rezensent an dieser Stelle ausdrücklich auffordert. ●

Bernd Hüttner

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe (Hrsg.): Medienrandale. Rassismus und Antirassismus. Die Macht der Medien und die Ohnmacht der Linken; 162 S., 24 DM; Trotzdem Verlag Grafenau 1994

KURZMELDUNGEN

Vertriebsoffensive:

Anarcho-Presse im Aufwind

Die beiden anarchistischen Monatzeitschriften, Direkte Aktion (Moers) und Graswurzelrevolution (Wustrow), erfreuen sich verstärkter Nachfrage. Für 1995 planen beide eigene Vertriebsoffensiven.

Der Direkten Aktion, anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU/IAA), gefällt die Entwicklung: »Wir merken, daß unsere Ideen und Themen in letzter Zeit deutlich mehr Interesse hervorrufen, als dies noch vor einiger Zeit der Fall war. Während die Linke aller Schattierungen jammert und ihren Niedergang beklagt, befinden sich unsere Ideen spürbar im Aufwind.«

Im neuen Jahr will die Direkte Aktion ihre derzeitige Auflage von 5.000 Exemplaren schrittweise auf 10.000 Stück erhöhnen. Um eine flächendeckende Verbreitung sicherzustellen, will die Redaktion verstärkt mit Handverkäufern, die das Blatt in Betrieben, Schulen und Kneipen vertreiben sollen, zusammenarbeiten. Parallel zur Auflagensteigerung soll der zweimonatige Erscheinungsrhytmus auf monatliche Ausgaben umgestellt werden.

Auch die Graswurzelrevolution, seit 1972 Sprachrohr für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, plant unter dem Motto »Graswurzel an die Kioske!« eine publizistische Offensive. Mit ihrer zweihundertsten Ausgabe im September 1995 will die Redaktion in einer halbjährigen Testphase versuchen, die Graswurzelrevolution an Bahnhofskiosken der größeren Städte zu etablieren. Dieser Versuch soll mit einem weiteren Schwerpunkt (Kioskvertrieb in einer Großstadt, wahrscheinlich Berlin) und einer Plakatkampagne begleitet werden. Die Graswurzelrevolution hat mit ihren regelmäßigen historischen Beiträgen über Kropotkin, Landauer, Mühsam und anderen wesentlich zur Präsenz und Erhaltung anarchistischer Traditionen beigetragen, ohne dabei die Berichterstattung über aktuelle soziale Bewegungen zu vernachlässigen. Stets bezog sie Stellung in aktuellen Auseinandersetzungen und verwies auf ihre gewaltfreien, internationalistischen, föderalistischen und libertären Wurzeln. ●

Kontakt: Direkte Aktion, Anarchosyndikalistische Zeitung, Bismarckstraße 41a, 47443 Moers und Graswurzelrevolution, Kirchstraße 14, 29462 Wustrow.

Kai Böhne

Freie Radios:

coloRadio bleibt in der Nische

Die Versammlung der Sächsischen Landesmedienanstalt hat Ende November wieder einmal Frequenzen für privaten Hörfunk vergeben: Radio Ropa Info wird zukünftig in Leipzig, Dresden und Chemnitz ein Informationsprogramm auf UKW ausstrahlen. In allen drei Städten kommen aber auch nichtkommerzielle Projekte zum Zuge: Radio T in Chemnitz, Radioverein und Uni in Leipzig sowie die TU in Dresden dürfen auf den Frequenzen von Radio Ropa eigenständige »Fenster« gestalten. Welchen Umfang sie haben werden, steht noch nicht fest.

Die Bewerbung von coloRadio Dresden um eine Lizenz für tägliches Senden wurde abgelehnt. Die Alternativ-FunkerInnen hatten ein kühnes, aber durchaus realistisches Konzept vorgelegt. Mit zwei Stunden täglich wollte man beginnen, das Programm in anderthalb Jahren schrittweise auf acht Stunden erweitern. Daraus wird nun erstmal nichts. Die Landesmedienanstalt ist der Meinung, daß das Bürgerradio mit wöchentlich vier Stunden auf der Frequenz von Radio Energy gut aufgehoben ist. Das sehen die EnthusiastInnen von coloRadio anders. Die Sendezeit ist inzwischen viel zu knapp, um alle Ideen verwirklichen zu können, eine logische Weiterentwicklung des Projektes ist nicht möglich. Deshalb ist die Enttäuschung groß, auch bei den rund 60 Vereinen, die die Bewerbung des bunten Senders unterstützt hatten.

Der in der Landesanstalt am häufigsten geäußerte Vorbehalt gegen coloRadio, mangelhafte Qualität, wirkt kurios, wenn man bedenkt, daß die TU in Zukunft Radio machen darf. Dort gibt es nicht nur keine praktischen Erfahrungen mit dem Medium, sondern bisher fehlt auch jedes Konzept. Was natürlich nicht heißen soll, daß ein Uni-Radio für den Dresdner Raum nicht spannend wäre. Seltsam ist nur, daß hier scheinbar mit zweierlei Maß gemessen wird. ●

dp

Hessische Lokalradioinitiativen fordern bessere Finanzierungsgrundlage

Bei einem landesweiten Treffen von zwölf Lokalradioinitiativen aus sechs hessischen Städten haben die TeilnehmerInnen am 14. Januar 1995 einen Forderungskatalog an die Hessische Landesmedienanstalt für Privaten Rundfunk (LPR) in Kassel sowie die im hessischen Landtag vertretenen Parteien vorgelegt. Es geht um die konkrete Umsetzung der im neuen Landesrundfunkgesetz vorgesehenen nichtkommerziellen Radios.

Die Initiativen kritisieren die unzureichende Finanzierungsgrundlage. Der dafür vorgesehene Topf ist so klein, daß daraus nur eine begrenzte Zahl von Lokalstationen errichtet werden kann. Das ursprüngliche Ziel der Initiativen, daß jeder gemeinnützige Radioverein auch eine Zulassung bekommen sollte, wurde vom Gesetzgeber verhindert. Dennoch fordern die Initiativen einen wesentlich höheren Zuschuß für den Aufbau der technischen Infrastruktur und Studioausstattung. Im Sinne der Gleichbehandlung sollte sich dieser an der Zuwendung an hessische kommerzielle Stationen seit 1989 orientieren (das entspricht einem Betrag von 20 Millionen Mark). Laut Gesetz ist die finanzielle Unterstützung der Lokalradios aus Rundfunkgebühren nur bis zum Jahresende 1995 vorgesehen. Dies versetzt den jungen Radioinitiativen schon kurz vor ihrem Start nahezu den Todesstoß.

In Hessen existieren rund 20 Initiativen, deren ehrenamtliche Mitglieder sich um nichtkomerzielle Lokalfrequenzen bemühen. Am 9. Februar tritt zum ersten Mal die neue Anstaltsversammlung der LPR in Kassel zusammen. ●

dp

Anzeige

direkte aktion
anarcho-syndikalistische Zeitung

10.000
Ab 1995 - direkte aktion hebt ab!

Ab 1995 10.000fach
★ anarchistisch ★ antiklerikal ★ aufklärerisch ★ syndikalistisch ★ antisexistisch ★ herrschaftslos ★ für Selbstverwaltung ★ gegen Hierarchien ★ antimilitaristisch ★ klassenkämpferisch ★ antistaatlich ★ international ★ basisdemokratisch ★ antifaschistisch ★ antinationalistisch ★

☐ Bitte schickt mir ein *kostenloses Probeheft*

☐ Klare Kiste, ich will ein *Abo* über ___ Ausgaben (6 Ausgaben/DM 15,–)

Name
Vorname
Strasse
PLZ, Ort

Con 2/95

direkte aktion
Bismarckstraße 41a · 47443 Moers
Abo-Telefon: (040) 880 1161 Q

Anzeige

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
28

Medien, Macht & Märkte

Weltmarkt für Information und Kommunikation
Medienkonzentration und Medienpolitik
Berlusconis Kommerzialisierung der Politik
Öffentlichkeit und Politische Kultur
Gewerkschaften und digitale Revolution

J. Becker, W.A. Meier, R. Blum,
F. Wolf, W. Effelding, R. Uesseler,
H. Pickshaus

Diskussion

M. Knauer: Demontage der Fernseh- / Radiokultur
H.U. Reck: Wider den TV-Populismus
H. Bonfadelli: Gewalt durch Fernsehen?
A. Godenzi: Gewalt gegen Frauen in den Medien
S. Kappeler: Medengewalt ohne Täter und Opfer?

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

14. Jg./Heft 28 - Dezember 1994 Fr. 18.—

192 Seiten, Fr. 18.-- / DM 20.-- (Abo: 32.--/36.--)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zurich
Probeheft anfordern Tel. 01 / 273 03 02

DICHTUNG UND WAHRHEIT

Die Rede des Häuptlings Seattle – eine Fälschung

Im folgenden publizieren wir Teile aus einer Dokumentation von Werner Rügemer, die am 24. September 1993 in der Frankfurter Rundschau erschien: Es handelt sich um einen »sensationellen« Beleg für die Sorglosigkeit und – sozusagen – Gurugläubigkeit, mit der in einer bestimmten alternativen Szene angebliche Weisheiten aus der Schamanenwelt und ähnlichen vorindustriellen – ja vorgeschichtlichen gesellschaftlichen Bereichen als der Weisheit letzter Schluß begierig aufgenommen und weitergeggeben werden. (Bereits im Mai-Heft 1992 der CONTRASTE hatte Roman Schweidlenka in einem sehr gründlichen Beitrag, in Gestalt einer Kritik des »Neo-schamanismus« von Paul Uccusic, auf diese Art modischen Mißbrauch der Lehren und Zauberpraktiken ferner Völker und Zeiten hingewiesen.) Einen der prominentesten Texte dieser Art – geradezu einen »Kulttext« – stellt bekanntlich die angebliche »Rede des Indianerhäuptlings Seattle« dar. Es sollte daher ein beispielhaftes Lehrstück der Ernüchterung sein, sich mit der Tatsache konfrontiert zu sehen, daß genau diese Rede mit ihren angeblich hohen ökologischen Weisheiten eine Fälschung, ein Filmmanuskript darstellt. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Frankfurter Rundschau geben wir daher die wichtigsten Teile der Analyse von Rügemer hier wieder, der eben diese Fälschung nachweist. ●

Fritz Vilmar

DOKUMENTATION

Daß die vielleicht berühmteste und am weitesten verbreitete Rede der gegenwärtigen westlichen Welt eine Fälschung ist, steht seit mehreren Jahren fest. Das Bedürfnis nach verklärender Naturromantik und nach hartnäckiger Selbsttäuschung in der Ökologiebewegung hat aber bisher vielfach gegen Fakten resistent gemacht.

EINE REDE GEHT UM DIE WELT

Seit Ende der 70er Jahre wurde die »Rede des Indianerhäuptlings Seattle« als ökologisches Manifest verbreitet. Es gab mindestens fünf deutschsprachige Buchausgaben. Im Schulfunkprogramm des WDR trug 1982 eine Sendung über die Rede den ebenso schwülstigen wie hoffnungsvollen Titel: »Die Erde ist unsere Mutter – Indianer wandeln das Naturverständnis deutscher Schüler.«

In der Ausgabe des Walter-Verlags heißt es bis heute: »Chief Seattle hielt eine Rede, deren Weisheit, Kritik und bescheidene Hoffnung uns heute, fast 130 Jahre später, mehr denn je betrifft und betroffen macht. Werden wir sie hören? Werden wir überleben?«

Der Theologe Drewermann beendete 1982 sein Katastrophenszenario »Der tödliche Fortschritt« mit der einzigen Hoffnung, die ihm möglich schien, nämlich der Rede Seattles: »Es ist eine Rede, die der Naturfremdheit der Weißen ein letztes Mal die Majestät und Heiligkeit der Schöpfung sowie die Religiosität der 'Wilden' gegenüberstellt. Wir geben die Rede abschließend wieder, weil sie alles enthält, was zu sagen war.«

Gängige Bewußtseinsmünze wurde die Rede in einer filmischen Fassung, die z.B. von der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung unter dem Titel »Home« nach wie vor verliehen und verkauft und über die Landes-, Kreis- und Stadtbildstellen verbreitet wird. Diese Fassung geht auf den Film »Söhne der Erde« zurück, der 1974 vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, München, hergestellt wurde. In dem bis heute dem Film beigegebenen Begleitmaterial heißt es: »Für den Indianer ist die Natur heilig, weil sie das Werk Gottes ist. Weil der Weiße den verborgenen Zusammenhang des Kosmos mißachtet, prophezeit ihm der Indianer den Untergang. Hier bekommt der Film eine eschatologische Dimension. Die Prophezeiung von 1855 wird mit Bildern aus dem heutigen Amerika belegt. Der Zuschauer bekommt fröstelnd den Eindruck, daß die Prophezeiung vor ihrer Erfüllung stehe.«

EIN HÄUPTLING VERKAUFT DAS LAND SEINES STAMMES

Dem Häuptling der Duwamish, die an der Nordwestküste Amerikas lebten, hatten die Unterhändler der U.S.-Regierung in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts den anglisierten Namen Seattle verpaßt; einen solchen brauchte man, weil der Kaufvertrag für das Territorium des Stammes in rechtsgültiger Form und in der Sprache der Weißen unterzeichnet werden sollte. Bereits 1830 war der Häuptling zum Katholizismus übergetreten. 1855 hat er den Vertrag unterzeichnet.

Von zwei Reden, die er bei den zweitägigen Vertragszeremonien in Point Elliott gehalten hat, werden im Nationalarchiv der USA, als Anlage zum Vertrag, zwei kurze Protokollnotizen aufbewahrt. Was Siathl, wie man seinen Namen mit Hilfe unseres Buchstaben- und Lautsystems nachempfunden hat, wirklich gesagt hat, ist nicht mehr zu rekonstruieren.

Gut 30 Jahre später erschien im »Seattle Sunday Star« ein Artikel des Arztes Dr. Smith: »Frühe Erinnerungen Nr. 10 – Ausschnitte aus einem Tagebuch – Häuptling Seattle – ein Gentleman von Natur – seine angeborene Beredsamkeit usw. usw.« Smith schildert in freundlichen Worten die stattliche und würdige Erscheinung des Häuptlings und nennt den Anlaß der Rede: Im Jahre 1853 oder 1854 haben die Indianer der Gegend dem Gouverneur Stevens einen Empfang bereitet. Die Rede befaßt sich also ein oder zwei Jahre vor der Vertragsunterzeichnung mit dem Ansinnen des »weißen Häuptlings«, das Land den »Indianern« abzukaufen. Seattle deutet an, daß er sich der weißen Übermacht wohl beugen wird: »Euer Vorschlag scheint gerecht zu sein, und ich denke, mein Volk wird ihn akzeptieren und sich auf die Reservation zurückziehen; die Worte des großen weißen Häuptlings scheinen die Stimme der Natur zu sein, die zu meinem Volk aus dem undurchdringlichen Dunkel spricht, welches sich so schnell um meine Leute zusammenzieht wie ein dichter Nebel, der sich vom mitternächtlichen Meer auf das Land schiebt.«

Smith's Notizen bestätigen, daß vor der Unterzeichnung des Vertrags bei den Duwamish noch ein gewisser Widerstand vorhanden war. Ob Erfindung von Smith oder Zitat von Siathl: die »Stimme der Natur« ist hier an ihrem Entstehungsort sichtbar: in der resignierten Haltung des Besiegten.

EIN FILMMANUSKRIPT WIRD ZUM MYTHOS

Im deutschen Sprachraum hat insbesondere der Anglist Rudolf Kaiser seit mehreren Jahren nachgewiesen, daß die in allen westlichen Kultursprachen veröffentlichte »Rede des Häuptlings Seattle« eine Fälschung ist.

Der weiße US-Amerikaner Ted Perry war es, der Anfang der 70er Jahre die »Rede des Häuptlings Seattle« geschrieben hat. Er hat ihre religiösen und ökologischen Aussagen formuliert. Von seinem Kollegen Arrowsmith, der auf die Modernisierung alter literarischer Zeugnisse spezialisiert war, hatte er eine Adaption der Smith-Notizen als Vorlage übernommen.

Schon 1983 schrieb Perry: »Im Jahre 1969 oder 1970 machte die Southern Baptist Convention mir den Vorschlag, verschiedene Filme zu drehen, einen davon über das Thema Umweltverschmutzung. Während ich begann, an dem Filmtext zu arbeiten, hörte ich, wie Professor Arrowsmith die Rede des Häuptlings Seattle vorlas. Ich fragte daraufhin Professor Arrowsmith – er und ich lehrten damals an der Universität von Texas –, ob ich die Idee als Basis für mein Filmskript benutzen dürfe; er sagte großzügig ja. So schrieb ich eine Rede, die fiktiv war.«

Gerade das war den Auftraggebern recht. Perry weiter: »Als ich das Filmskript an die Baptisten weiterreichte, machte ich klar, daß das mein Werk war. Dabei unterlief mir jedoch der Fehler, daß ich Chief Seattle's Namen im Text benutzte. Als mir das Filmskript dann wieder begegnete, war es der Begleittext eines Films mit dem Titel »Home«. Ich rief den Produzenten an, und er sagte mir, daß der Text authentisch wirke, wenn nicht gesagt werde, von wem er geschrieben sei.«

Darauf löste Perry seinen Vertrag mit den Baptisten. Aber das Gesetz des Handelns lag bei den Käufern seiner Phantasie. Der Film »Home« erhielt zahlreiche Industriefilmpreise. Bei der Weltausstellung 1974 in Spokane, Washington, wurde die Rede im Pavillon der USA präsentiert. Danach wurde der Film von der Southern Baptist Radio and Television Commission in alle Welt verkauft.

DAS PARADIES GAB ES NIE

Die »Rede des Häuptlings Seattle« ist ein Symbol für die Annahme, es gebe einen Zustand, in dem die Menschen ohne Mangel und vollständig von dem leben können, was »die Natur« ohne menschlichen Eingriff »von sich aus« bereitstellt. Das Verhältnis der Menschen zur Natur sei deshalb schonend und verehrend.

Originalphotographie des Häuptlings Seattle von E. M. Sammis, aufgenommen 1865

Wie wir aber wissen, hat es bisher nirgends und nie und auch nicht im voreuropäischen Amerika eine solche paradiesische Situation gegeben. Naturphänomene wurden aus Unwissenheit und Schrekken verehrt, nicht aus Naturliebe. Kindestötung war ein normales Mittel, um die Zahl der Stammesmitglieder auf dem Niveau der verfügbaren Lebensmittel zu halten. Tiere wurden getötet, geschlachtet, oft in für uns grausamen Ritualen bei lebendigem Leibe geröstet. Es ist unmöglich, daß man sich in der Situation des Hungers und der ökonomischen Knappheit schonend gegen die Natur und »ökologisch« verhalten könne.

Dies ist auch heute das Problem in allen »unterentwickelten« Gesellschaften und armen sozialen Klassen. Die Rede Seattles überdeckt auch die soziale Zerrissenheit der »indianischen« Gesellschaften. Die grausamen Stammesfehden mit für uns bestialischen Tötungs- und Folterformen geraten bei dieser Romantik vollständig aus dem Blick. Dabei waren sie unter anderem für die Unterlegenheit und die Strategielosigkeit der Ureinwohner gegenüber den weißen Eindringlingen verantwortlich. Wie aus den Notizen von Smith hervorgeht, haben sich die Duwamish die militärische Hilfe der weißen Bundesarmee gegen feindliche Stämme erhofft. Weder Tieren noch anderen Stämmen gegenüber waren die indianischen Gesellschaften so »brüderlich«, wie es in der Rede beschworen wird. Eine andere Blindheit gilt der Unterdrückung der Frau. Häufig wiederkehrende Sätze wie »Die Erde ist unsere Mutter« oder »Der Saft, der in den Bäumen steigt, trägt die Erinnerung des Roten Mannes« zeugen von einer verquasten patriarchalischen Mystik.

In der Tat waren die voreuropäischen amerikanischen Gesellschaften patriarchalisch organisiert – der Mann dominierte, die Frau wurde unterdrückt. Ich kann mir aber keine ökologisch orientierte Gesellschaft und Wirtschaft vorstellen, in der dieses Verhältnis von Mann und Frau beibehalten wird.

Die Rede geht auch mit anderen historischen Fakten großzügig um. So werden Vögel und Pflanzen genannt, die es im Nordwesten der USA im 19. Jahrhundert nicht gegeben hat. Dasselbe gilt für die Telefondrähte, die der erschreckte Ökologe bereits 1855 gesichtet haben soll. Der folgende Satz z.B. enthält gleich mehrere Irrtümer: »Ich habe tausend verfaulende Büffel auf der Prärie gesehen, liegengelassen von den Weißen, die sie von vorbeifahrenden Zügen erschossen hatten.«

Erstens fuhren Mitte der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch keine Züge über die nordamerikanische Prärie – erst mehr als zehn Jahre später wurde die erste transkontinentale Eisenbahn gebaut. Zweitens erfolgte das massenhafte Abschlachten von Büffeln durch die Weißen erst in den 60er Jahren. Drittens hat der Häuptling die Prärie nie gesehen, da er das Gebiet des Nordwestens Zeit seines irdischen Lebens nicht verlassen hat. ●

Monika Bonnen ist tot

Am 28.10.94 starb Monika nach kurzer, schwerer Krankheit. Sie war einige Jahre eine der wichtigsten Personen innerhalb des IDÖF (Informationsdienst Ökodorf), betreute die Zeitung »Ökodorf Informationen« (heute »eurotopia«), und war in der Permakultur-Bewegung engagiert.

Sie war ein Mensch, der sich voll hineinbegab in das, was ihr etwas bedeutete, und gleichzeitig immer auf der Suche nach mehr. Das fand sie für sich im Projekt Meiga, in der intensiven Auseinandersetzung mit allen Fragen um Beziehung, Liebe und Sexualität.

In den letzten 2 Jahren baute sie mit anderen die »VILLA GRETHEM« auf, eine Lebensgemeinschaft und ein Seminarhaus, das einlädt mit dem Satz: »Neugierige Menschen, die in ihrem Leben noch etwas vorhaben, sind in der »VILLA GRETHEM« willkommen.« Sie hatte endlich ihren Platz gefunden und in ihrem Leben noch viel vor. Wir sind traurig darüber, daß sie so wenig Zeit hatte, das zu erleben. ●

Elisabeth Voß, Waldemar Schindowski

SOZIALPOLITISCHES FORUM 1994

SOPOFO 1994

Soziale Sicherheit schaffen!

In die aktuelle Debatte (die SPD forderte gerade den Kampf gegen den Sozialmißbrauch) griffen TeilnehmerInnen des SOPOFO 94 ein: Warum zahlen viele der 1.800 Millionäre in etwa nur 37% Einkommensteuer und nicht die erwarteten 51%? Wenn von Sozialmißbrauch geredet wird, dann muß in erster Linie über den Sozialmißbrauch von OBEN geredet werden.

Von Dieter Koschek, Redaktion Sozialpolitik ● Zu Beginn des SOPOFO 94 wurde am Freitag entlang eines Beitrages von Matthias Möhring-Hesse vom Nell-Bräuning-Institut Frankfurt diskutiert. Er ist Mitautor des Textes »Solidarität am Standort Deutschland«, den weitere 150 Sozialwissenschaftler unterschrieben haben. Möhring-Hesse vertrat die These, daß das Gesellschaftssystem es verpaßt hat, sich veränderten Lebenslagen und Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte anzupassen. Dies sei besonders daran zu erkennen, daß die Beschäftigungszyklen und die Konjunkturzyklen auseinanderklaffen, eine Zunahme der Sockelarbeitslosigkeit festzustellen sei und daß trotz »Wachstum« die Arbeitslosigkeit wächst. Somit können nur strukturelle Ursachen für Armut und Unterversorgung vorliegen. Er vertrat die Einführung einer Sozialen Grundsicherung als Beitrag zur Partizipation und Integration in die Gesellschaft, damit niemand »Medium« wird, das gespalten, verwaltet oder hergestellt werden kann. Die Zielrichtung des Autors ist es, eine zivilgesellschaftliche Bewegung ohne eigene Interessen zu initiieren, die daran arbeitet, die »Sozialpolitischen Instrumente« neu einzustellen. Diese Neueinstellung sei am besten mit dem Einbau der Sozialen Grundsicherung in das bestehende Sozialsystem möglich; denkbar ist eine Arbeitslosenhilfe ohne Anwartschaft, mit festgelegter Höhe und steuerfinanziert.

Foto: A. Küstermann

DISKUSSION LÄUFT

In zwei Vorträgen am Samstag morgen wurde versucht, einen Überblick über die Diskussionen im Bereich der Sozialen Grundsicherung zu geben. Dieter Koschek von der AG SPAK referierte über zehn unterschiedliche Vorstöße zu einer Sozialen Grundsicherung und versuchte diese an sechs Thesen (siehe Kasten auf Seite 8: Regelsätze) zu erläutern. Obwohl er das Prinzip der negativen Einkommensteuer durchaus für diskussionswürdig hält, lehnt er die Thesen von FDP und CDA/WR der CDU für ein Bürgergeld eindeutig ab. Die genannten Beträge sind viel zu niedrig und laufen auf eine Subventionierung von Niedriglöhnen hinaus.

Während die Initiativen aus den Bereichen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe das Existenzgeld befürworten (siehe Kasten auf Seite 8: radikale Opposition) scheinen sich die Oppositionsparteien sowie DGB und DPWV in etlichen Bereichen anzunähern. Aus dieser »Einheit« schert nur die SPD aus, die die Diskussion 1990 einstellte. Obwohl also eine breite Diskussion stattfindet (ein Teilnehmer meinte, daß auch Caritas und Arbeiterwohlfahrt die Soziale Grundsicherung diskutieren bzw. befürworten), ist derzeit keine »Bewegung« erkennbar.

Aus diesem Umstand heraus forderte Dieter Koschek eine Kampagne: »Meinem Empfinden nach sollten wir die Parole der Sozialhilfeinitiativen von einst aufnehmen, die da lautete: Schluß mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätz. Für die heutige Situation heißt daß, das alle laut über Alternativen zur Sozialhilfe nachdenken sollen – aber wir alle Kräfte der Selbsthilfegruppen und deren befreundeten Organisation auf eine GEMEINSAME KAMPAGNE bündeln sollten, die klar macht, daß die Regelsätze um mindestens 50% erhöht werden müssen, um überhaupt leben zu können.

Diese Kosten sind vom Bund aus Steuermitteln zu bezahlen. In einem zweiten Schritt sollen dann die weiteren Alternativen:

- Einschränkung der Arbeitspflicht,
- Einrichtung einer persönlichen Beratungshilfe,
- Einschränkung der Unterhaltspflicht auf Ehepartner und deren minderjährigen Kindern verwirklicht werden.

Und dann haben wir vielleicht auch eine umsetzbares Modell einer Sozialen Grundsicherung.«

Dieser Empfehlung wollten aber die AktivistInnen der Bewegung nicht folgen. »Wir sind doch schon viel weiter«, meinten Einige.

KÜRZUNGSWELLE IN EUROPA

Birgit Daiber – ehemalige Europaabgeordnete – gab einen Überblick über die Situation in Europa der zwölf (siehe CONTRASTE November 1994). Die Harmonisierung bringt in der ganzen EU eine Kürzungswelle im Sozialbereich, um die Verschuldung abzubauen und eine gemeinsame Währung einführen zu können. Die EU-Grünen fordern eine Mindestsicherung (Höhe blieb offen) mit der Möglichkeit des Zuerwerbs ohne Anrechnung bis zu 50% des durchschnittlichen Einkommens des jeweiligen Landes. Ebenso sei die Ökonomisierung von gesellschaftlich wichtiger Arbeit nötig. In der EU muß es nicht folgerichtig zu einem Sozialdumping kommen. Die EU habe Mindeststandards festzulegen, die keine Absenkungen im Sozialwesen darauf nötig machen. Klar sei es ein Problem, wenn Kapital und Arbeitskräfte frei verlagert werden kann, so Birgit Daiber. Am Nachmittag arbeiteten verschiedene Arbeitsgruppen zur Sozialen Grundsicherung und zu Lokaler Ökonomie, Wohnungsnot und Bildungsfragen, deren Ergebnisse in dem »Sozialpolitischen Manifest 1994« (siehe Dokumentation) festgehalten sind.

In der abschließenden Podiumsdiskussion ergingen sich die VertreterInnen der Organisationen und Parteien (außer der CDU, die wegen Beteiligung der PDS nicht kam) in ihren bekannten Statements. Der FDP-Vertreter zog sich gekonnt aus der Schlinge indem er die FDP erst in der Diskussion befindlich bezeichnete und damit auch keine konkreten Aussagen treffen wolle. Er persönlich, ja, er.... Die SPD-Frau Mascher aus München vertrat die offizielle Linie der Partei: erst eine Grundrente und dann reden wir über eine Grundsicherung für Arbeitslose.

Die grüne Abgeordnete Andrea Fischer aus Berlin erhofft sich von einer Sozialen Grundsicherung eine Stärkung des Selbsthilfepotentials und die Ermöglichung von Arbeitsförderungsprojekten. In dem bündnisgrünen Modell soll sich die Beweispflicht umkehren: die Gesellschaft müsse beweisen, daß Arbeitsplätze da sind, bevor es zu Zwangsmaßnahmen wie Arbeitspflicht für Sozialhilfeberechtigte komme. Die PDS stellte ihren Gesetzesentwurf für eine Soziale Grundsicherung vor, der 50% des Nettoeinkommens als Höhe vorsieht. Voraussetzung ist allerdings eine Versicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse. Die BAGs der Sozialhilfeinitiativen und der Erwerbslosen wiederholten ihre Forderung nach einem Existenzgeld in Höhe von 1.200 DM plus Warmmiete 13 mal im Jahr, eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, dies auch können. Diese Forderungen wurden ebenfalls vom Arbeitslosenverband unterstützt.

Einzig aus der feministischen Ecke kam Kritik an einer Sozialen Grundsicherung: dies sei womöglich ein bequemes Modell, um die alte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau aufrechtzuerhalten. Die Vertreterin der Frauenrechtsschule in München forderte vielmehr eine Mindestrente, ein erheblich ausgebautes Erziehungsgeld, eine Grundversorgung von Kindern und die Finanzierung der Kinderbetreuung, denn in diesen Bereichen sei es ja bereits zu einer Entkoppelung von Einkommen und Produktivarbeit gekommen. Hier könne frau versuchen, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. ●

MISSBRAUCH AN DER GESELLSCHAFT DURCH CDU-CSU-FDP:

Steuergeschenke an die Reichen

So werden Millionäre und Milliardäre gemacht:

Innerhalb der letzten 4 Jahre:	
Senkung des Spitzensteuersatzes um 5%:	6.000.000.000 DM
1994: Senkung des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte:	3.000.000.000 DM
Verzicht auf Gewerbekapitalsteuer in den neuen Ländern	800.000.000 DM
Seit 1990: Dienstmädchenprivileg	2.500.000.000 DM
Seite 1990: Keine Mineralölsteuer auf Flugtaxis	125.000.000 DM
Subventionen für Privatschulbesuch	40.000.000 DM
Steuergeschenke an Spekulanten (Fördergebietsgesetz)	1.400.000.000 DM
Senkung der Körperschaftssteuer in den letzten 4 Jahren	8.500.000.000 DM
Erneute Senkung der Körperschaftssteuer 1994	3.200.000.000 DM
Gleichzeitig Senkung der Körperschaftssteuer auf gewinne um 20%	2.300.000.000 DM
Staatliche Beihilfen für Reiche seit 1990:	27.865.000.000 DM

Circa 330.000.000.000 DM an Steuerfluchtgeldern sind im Ausland. So vermehrt sich das Kapital, ohne das neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit den Riesenprofiten wird eben nicht in reale Anlagen, in Machinen und Arbeitsplätze investiert, sondern in Finanzanlagen.

Miliadäre wie die Familie Albrecht (5,3 Milliarden Dollar), Familie Henkel (4,9 Milliarden Dollar) oder Friedrich Karl Flick (3,5 Milliarden Dollar) können frohen Mutes sein, denn die Bundesregierung Kohl will den legalen Steuerbetrug weiter fördern.

Durchschnittlich 1,2 Millionen DM jährlich verdient jedes Vorstandsmitglied von Thyssen, Daimler-Benz und deutsche Bank.

Die Umverteilungsorgie von unten nach oben muß gestoppt werden. Schickt die Verantwortlichen für die Zerstörung des Sozailstaates in die Wüste!

Aus einem Flugblatt der Arbeitsloseninitiative Mannheim zur Bundestagswahl 1994.

Foto: Dieter Poschen

KOMMENTAR

Den rechten Weg gehen um den sozialen Abbau stoppen. Bin ich zufrieden?

Was mag es nur sein? Die Obermänner dieser Republik, ob aus Wirtschaft oder Politik, geben deutlich ihren Blickwinkel der Dinge zu erkennen. Sie sehen nur ihren Geldbeutel und möchten ihn gerne gefüllt haben. Aus irgendeinem Grunde denken sie, daß das am besten oder am sichersten geschieht, wenn die Geldbeutel anderer geleert werden. Es heißt heute schlichter: Umbau des Sozialstaates. Dieser Umbau hat sich in mehreren Varianten bereits offenbart: Effektive Senkung der Sozialhilfe, Arbeitspflicht für Sozialhilfeberechtigte, beabsichtigte Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe usw. Die Obermänner werden nicht müde, von ihrem Umbau zu reden: sie meinen die Senkung der Lohnnebenkosten – und ohne Umschweife die Erhöhung ihrer Profite. Das muß man sehen.

Was mag es nur sein? Da treffen sich etwa 130 Männer und Frauen, welche nicht als Obermänner zu bezeichnen sind. Sie vertreten vielmehr über 40 Initiativen und Projekte der Basis, also derer, die von dem bereits erwähnten Umbau des Sozialstaates »betroffen« sind, aus direkten persönlichen Gründen oder aus beruflichen oder aus politischen Gründen. Es kam ein breites Spektrum zusammen: wilde Arbeitslose, geschliffene Funktionäre, Vertreter von Organisationen, wilde Wilde, einfache Jugendliche, StudentInnen, MitarbeiterInnen diverser Verbände und Organisationen, Sozialhilfeberechtigte, SozialarbeiterInnen und auch WissenschaftlerInnen – sie reden davon, den Abbau zu stoppen, den Sozialstaat auszubauen, menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, Mißstände zu beheben. Sie erheben ihr Wort, stimmen einem Manifest zu und fordern (siehe Kasten). Das muß man sehen.

Bist du zufrieden, werde ich, als ein maßgeblicher Mitorganisator gefragt. Bin ich zufrieden? Da treffen sich die AktivistInnen der Basis aus diversen Zusammenschlüssen und Gruppen, diskutieren miteinander – und dann? Gehen sie wieder auseinander, ohne daß versucht wurde ein engeres Netz zu schaffen, ohne daß die Gelegenheit ergriffen wurde, an Gemeinsamkeiten zu arbeiten, ohne die Chance ergriffen zu haben, Kräfte zu bündeln. Es scheint, ich bin nicht zufrieden. Da ackern die Gleichen in der BAG Erwerbslosen, der BAG Sozialhilfeinitiativen, der Armutskonferenz, des Arbeitslosenverbandes und suchen vergeblich nach der Antwort auf die dringendsten Probleme dieser Zeit. Das Existenzgeld wird favorisiert – klar, haben auch die meisten Aktiven mitentworfen, diskutiert und »verabschiedet«. Die Basis hat es nicht so richtig aufgenommen. Es ist keine Kampagne entstanden. Jetzt basteln einige Aktive wieder an einer neuen Kampagne: gegen prekäre Arbeitsverhältnisse oder was weiß ich. Es wird die Solidarität eingefordert, ein Forum für konzertierte Aktionen und Kampagnen empfohlen – aber mein Gefühl bleibt: das sind alles Worte, alle bleiben lieber bei ihren Leisten, und machen im eh schon überlasteten Alltag fort mit dem Notwendigen.

Bist du zufrieden? Es gibt eine gemeinsame Erklärung, die entsprechend undifferenziert ausfällt, es gibt die Einsicht in Zusammenarbeit. In diesem Jahr werden zwei übergreifende Treffen zum Thema Soziale Grundsicherung stattfinden. Einmal bei der grün-nahen Stiftung Buntstift und einmal im Zusammenhang der AG SPAK – und ein Wiedersehen auf dem Sozialpolitischen Forum 1995.

Es ist nicht die Zeit des rechten Weges, aber das Sozialpolitische Forum bleibt weiterhin ein Kristallisationspunkt, um sich über den rechten Weg zu streiten. Allein deshalb bin ich schon zufrieden. ●

Dieter Koschek

DOKUMENTATION:

SOPOFO 1994

Sozialpolitisches Manifest 1994

Eine soziale Grundsicherung ist notwendig. Sie ermöglicht Entscheidungen, die Selbstbild und Lebenswelt beeinflußen, sie verbessert die Chancen, sich selbst in gesellschaftlichen Prozessen zu vertreten (also Demokratie), sie berichtigt falsch eingestellte Verteilungsinstrumente.

Grundsicherung ist derzeit nicht als Ersatz anderer Sozialleistungen anzusehen, sondern als deren Ergänzung. Gegen Sozialabbau und Aushöhlung des Systems sozialer Sicherheit ist, insbesonders durch Ablehnung des Arbeitszwangs in jeder Form, entschieden einzutreten. In diesem Sinne fordert das Sozialpolitische Forum 1994:

- den Stopp des Abbaus tariflicher Standards;
- die Abschaffung des Lohnabstandsgebots;
- die Erhöhung des Regelsatzes
- den Abbau miserabler Beschäftigungsverhältnisse;
- die soziale Grundsicherung als eine am Bedarf orientierte finanzielle Sicherung für alle, wobei insbesonders der Aspekt der Gleichstellung von Frauen nicht vernachlässigt werden darf;
- die Verbindung der sozialen Grundsicherung mit einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit, mit entsprechender Umverteilung der Arbeit, wie einer aktiven, aus Steuern finanzierten Arbeitsmarktpolitik für ökologische und sozialverträgliche Arbeitsplätze. Ebenso sollen alle gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Arbeiten (etwa die Hausarbeit, die Arbeit an der Familie) aufgewertet werden.

Die Erfüllung dieser Forderungen sollen der Weiterentwicklung von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und demokratischer Mitbestimmung dienen.

Die hier vorgestellten Positionen schließen die Ablehnung des Bürgergeldmodells der FDP und des CDA-Modells mit ein.

Um Soziale Grundsicherung zu erreichen und soziale Sicherung zu erhalten, erscheinen uns die folgenden Verhaltensweisen als notwendig:

- die Festigung der Solidarität zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen;
- die Gegenwehr gegen den ebenso permanenten wie ideologisch durchsichtigen Faulenzervorwurf;
- die Schaffung eines umfassenden, außerparlamentarischen Bündnisses zwischen Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien;
- die Bildung von Netzwerken, vor allem zwischen Gruppen, die sich mit Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit beschäftigen;
- Aktionen gegen den Sozialabbau in jeder Kommune;
- die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten für gesetzliche Regelungen, die das Sozialsystem in die Richtung einer Sozialen Grundsicherung weiterentwickeln.

Hierzu ist ein Forum für konzertierte Aktionen und Kampagnen zu schaffen, mag dies nun das »Sozialpolitische Forum«, die »Nationale Armutskonferenz« oder ein anderes, vergleichbar übergreifendes Forum sein.

Übergangsregelungen sind viele denkbar. So leiden heute schon die Kommunen unter dem Würgegriff jener vom Bund zu verantwortenden Politik, die ihnen die Kosten zur notdürftigen Bedarfsbefriedigung aufgehalst hat. Zur Entlastung der Kommunen ist der Bund für die zusätzlichen Kosten, die aus der Verbesserung der Lage der Verarmten resultieren, heranzuziehen.

Sozialer Grundsicherung ist es notwendig, ausdrücklich zu erwähnen, daß es sich hierbei nur um ergänzende Maßnahmen handeln kann, die nicht imstande sind, die bestehenden und angestrebten öffentlichen, sozioökonomischen Infrastrukturen zu ersetzen.

NICHTS NEUES ZU WOHNUNGSNOT

Wie schon vor zwei Jahren, zählt die Wohnungsnot nach wie vor zu den herausragenden Erscheinungen sozialpolitischer Misere. Zu den Zuständen, die das Risiko von Aussonderung drastisch erhöhen, gehört neben Armut, Krankheit und Erwerbslosigkeit nach wie vor die Wohnungslosigkeit.

Die Wohnungslosigkeit ist der Flaschenhals der Aussonderung. Es gibt keinen Grund, einem Menschen das Recht auf Wohnen zu nehmen. Zu jenen periodischen Erfahrungen der vergangenen beiden Jahrhunderte, die in den letzten fünf Jahren reaktualisiert wurden, gehört: Wer die Wohnungsversorgung marktwirtschaftlich regeln will, nimmt dauerhafte Wohnungslosigkeit von Vielen in Kauf.

Neben den bereits im Sozialpolitischen Manifest 1 geforderten Säulen der Beseitigung der Wohnungsnot, dem kommunalen Wohnungsbau, den einkommens- und flächenbezogenen Mietverträgen und der Vergabe nach Kriterien sozialer Dringlichkeit, treten wir für die volle Anwendung des Zweckentfremdungsgesetzes (bis hin zu Zwangsbelegungen) ebenso ein wie für die Entbürokratisierung aller sozialen Dienste. Darüber hinaus wiederholen wir, daß wir die Aufnahme von Einzelpersonen in sogenannte »Dringlichkeitslisten« für erforderlich halten. Ebenso bedarf die Situation von Wohnungsnot betroffener Frauen einer gesonderten Sicht, wie der dafür zu erstellenden Analysen.

KOMMUNALE SOZIALPOLITISCHE FOREN

Zur Schaffung örtlicher demokratischer Beteiligung ebenso wie zur Stärkung lokaler Institutionen schlagen wir die Einrichtung kommunaler Sozialpolitischer Foren vor. Das kommunale Sozialpolitische Forum hätte unter anderem die folgenden Aufgaben, wobei ihm weitere zuwachsen könnten:

- Benennung spezifischer lokaler und regionaler Brennpunkte;
- Schaffung lokalen Wissens über Vergabegrenzen, Sozialwahlen, besondere Ausgrenzungsformen, bis hin zu Erreichung einer Rechenschaftspflicht;
- Diskussion und Abfassung von in zweijährigem Abstand erfolgenden Sozialberichten über Armut, Obdachlosigkeit, Pflegestrukturen, Kindergärten etc.;
- Vorschlags- und Mitspracherecht;
- Mitwirkung bei der langfristigen Sozialplanung;
- Mitentscheidung über die Mittelvergabe staatlicher Instrumente.

BILDUNG IST EIN GRUNDRECHT

Die Absolutsetzung jener modischen These von der Individualisierung der Lebensstile, die einem emanzipatorischen Wertewandel zu verdanken sei, ignoriert die sich ausbreitende, tatsächlich materielle Armut, deren Überwindung die Grundbedingung für den bewußten Umgang mit ökologischen und sozialen Ressourcen ist.

Darüber hinaus existiert eine immaterielle Ebene von Armut, bestehend aus einem Konglomerat von Kontaktproblemen, Isolation, Hilflosigkeit, Ausgeliefert-Sein und Machtlosigkeit vor den vorgeblichen oder tatsächlichen »Sachzwängen«, die denn alles zerstören. Hier anzusetzen, darin besteht eine der wesentlichen Aufgaben von Bildung. Dabei verstehen wir unter Bildung die aktive Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ebenso wie die Entfaltung der indivi-

Fortsetzung nächste Seite

SoPoFo 1994 / links: Peter von Rüden, CONTRASTE-Redaktion Jugend & Umwelt Foto: A. Küstermann

AG »SOZIALE GRUNDSICHERUNG

Dieter Koschek:
6 Thesen zum Einstieg in die Diskussion

»Erhöht die Regelsätze!«

1. Arbeitszwang
Eine Sicherung von Menschen, die für Erwerbsarbeit nicht zur Verfügung stehen, kann nur von Menschen bezahlt werden, die Einkommen haben und abgeben können. Aus diesem Grunde ist eine gesellschaftliche Entkoppelung von Arbeit und Einkommen nicht machbar. Aber: Jeder Mensch arbeitet; die Arbeit muß menschenwürdig und ökologisch sein; gesellschaftlich nützliche Arbeit ist anzuerkennen.

2. Unterhalt
Die Menschen bilden Gemeinschaften, um sich Vorteile zu verschaffen – für mich haben Gemeinschaften auch den Vorteil, mit Nachteilen solidarisch umgehen zu können. Eine gegenseitige Verpflichtung ist wichtiger als der Staat. Für eine Soziale Grundsicherung halte ich einen Unterhalt zwischen »Ehe«-Partnern und deren minderjährigen Kindern für notwendig. Für die Unabhängigkeit von »Ehe«-Frauen sind Lohnteilungsregelungen geeigneter.

3. Bedürftigkeit
Wer eine Grundsicherung nicht braucht – braucht keine Grundsicherung. Eine Soziale Grundsicherung soll Armut vermeiden, deshalb eine soziale Grundsicherung bei Bedürftigkeit.

4. Höhe der Grundsicherung
1994 vermute ich eine Mindesthöhe von 900 DM plus Wohnkosten. Parallel dazu soll ein Mindestlohn eingeführt werden, sowie ein Höchstlohn.

5. Finanzierbarkeit
Dem Spiegel von 13.4.93 war zu entnehmen, daß die Steuergewerkschaft die jährlichen Steuerhinterziehungen auf über 100 Milliarden DM schätzt. Wo ein Wille, da ein Weg!

6. Umsetzungsmöglichkeiten
Es sind überparteiliche Diskussionsforen zu ermöglichen, damit die gesellschaftlichen Gruppen in einen Austausch kommen können. Diejenigen,die sich über die Forderung zur Vermeidung von Armut einig sind, sollten ihre sonstigen Forderungen hinten anstellen und gemeinsam eine Kampagne ins Leben rufen, die dem Leitsatz folgt: »Schluß mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätz!« ●

Wasserburg, den 19.11.1994

SUBSIDIÄRE ÖKONOMIE

Wichtig ist es auch, für Angebote und Nachfragen jener Dienstleistungen, für welche bislang weder ein Markt vorhanden ist, noch eine Berücksichtigung durch den Markt feststellbar war, Öffentlichkeit zu schaffen.

Hierzu kann es zählen, lokale Tauschsysteme aufzubauen, um eigene örtliche Tauschsysteme zu schaffen. Als Fernziel könnten auch daraus gemeinsame selbstorganisierte Arbeitsplätze entstehen. Als jederzeit möglicher Beginn könnten sich lokale Tauschringe entwickeln, die von den Talenten und den Bedürfnissen der Teilnehmenden ausgehen, die im Laufe der Zeit sich Kooperationspartner, eventuell auch wissenschaftliche Begleitung, suchen.

Dabei enthält ein solcher Aufbau auch reichhaltige Ansätze zur Aktivierung der Experten und Expertinnen in eigener Sache, der Betroffenen, wie auch der Herausentwicklung oftmals verschütteter Kreativität. Die bei lokalen Tauschsystemen gemachten Erfahrungen könnten als Theaterstück umgesetzt werden, auch als Talent-Spiel, das in Altenheimen, Erwerbsloseninitiativen, später auf Stadtteilfesten sich ausbreitet, um nur wenige Möglichkeiten zu nennen. Der eigentliche Inhalt bestünde hier darin, daß Begegnung stattfindet. Symbolische Aspekte können ein sinnvolles Vehikel für soziokulturelle Initiativen darstellen, wie das Kamel für die blaue Karawane 1994, einen Ansporn für die Vernetzung soziokultureller Initiativen ehemals Psychiatrisierter. In beiden Fällen (um hier nur diese zu nennen) stärkt die kreative Tätigkeit das Selbstbewußtsein jener, welchen die sozioökonomische Lage diese eher herunterzuräumen bestrebt ist.

Gerade im Kontext der hier zentralen Diskussion

AG SOZIALE GRUNDSICHERUNG

Michael Bättig:
6 Thesen zum Einstieg in die Diskussion

»Wir brauchen eine radikale Opposition!«

1. Arbeitszwang
Wenn das höchste Bedürfnis aller Menschen ist, einen Arbeitsplatz zu »besitzen«, aber klar ist, daß es auch in den nächsten Jahrzehnten nicht genug Arbeitsplätze für alle geben wird, dann sollten doch die belohnt werden, die freiwillig auf einen Arbeitsplatz zugunsten anderer verzichten (monatliche »Verzichtsentschädigung« o.ä.)! Fast alle Grundsicherungs- oder Negativsteuer-Modelle aber bestrafen diese Menschen, weil sie die volle Auszahlung von der Verpflichtung zur Arbeit abhängig machen. Warum sind sie zu feige, die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen zu fordern, obwohl sie wissen, daß Arbeit nicht mehr das Einkommen von allen sichern kann? Warum sind sie zu feige, eine radikale Arbeitszeitverkürzung zu fordern, damit alle Ihr Einkommen über Arbeit sichern könnten?

2. Unterhalt
Auch die Zahnarztgattin, deren Mann ein paar Hunderttausend Mark verdient, soll das Existenzgeld bekommen. Jede Frau soll jederzeit unabhängig von Männern eine eigenständige Existenz führen können. Zur Finanzierung soll sein Einkommen hart besteuert werden. Eine Unterhaltsverpflichtung soll es nur von Eltern für ihre minderjährigen Kinder geben.

3. Bedürftigkeit
Schluß mit der widerlichen Schnüffelei in den Privatsphären! Eine ausreichende und dem gesellschaftlichen Reichtum angemessene Existenzsicherung muß für jeden Menschen da sein – ohne Bedürftigkeitsprüfung! Geerbt oder durch Ausbeutung anderer erpreßte Vermögen über Hunderttausende Mark sollen radikal besteuert werden. Da halten wir uns ganz an die Leistungsideologie der Regierung: ohne eigene Leistung keine Extrawürste!

4. Höhe der Grundsicherung
Nieder mit dem Lohnabstandsgebot! Im Gegenteil: jede Grundsicherung muß so hoch sein, daß keiner mehr in miese Arbeitsverhältnisse gezwungen werden kann, die nicht einmal die Existenz sichern. Es gilt: Sozialeinkommen = Mindestlohn! Das sollten sich vor allem die Gewerkschafter hinter die Ohren schreiben.

5. Finanzierbarkeit
Der Zahnarzt, der Banker, der Unternehmer, der glückliche Erbe: mehr als 5.000 Mark netto im Monat sollte keiner verdienen, denn mehr kann niemand arbeiten, höher kann niemand qualifiziert sein und für mehr sollte niemand konsumieren! Wenn man den »Rest« per Steuer eintreibt, bleibt neben einem satten Existenzgeld sogar noch was für die Förderung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung über.

6. Umsetzungsmöglichkeiten
Umgesetzt wurde in der Öffentlichkeit vor allem die Parole: »Weil die Sozialeinkommen so hoch sind, gehen die Erwerbslosen nicht arbeiten!« Die nach den Wahlen »realistischen« Umsetzungen von »Grundsicherung« oder »Bürgergeld« laufen denn auch auf einen verschärften Zwang in prekäre Arbeitsverhältnisse hinaus. Wenn keine radikale Reform möglich ist, brauchen wir eine radikale Opposition! ●

ALSO Oldenburg

FORTSETZUNG VON SEITE 8:

SOPOFO 1994

Abschluß-Podiumsdiskussion Foto: A. Küstermann

duellen, wie der gesellschaftlichen Zukunft. Entsprechend zählt zum Charakter der Bildung die Aktivierung der an ihr beteiligten Personen und die Förderung sozialer Kompetenzen.

Die Bildung, in den Sechziger- und Siebzigerjahren noch für hitzige Diskussionen sorgend, ist aus dem Blickpunkt des Interesses zeitgenössischer Öffentlichkeit geraten. Dies ist zu ändern, die Diskussion jenseits wohlfeiler Rekurse auf angebliche Mängel an konservativen Werten wieder aufzugreifen. Nach wie vor halten wir die Erfahrung und das Wissen aus der Perspektive unterschiedlicher Lebenswelten für ebenso grundlegend für Bildungsprozesse wie Mitbestimmung, Selbstorganisation und die Überwindung der Starrheit organisatorischer Strukturen: Aus all diesem können sich neue Lösungswege ergeben – Innovationen und menschengerechte Ordnung Position beziehen:

Eine sozialpolitisch angemessene Bildungsinnovation erfordert deswegen insbesonders:

- die Installation eines Grundrechtes auf Bildung;
- die Weiterarbeit an einer an sozialen Innovationen orientierten Neubestimmung des Bildungsbegriffs;
- den radikalen Umbau des bestehenden hierarchischen und zertifikatsorientierten Bildungssystems zugunsten von Selbstorganisation und thematisch interessiertem Neugierverhalten;
- die Abschaffung der Schulpflicht zugunsten einer Vielfalt von Bildungsangeboten;
- entsprechend die Schaffung und Förderung einer Infrastruktur für soziale Lernprozesse, wie Lernbörsen, Zentren, Bildungsnetzwerke, bis hin zu Möglichkeiten der Weiterqualifikation von Bürgerinitiativen;
- die Neukonzeption von pädagogischen Berufsbildern, in deren Zentrum die Initiierung und Begleitung sozialer Lern- und Forschungsprozesse stünde;
- die grundsätzliche Offenheit der genannten Vielfalt von Bildungsangeboten, welche eine Installierung von Sondereinrichtungen (etwa für Behinderte) ausschließt;
- die Wiederaufnahme der Diskussion um die Demokratisierung von Wissenschaft und Forschung, um deren mögliche Rolle gegen die Unvernunft der »Sachzwänge«, einschließlich der Förderung des Wissenstransfers;
- den Focus auf jene Grundrechte von Kindern und Jugendlichen, der allzulang vernachlässigt worden ist;
- die allmähliche Ablösung der Kommerzialisierung der Freizeit durch lebendigen Zeitgebrauch;
- neue Wertordnungen, die nicht eingepaukt werden können, (sonst wären sie nicht sozialpolitisch angemessener als die alten), sondern prozeßual erfahren und reflektiert:

Wahrnehmungsfähigkeit, Überschaubarkeit, Muße zur Erfahrung und Weiterentwicklung von Gegenständen, Selbstorganisation und ihre gesellschaftliche Bedeutung, Öffentlichkeit, aktive Beteiligung an gemeinschaftlichen Interessen – mitbestimmend, sozial anerkannt, und finanziell ausgeglichen.

Diese sozialpolitisch angemessene Bildungsinnovation weist mehr Querverbindungen zur Grundsicherung auf, als auf den ersten Blick erkennbar sein wird. In Zeiten forcierter gesellschaftlicher Spaltung steigt die Bedeutung von Jugendarbeit. In Zeiten, in denen auf dem ersten Arbeitsmarkt rapide Verknappung stattfindet, wird schulisch eingeübter Lohnarbeitsethos funktionslos. Grundsicherung ist für Kinder und Jugendliche ähnlich wichtig wie Grundrechte. Projekte und Projektmitglieder, die an Infrastrukturen für Bildungsinnovationen teilnehmen, müssen auch dann ökonomisch abgesichert sein, wenn die kostenneutrale Umverteilung von Bildungskosten gefährdet wäre.

Weiterqualifizierung, Selbsthilfe und Eigentätigkeit zählen zu den zentralen Momenten, die durch soziale Grundsicherung besser erreicht werden könnten. Zum anderen wäre eine innovative Bildungsstruktur eine wertvolle Unterstützung im Streben nach sozialer Grundsicherung. Sie kann dabei mitwirken, die gesellschaftlichen Kräfte hierfür zu erschließen, den Meinungsbildungsprozeß zu moderieren, Entscheidungskompetenzen gegenüber dem, was manche Theoretiker als »neue Unübersichtlichkeit« bezeichnen, einzuüben. ●

München, 5. Dezember 1994,
Sozialpolitisches Forum 1994

Foto: A. Küstermann

ANWESENDE INITIATIVEN:

AL Berlin
Alleinerziehende Haidhausen
Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise, München
Arbeitsloseninitiativen Heidelberg
Arbeitsloseninitiativen Mannheim
Arbeitslosenselbsthilfe Lindau
Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg
Arbeitslosenverband Brandenburg
Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern
Arbeitslosenverein Teltow
Asta Göttingen
BAG der Sozialhilfeinitiativen Frankfurt
BAG Erwerbslose Oldenburg
Beiträge zu feministischer Theorie und Praxis Königswinter
Bündnis 90/Die Grünen, Berlin
Buntstift, Göttingen
Büro für Lernfreiheit Nürnberg
CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstverwaltung, Heidelberg
Forum antipsychiatrischer Initiativen, Berlin
Forum der Krüppelinitiativen, München
Frauenberatung, Graz
Frauenrechtsschule München
GAL Hamburg
Grüne Österreich
Jugendhilfeverein Uelzen
Jugendumweltfond Bremen
Jungendumweltprojekt Göttingen
Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde
Komitee für Kinderrechte Wiesbaden
LAG Soziale Brennpunkte Hessen
Mitwelt – Alternatives Bildungswerk Sachsen-Anbhalt
Modell Wasserburg
Münchner Arbeitslosentreffs
Münchner Selbshilfezentrum
Ökologiestiftung NRW
Ökorote Baden-Württemberg
Querdenken – Politisches Bildungswerk Thüringen
Regenbogen Bayern, München
Sozialhilfeinitiative Stuttgart
Sozialpolitische Gesellschaft Kassel
Zukunftswerkstatt Gesundheit Hamburg
Zusammenschluß Bayrischer Bildungsinitiativen, München

NEUERSCHEINUNGEN BEI DER AG SPAK

Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5:

Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven

Die Entpolitisierung sozialer Probleme und der Sozialen Arbeit, die wie Sisyphos rastlos versucht, die überwuchernden Probleme kleinzuhalten, wird oft beklagt. Mit der Wiederaufnahme der unterbrochenen Jahrbuchtradition soll eine Runderneuerung der GWA in Angriff genommen werden: Es gilt, die sozialen Risiken, Probleme und Konflikte aufzuzeigen, sie zum politischen Problem zu machen, und die Stillhalteabkommen zwischen den Institutionen auszubrechen – Gegenmacht zur Verbesserung der Lebensverhältnisse kann organisiert werden!

Gegen die verbreitete Orientierungs- und Lustlosigkeit wollen die hier versammelten Beiträge eher pragmatisch als in abgehobenen Strategie- und Theoriediskussionen vorgehen; sie stammen von Frauen und Männern aus Wissenschaft und Praxis, der Aus- und Fortbildung. ●

Jahrbuch Gemeinwesen 5, 304 Seiten, DM 39,80, öS 311,–, SFr 41,–, ISBN 3-923 125-91-3

Drogenkrieg in den Anden

In der derzeitigen Drogendebatte ist eine Sicht nicht vertreten: Die Herstellerländer. Es hat ja massive Gründe, daß lateinamerikanische Bauern lieber z.B. die Kulturpflanze Koka anbauen, als etwa die Kulturpflanze Mais. Kai Ambos kann mit dieser Neuerscheinung die Lücke schließen: Drei längere Forschungsaufenthalte haben ihn die Einarbeitung von bisher unbekanntem Quellenmaterial ermöglicht; der Autor hat zahlreiche Interviews mit offiziellen und inoffiziellen Stellen geführt. Politische, wirtschaftliche und soziale Dimensionen des Drogenproblems in Kolumbien, Peru und Bolivien werden – unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der USA – analysiert.

Ambos skizziert Notwendigkeiten einer neuen Politik: Strafrechtliche Kontrollmechanismen haben versagt; Entkriminalisierung und kontrollierte Legalisierung von Drogen müssen auf allen Ebenen von Produktion, Besitz, Konsum und Kleinhandel angestrebt werden; die organisierte Kriminalität gilt es, wirksamer zu bekämpfen. ●

Kai Ambos: Drogenkrieg in den Anden. Rahmenbedingungen und Wirksamkeit der Drogenpolitik in den Anbauländern mit Alternativen. 220 Seiten; 5 Landkarten; DM 32,–, Sfr 33,20, öS 250,–. ISBN 3-923 126-84-0

Die prekäre Grenze der Legalität

Drogen sind nicht von selbst gute oder schlechte, sondern in erster Linie neutrale Substanzen. Ihre Bedeutungen bilden sich im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen und erfüllen in der jeweiligen Kultur eine Vielzahl von Funktionen, was sie zu einer elementaren Konstante gesellschaftlicher und kultureller Identität und Integration macht.

Der Verfasser spürt den Substanzen, ihren Bedeutungen und Funktionen durch die Jahrhunderte nach und überträgt seine Ergebnisse dann auf die aktuelle gesellschaftliche Situation. Er kommt zu dem Schluß, daß ein anderer Umgang mit illegalen Drogen nicht nur aus Gründen der Effektivität gefordert ist, sondern daß die Gegenwartsgesellschaft eine solche Veränderung aus ihrer eigenen Struktur heraus verlangt. Eine Verteufelung von illegalen Drogen und ein repressiver Umgang mit ihren KonsumentInnen lösen keine Probleme, sondern schaffen nur neue – die vom Autor beschrieben werden und zu denen er unkonventionelle Lösungsvorschläge macht. ●

Henning Schmidt-Semisch: Die prekäre Grenze der Illegalität. DrogenKulturGenuß. 250 Seiten, DM 39,80; Sfr 41,–; öS 311,–. ISBN 3-923 126-93-X.

dp

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

PROTESTNOTE

Von Heiligen Kühen und sauren Äpfeln

Netzwerk Saar ist eine Beratungseinrichtung für selbstorganisierte Betriebe und Projekte. Die folgende Protestnote wurde an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Blüm, den Bundesminister für Finanzen, Dr. Waigel, und an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda geschickt. Netzwerk äußert sich hier für einen Kreis von ca. 60 selbstorganisierten Projekten im Saarland aus sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen:

Der Inhalt hält nicht, was der Name verspricht: Beschäftigung soll die 12. AFG-Novelle fördern, statt dessen werden Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik abgebaut, der Kern des AFG, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und ihre Fortdauer zu beenden, wird weiter demontiert.

Insbesondere wollen wir hier auf die veränderten Förderbedingungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Bezug nehmen. Ab 1.1.1995 wird bekanntlich die Bemessungsgrundlage für ABM-Zuschüsse auf 90% des Arbeitsentgelts für vergleichbare ungeförderte Tätigkeiten beschränkt. Für zahlreiche Träger hätte dies bedeutet, daß sie sich ohne Kofinanzierung aus anderen Töpfen ABM-Stellen nicht mehr leisten können. Eine Kofinanzierung aus Mitteln des Landes oder der Kommunen wiederum wäre in Anbetracht knapper Haushalte illusorisch.

Die Folge ließ sich unschwer vorhersehen: Ein drastischer Rückgang von ABM-Stellen, vor allem in Bereichen, wo kleine selbstorganisierte Projekte mit Hilfe von ABM einen enormen gesellschaftlichen Bedarf abdekken: wie z.B. in der Beratung und Betreuung von Alten, Kranken oder Menschen in Notlagen, der Qualifizierung von Arbeitslosen, in sozial engagierter Kulturarbeit, der Integration von AusländerInnen, in emanzipativer Bildungsarbeit oder der Erarbeitung und Umsetzung ökologischer Konzepte.

Viele dieser Projekte nehmen im Grunde sozialstaatliche Aufgaben wahr. Das heißt, unser Staat müßte sie sich wahrhaftig leisten können, auch aus anderen Mitteln als denen der Arbeitsförderung. ABM ist hier ohnehin ein unzulängliches Instrument, aber trug dazu bei, wichtige zukunftsweisende Aufgabenfelder zu erschließen.

Ein Rückgang von ABM-Stellen wurde offensichtlich auch von der Arbeitsverwaltung und den politisch Verantwortlichen befürchtet. So ist wohl das Zustandekommen der jüngsten Anweisung aus Nürnberg zu verstehen, die besagt, daß die Arbeitsverwaltung künftig bei ABM auch Arbeitsverträge akzeptiert, bei denen das Arbeitsentgelt dem berücksichtigungsfähigen Entgelt entspricht, im Klartext: bei denen eine untertarifliche Bezahlung vereinbart wird.

Nach dem Motto, erst die Peitsche, dann das Zuckerbrot soll so den Trägern offensichtlich ein Strohhalm hingehalten werden, um den abzusehenden ABM-Einbruch zu verhindern.

Unseres Erachtens wurde damit ein alarmierendes Signal für zukünftige Entwicklungen gesetzt, wie auch mit dem Instrument der Lohnkostenzuschüsse nach Paragraph 242s. Die »heilige Kuh« Tariflohn ist für den sogenannten 2. Arbeitsmarkt somit geschlachtet. Wenn diese Schwelle erst einmal genommen ist, kann über weitere Restriktionen ungehemmt nachgedacht werden. ABM-Kräfte sind nun de facto BilligarbeitnehmerInnen mit allen denkbaren Konsequenzen für ihren weiteren beruflichen Werdegang; die Arbeit, die sie leisten, ist abgewertet.

Was aber wird den einzelnen Trägern schon übrigbleiben, als in den sauren Apfel zu beißen, wenn sie über keine Mittel verfügen, auf Tariflohn aufzustocken. Die Alternative hieße, die Arbeit auf Schmalspurangebote zurückzufahren und über kurz oder lang ganz einzustellen.

Wir sind über diese Entwicklung äußerst alarmiert und fordern eine Rückkehr zu den Förderbedingungen für ABM. ●

Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.,
Saarbrücken, den 22.12.1994

POLITIKRESIGNATION BEI JUGENDLICHEN

Verfall der politischen Kultur in Deutschland?

»Poltikresignation« und »Passivität« unter Jugendlichen sind Schlagworte des Superwahljahres 1994. Engagementbereitschaft und aktives Verantwortungsbewußtsein für Anliegen des Gemeinwohls, z.B. für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit, nehmen in erschreckendem Maße ab. Gleichzeitig steigt Konsumorientierung, Gleichgültigkeit und privates Karrierestreben. Sind dies die Anzeichen eines »Verfalls der politischen Kultur in Deutschland«?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Armin Torbecke, Bremen ● Zurückgehende Mitglieder- und Aktivenzahlen in Parteijugenden, Verbänden, auch den Umweltorganisationen (Politische Ökologie Nr. 31, Mai/Juni '93; vergl. auch »Strategiedebatte« des Dt. Naturschutzrings, DNR) und geringe Wahlbeteiligung der Jugend am 16. Oktober sind Fakten, die niemand mehr übersehen kann. Längst ist diese Tendenz ein regelmäßiges Medienthema, das von immer neuen Meldungen der Meinungsforschungsinstitute gespeist wird.

Manche WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen quer durch alle Parteien (vgl. auch R. v. Weizsäcker im Interview mit Gunter Hofmann, Eichborn-Verlag) erkennen in dieser Entwicklung die Gefahr einer »Krise der Demokratie«. Schließlich muß es die heutige Jugend sein, die die Ökologieund Beschäftigungskrise, oder auch, wie es der Soziologe Ulrich Beck nennt, die »Organisierte Unverantwortlichkeit«, zu lösen hat. »Woher sollen die Wege der Zukunft kommen, wenn nicht von der Jugend?« fragte Robert Jungk in seiner Rede in Salzburg am 11. Mai '93 anläßlich seines 80. Geburtstags. Wir brauchen ohne Zweifel viele neue und mutige Schritte, um aus den drohenden Sackgassen herauszufinden.

SCHRITTE IN DIE ZUKUNFT

Läßt uns die heutige Jugend im Stich? Ist ihr die Zukunft – ihre eigene Zukunft tatsächlich gleichgültig?

Gefragt antwortet die Mehrheit ganz anders. Gerade Jugendliche registrieren sehr wohl die aktuellen, bedrohlichen Entwicklungen, »da sie«, wie der Psychologe Prof. Horst Eberhard Richter darstellt, »weniger verdrängungsfähig sind als Erwachsene (...) und vielfach merken, was Eltern an Ängsten, Zweifeln und Pessimismus verdrängen« (Vortrag bei einer Tagung des »Berufsverbandes der Kinderärzte Deutschlands« in Darmstadt, März 1990). Von 2.430 befragten SchülerInnen zwischen 8 und 16 Jahren wünschten sich bereits 1989 die meisten »besseren Umweltschutz« auf die Frage nach ihrem liebsten Weihnachtsgeschenk (natur, Sonderheft »Kind und Umwelt«). Auch bei der jüngsten Spiegelumfrage zum Thema »Jugend« (Der Spiegel, Heft 38, 19.9.94) wird dieses Bild bestätigt. Am häufigsten nannten die Befragten »Umweltkatastrophen« als die Ereignisse, vor denen sie die größte Angst haben.

Die Jugendlichen von heute sind betroffen von den akuten Problemen und wollen insbesondere die zunehmende Umweltzerstörung nicht länger hinnehmen. Viele haben sehr wohl Vorstellungen von einer positiven Zukunft und auch Bereitschaft und Motivation, selbst aktiv zu werden. Interessant in diesem Zusammenhang sind auch Ergebnisse der vorletzten bundesweit repräsentativen Shell-Jugendstudie. Umfragen ergaben, daß 74% der Jugendlichen es für sicher bis wahrscheinlich halten, daß Technik und Chemie die Umwelt zerstören. Die AutorInnen der Shell-Jugendstudie gingen diesem Ergebnis weiter nach und stellten fest, daß zwischen Betroffenheit und Engagementbereitschaft ein enger Zusammenhang besteht. Bei den Jugendlichen, welche die Umweltkrise als bedrohlich beurteilten, stellten sie eine größere Bereitschaft fest, sich aktiv gesellschaftspolitisch zu betätigen und für Alternativen zu interessieren, als bei Jugendlichen, die angaben, den Zukunftsperspektiven eher gleichgültig bis positiv gegenüber zu stehen. Für viele, die mit Jugendlichen direkten Kontakt haben, sind diese Umfrageergebnisse sicherlich keine neuen Erkenntnisse.

NACH AUSSEN PASSIV

Warum engagieren sie sich dennoch in so geringem Maße? Warum bleiben die Jugendlichen in den allermeisten Fällen trotz der Betroffenheit passiv?

Viele junge Menschen von heute sehen für sich selbst keine sinnvollen Handlungsmöglichkeiten. Nach einer BBDO-Umfrage vom Juli '93 »sagen dem Nachwuchs Regierungen (...) nichts. Er sieht die Zukunft belastet von vielen unlösbaren Problemen.« Und laut der bereits oben genannten Spiegelumfrage rangierte auf die Frage »Welche der politischen Parteien ist Ihnen am sympathischsten?« die Antwort »Keine« mit 29% der befragten Jugendlichen an erster Stelle. Die Politik erscheint vielen als ein weit entferntes Schauspiel. Vehementes Spektakel aus Bonn und Berlin – beliebig per Fernsehfernbedienung ein- oder ausblendbar – in das sie lediglich alle paar Jahre einmal durch die Stimmzettelabgabe »eingreifen« können. Die Akteure jedoch, die PolitikerInnen aller Parteien, genießen nur noch wenig Vertrauen – zu skandalgeschüttelt, unglaubwürdig und kurzsichtig präsentiert sich die politische Landschaft. Diese Grundhaltung spiegeln auch die geringen Wahlbeteiligungen im Superwahljahr wieder. »Wahlen verändern wenig«, so antworteten viele junge Menschen in diesem Jahr, nicht nur aus den östlichen Bundesländern. Direktere Demokratie hingegen ist, wie ja auch in anderen europäischen Ländern, erwünscht. Nach einer Umfrage des »Instituts für Demoskopie Allensbach« im Juni/Juli 1993 stimmten 74% der Befragten in den östlichen Bundesländern »für eine Abstimmung der Bürger über Gesetze«, nur 14% stimmten dagegen (FAZ, 14.7.93). Der Prozentsatz unter Jugendlichen dürfte dabei deutlich höher liegen.

Es fehlt an Möglichkeiten und an Raum für Jugendliche, sich selbst konstruktiv mit der gesellschaftspolitischen Situation und der Zukunft auseinanderzusetzen.

Jugendliche brauchen nicht nur das schulische oder universitäre Wissen, sondern die grundsätzliche Erfahrung, daß sie selbst in der Lage sind, die sozialen und ökologischen Probleme sinnvoll anzugehen – mit ihren eigenen Fähigkeiten und Ideen. Dabei ist Rückhalt und Unterstützung wichtig, damit Verantwortungsbereitschaft und Selbstbewußtsein wachsen können. Die breit bemängelte Resignation und Passivität entpuppt sich keineswegs als notwendige Folge der bestehenden Probleme. Sie entsteht vielmehr erst, wenn Möglichkeiten fehlen oder nicht gefunden werden, sich aktiv mit ihnen auseinanderzusetzen, Perspektiven zu entwickeln und diese umzusetzen.

Diese Situation müßte Grund genug für gesellschaftspolitische Veränderungen sein.

Schließlich geht es nicht nur um ein paar Jugendliche, sondern letztlich um die Zukunft der gesamten politischen Kultur und gesellschaftlichen Situation. Es ist eine Aufgabe der Zeit, Rahmen zu schaffen, in denen Jugendliche wieder mehr Sinn sehen für ihre aktive Beteiligung. Ermahnungen, verbale Aufforderungen (z.B. Angela Merkel) oder gar Anklagen gegen die Jugend bringen hier nicht weiter.

Die aktuelle Politik muß sich fragen lassen, ob sie dieser Aufgabe gerecht wird.

Wo sind die strukturellen Veränderungen, um politische Aufgaben vom überregionalen Roß herunterzuholen und in Bezug zu setzen zum Handeln Einzelner? Die Tendenz verläuft in der Realität vielmehr konträr – hin zu zunehmender Einflußbündelung, sichtbar auch an der Aufgabenzentralisierung im Rahmen der EG. Wo bleibt die stärkere Förderung von Jugend- und Umweltverbänden und vor allem freien Initiativen, die bereit sind, sich mit viel ehrenamtlicher Einsatzbereitschaft gemeinnützigen Anliegen zu widmen? Die drastische Kürzung des BMFJ-Programms zur »Förderung von Freien Trägern der Jugendarbeit« (AFT) in den östlichen Bundesländern mit Wirkung ab 1.1.95 ist nur ein Beispiel für die allgemein abnehmende Unterstützung. Wo werden Jugendliche ernsthaft um Rat gefragt und an Entscheidungen beteiligt? Zum politischen Alltag gehört es, daß selbst bei elementaren Jugendbelangen, wie z.B. den Schul- und Hochschulreformen, die betroffene Altersgruppe kaum zu Wort kommt. In Bundes- und Landtag, in Gremien und Kuratorien sind Menschen der jüngeren Generation kaum integriert, trotz ihres prozentualen Gewichts in der Bevölkerung, wonach ca. jede(r) vierte Bürger(in) jünger ist als 20 Jahre (aus »Tatsachen über Deutschland«, Bertelsmann). Ist es verwunderlich, daß sich viele Jugendliche mit ihren Ängsten und Aktivitäten von der Politik nicht mehr ernstgenommen fühlen?

FREIRAUM MITGESTALTEN

Auf der anderen Seite zeigen Beispiele die Möglichkeiten von Jugendarbeit und den Wert der Impulse, sofern Freiraum dafür gelassen und eine finanzielle Basis geschaffen wird:

Nennenswert ist die »Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung«, die bundesweit Praxisschulungen anbietet zu Themen wie »Eigenständige Regionalentwicklung« oder »Aufbau selbstverwalteter Betriebe«. Das Wissens- und Erfahrungsdefizit der meisten Menschen hinsichtlich persönlicher, gesellschaftlicher und politischer Alternativen wird so praktisch angegangen. Das AUFTAKT-Umweltfestival in Magdeburg mit Fahrradtouren aus allen Teilen Deutschlands zeichnete sich besonders dadurch aus, daß die 10.000 Beteiligten die Organisation und das Programm eigenständig gestalteten und viele Alternativen zu herkömmlichen Verhaltensweisen aktiv vorlebten, z.B. umweltverträgliche Ernährung und sinnvolle Mobilität. »Politik macht sogar Spaß, vorausgesetzt man darf sie mitgestalten«, so faßte die Frankfurter Rundschau eine Botschaft des Projektes AUFTAKT zusammen.

Noch ausbaufähig ist das Modell der »Jugendprojektwerkstätten«, von denen es derzeit 50 in ganz Deutschland gibt. »Lernen am eigenen Handeln« ist hier der Grundsatz der themen- und verbändeübergreifenden Projektarbeit (vgl. Buch »Ökoaktiv« beim Ekonzept-Verlag zur gleichnamigen ZDF-Serie).

Derzeit auf Hochtouren laufen die Vorbereitungen zum Jugendklimagipfel 1995 in Berlin und zur europaweiten Kampagne »The climate is right for a change«. Ziel ist es, daß an möglichst vielen Orten und Städten Gruppen zum Thema »Klima« aktiv werden und Einfluß nehmen auf die Kommunalpolitik und das private Umweltverhalten.

Diese wenigen Beispiele dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Regel keine oder kaum Unterstützung für Jugendvorhaben vorhanden ist und so viel Engagementbereitschaft im Sande verläuft. Vieles weist daraufhin, daß die Bedeutung der Jugend für die gesellschaftliche und politische Zukunft auf zahlreichen Ebenen neu definiert werden muß – auch, wenn manche sich lieber weiterhin in der Selbstgefälligkeit des Bestehenden ausruhen würden. ●

Anzeige

ANtifaschistische NAchrichten Saar, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
Tel. 0681/390 88 63, Einzelheft 3 DM plus Porto, Jahresabo 27 DM

JUGEND & UMWELT

Zehn Tage Grundlagen für wirkungsvolle Aktion:

Kurs Projektarbeit

Politische Arbeit von unten kann erfolgreich sein. BürgerInneninitiativen, Umweltverbände, Jugendgruppen und andere selbstorganisierte Initiativen können Veränderungen in der Gesellschaft durchsetzen – aber oft fehlen notwendige Erfahrungen. Wirksames Engagement darf nicht konzeptlos sein.

Der Kurs Projektarbeit soll gebündelt in zehn Tagen Grundlagenwissen für erfolgreiche Projekte vermitteln: Was ist ein sinnvolles Projekt; wie setze ich mir erfolgversprechende Ziele; Direkte Aktion; politische Arbeit: Verwaltungen; Pressearbeit; Rechtliches; gemeinsam arbeiten; Entscheidungsfindung in der Gruppe; Moderation; ... Nur einige der Themen, die auf dem Seminar behandelt werden.

Der Kurs Projektarbeit richtet sich an alle, die sich in selbstorganisierten Projekten aktiv für politische und gesellschaftliche Veränderungen einsetzen wollen. Die Teilnahme kostet 150-200 DM nach Selbsteinschätzung. Fahrtkosten mit DB in Niedersachsen werden erstattet – andere Bundesländer nach Absprache. Termin: 10. bis 19. März 1995. Anmeldung: Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, D-27283 Verden, Fax (0 42 31) 8 10 48. ●

Anders leben – Anders arbeiten

Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde, Benachteiligung von Frauen und Mädchen, Hierarchien in der Gesellschaft und Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, freie Schulen sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Ein EinsteigerInnen-Seminar für junge Leute. Kostenpunkt 30 bis 45 DM nach Selbsteinschätzung. Termine: 24. bis 26.3.95 in Saasen (Gießen) und 23. bis 25.6.95 in Lutter (Nds.). Genaue Infos und Anmeldung bei obiger Anschrift. ●

Homöopathie contra Pharmakonzerne

Beides soll auf dem Seminar Platz haben: Tips zur Homöopathie, also auch konkret anwendbares Wissen. Zum anderen geht es um die Politik der Pharmakonzerne wie Bayer, Hoechst, BASF und anderen. Termin: 21. bis 23.4.95. Informationen bei der Projektwerkstatt im Kreis Gießen, Ludwigstr. 11, D-35117 Reiskirchen-Saasen, Tel. (0 61 01) 56 51. ●

Direkte Demokratie

Das Seminar hat zwei Inhalte: Zum einen geht es um die Möglichkeiten, die es heute schon gibt (Volksentscheide, Bürgerbegehren sowie Beteiligungsrechte usw.) und wie man sie nutzt. Zum zweiten soll erläutert werden, wie direkte Demokratie funktioniert und welche Möglichkeiten es gibt, sich für diese stark zu machen. Termin: 28. bis 30.4.95. Information unter Projektwerkstatt, Anschrift s.o. ●

HÜTTENDORF GERÄUMT

PolizistInnen vor leerem Hüttendorf »Anatopia«

Am Morgen des 8. Januar 1995 wurde nach dreieinhalb Jahren Besetzung das Hüttendorf »Anatopia« auf dem Gelände der geplanten Mercedes-Teststrecke im Papenburger Moor von der Polizei geräumt. Fünf Leute wohnten zuletzt in Anatopia und der Räumungs-Alarm konnte auch nur 40 weitere Menschen nach Papenburg mobilisieren. Damit diese nicht unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen, wurde beschlossen, die Räumung zu provozieren. So wurden Barrikaden gebaut und angezündet und ein erstes ankommendes Polizeifahrzeug mit Steinen, Flaschen und Knallern beworfen. Danach konnten alle BewohnerInnen durch angrenzende Wälder entkommen. Am nächsten Morgen standen 350 PolizistInnen vor einem leeren Hüttendorf. ●

dp

OFFENER BRIEF VOM UMBRUCH-BILDARCHIV IN BERLIN

und tschüß?

»Manch platter Worte überdrüssig, machten wir uns auf die Suche nach einer anderen, einer Bildersprache. Eine, die der Lebendigkeit und Trotzigkeit, mit denen sich Menschen hier und anderswo wehren, gerecht wird. So entstanden »Graffitis«. Von Nadelstichen gegen Spekulanten und Banker; von Hilflosigkeit und Wut während des Golfkrieges; Gegenöffentlichkeit sogenannter Minderheiten; Werbung und Unterstützung für Bewegung in dieser Stadt, ob beim Knastkonzert vor Moabit, den Mai- und Mainzer Tagen oder dem Straßenfest im Weisekiez oder...«

Selbstdarstellung Umbruch

Liebe Leute,

möglicherweise müssen wir das Bildarchiv innerhalb des nächsten Jahres dicht machen. Wir schreiben diesen offenen Brief, um unsere Situation nachvollziehbar zu machen, jedoch auch um rauszukriegen, ob so eine Einrichtung heute noch Sinn macht. Wir freuen uns über Reaktionen...!

Seit einigen Jahren machen wir mit obigem Konzept in der Eisenbahnstraße ein Fotoarchiv und eine Werkstatt für linke Gegenöffentlichkeit. Verschiedene FotografInnen stellen dem Archiv ihre Bilder zur Verfügung. Das Archiv ist nicht-kommerziell. Die FotografInnen können sich darauf verlassen, daß ihre Bilder benutzt werden und daß damit keine/r Knete machen will.

Die festen Kosten für Miete, Technik, Material und begrenzt für Löhne bekommen wir zum großen Teil über kommerzielle Aufträge herein – von anderen Druckereien und darüber, daß wir die Druckvorlagen herstellen, wenn ihr z.B. Fotos aus dem Archiv für Plakate verwendet. So war es bisher und die Einnahmen reichten für den laufenden Betrieb knapp aus. Das hat sich geändert aus verschiedenen Gründen.

TECHNISCHE WEITERENTWICKLUNG

Mittlerweile haben die meisten linken Projekte ihren eigenen Computer, mit denen sie ihre Druckvorlagen komplett erstellen können. In letzter Zeit kommt es häufiger vor, daß Leute Fotos aus dem Archiv am liebsten ausleihen, um sie zu Hause, in der Redaktion, an der Uni... einzuscannen und dort weiter zu verarbeiten. Meistens sind das dringende Geschichten, wo wir die berühmte »Ausnahme« gemacht haben, obwohl wir Fotos eigentlich nicht weggeben. Unser hauptsächlicher »finanzieller Arm« – die Reprokamera – wird dadurch zunehmend bedeutungsloser.

INDIVIDUALISIERUNG

Verbunden mit der technischen Entwicklung der Printmedien ist eine Individualisierung. Für Einzelne ergeben sich neue Möglichkeiten, die eigenen Ideen unter die Leute zu bringen (wobei dies häufig noch Computerfreaks überlassen bleibt). Für Druckereien, Satzbetriebe, Kollektive..., die auch davon leben wollen, verstärkt sich der ökonomische Druck. Viele Geräte sind nicht ausgelastet, Aufträge und Subventionen fallen weg...

»MEDIENTREFF«

Wegen der technischen Möglichkeiten allein lohnt es sich also nicht, die Etage hier zu halten. Genauso wichtig ist uns jedoch ein anderer Punkt: Über die gemeinsame Notwendigkeit von Produktionsmitteln und Räumen gab es in der Eisenbahnstraße immer wieder auch politisch einen Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen und gegenseitige Unterstützung. Ob es dafür noch Bedarf gibt, können wir im Moment nicht einschätzen und sind von daher gespannt auf eure Meinung! Letztendlich halten wir dies für den Knackpunkt, ob es Sinn macht, die Etage hier zu halten oder nicht.

Wir können dazu nur einen begrenzten Vorschlag machen:

1. Wir würden gern die Etage verstärkt in dem obigen Sinne nutzen: Austausch und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Projekten.

2. Dazu gibt es die Idee, eine Art »Medientreff« in der Eisenbahnstraße einzurichten. Alle zwei Wochen (z.B. am Wochenende) soll es Veranstaltungen und Workshops von und mit Leuten geben, die an linksradikaler Medienarbeit Interesse haben. (Plakat-, Foto-, Satzworkshops; Videonacht mit unterschiedlichen Schwerpunkten; Kollektivetreffen von Projekten die vor ähnlichen Schwierigkeiten wie wir gerade stehen u.a.) Könnt ihr euch vorstellen, auch einen Abend vorzubereiten?

3. Technische Möglichkeiten stellen für Leute, die ein neues Projekt beginnen (Zeitung...) oder keine eigenen Geräte zur Verfügung haben (4-86 Rechner, Scanner, 600 dpi-Laserdrucker, Kopierer, Lichttische, Fotolabor).

Dazu werden wir uns voraussichtlich einen zusätzlichen Rechner anschaffen, um bessere Satz- und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

4. die Straße zur Bühne machen, z.B. durch eine kontinuierliche »Graffiti-Dia-Show« auf öffentlichen Plätzen (mit Dias zu aktuellen Bewegungen, Ankündigungen...), durch Fotoausstellungen und Happenings (z.B. wie »SO-Tage«).

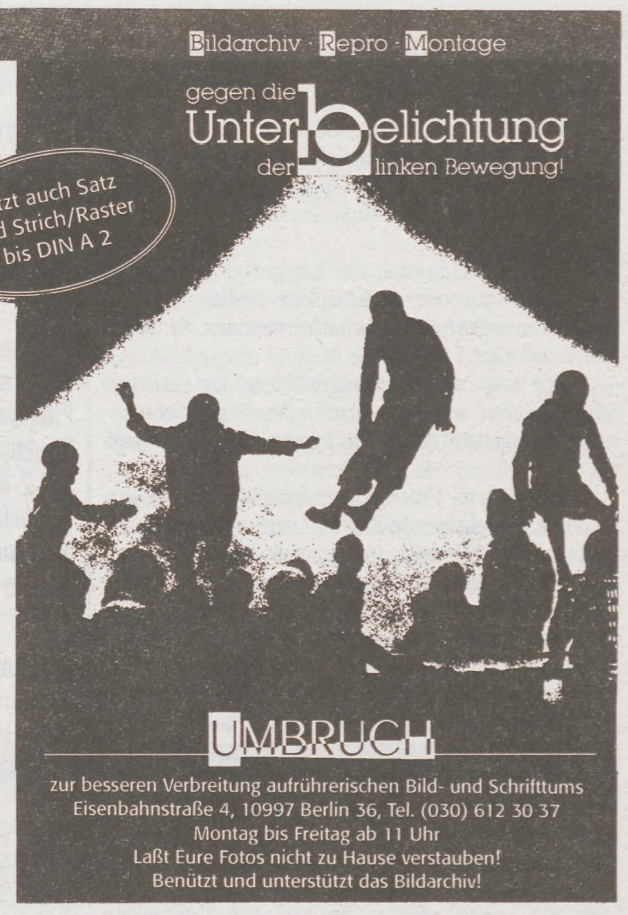
5. Ausbau des Bildarchivs (wie bisher) – Postkartenserien zu unterschiedlichen Schwerpunkten.

Wie ihr seht, an Ideen mangelt es nicht. Ob es klappt, hängt auch davon ab, ob ihr an sowas Interesse habt (wenn ja, meldet euch bitte im Laufe des Februar/März, weil wir gern im April mit den verschiedenen Projekten beginnen wollen) und davon, ob wir unser finanzielles Problem in den Griff bekommen. Auch dazu müssen wir einiges ändern: In Zukunft können wir tatsächlich unsere Fotos nicht einfach mehr so verleihen. Wir haben etwa 1.600 DM Festkosten für Miete, Strom, Wartung, Material... ohne Löhne. Zumindest einen Teil der Kosten müssen wir über das Archiv abdecken. Wir werden deshalb ab sofort auch das Scannen von Bildern anbieten, falls ihr sie in eurem PC weiterverarbeiten wollt. Ähnlich wie beim Rastern wird es auch hier einen Normalpreis geben, der sich an den Reprokosten orientiert und einen Unterstützungspreis für Leute, die keine Zuschüsse kriegen oder kein Geld haben. Wobei wir darauf vertrauen, daß ihr mit guckt, wie es nicht nur für euch am günstigsten ist.

Außerdem freuen wir uns natürlich, wenn ihr ein wenig Werbung für uns macht (für kommerzielle Aufträge – Repro- oder Satzarbeiten).

Wir sind nicht ganz glücklich mit diesem Vorschlag, weil andere Kollektive ein ähnliches Lied singen könnten und wir im Grunde einen allgemeinen Ausweg besser finden. Allerdings ist uns dazu bis jetzt noch nichts Gutes eingefallen, außer daß vielleicht andere Kollektive ebenfalls ihre Situation öffentlich machen und darüber eine Diskussion beginnt. ●

Umbruch, Berlin



FREIE SCHULE UNTERTAUNUS

Soziales Verhalten erlernen

Die Freie Schule Untertaunus ist eine der vielen Freien Alternativschulen in der BRD, aber die einzige auf dem Land. Seit 1986 haben Kinder die Chance, dort von der Kindergruppe bis zur sechsten Klasse eine andere Form des Lernens zu erfahren und zu erproben. Die Einteilung erfolgt in zwei Schulstufen: die erste Stufe erfaßt die 1. bis 3. Klasse, die zweite Stufe die 4. bis 6. Klasse.

Die Grundsätze der Freien Schule sind die Freiwilligkeit des Lernens und die Selbstbestimmung der Kinder. Mensch geht davon aus, daß Kinder gerne lernen und ein hohes Maß an Motivation und Neugier mitbringen. Diese Fähigkeiten sind eng mit den Interessen der Kinder verbunden, die eigenständig und ohne Zwang erst Formen annehmen und sich entwickeln müssen.

Um diese Entwicklung der Kinder zu unterstützen, bietet die Schule verschiedene Betätigungsmöglichkeiten an. Es gibt über vier Stockwerke verteilt die verschiedensten Räume, vom Naturforschen über Töpfern, Holzwerkstatt bis Musikraum, Dunkelraum usw., die Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und zum Erfassen der Umwelt bieten. Die Kinder können sich jederzeit bei einer TeamerIn (Bezeichnung für LehrerInnen) abmelden und sich wo auch immer selbst beschäftigen.

Viel weiter im Vordergrund als Lesen, Schreiben, Rechnen steht das Erlernen von sozialem Verhalten, wie z.B. Konfliktbewältigung, Problemlösungen in der Gruppe, die Durchsetzung bzw. das Zurückhalten der eigenen Interessen. Das Lernen steht immer in direktem Verhältnis zur Wirklichkeit und wird deshalb auch praktisch und sinnvöll mit dem Alltagsleben verbunden. Durch Spiele wird das Rechnen verständlicher, Geschichtenschreiben macht das Schreiben interessanter und erstrebenswerter. Der Bezug zur Praxis muß hergestellt sein, um dem Lernen, das im normalen Schulleben schon als eine Last angesehen wird, einen Sinn zu geben und den Spaß daran zu erhalten. Dabei müssen vor allem die Eltern in Kauf nehmen, daß die Kinder ihren eigenen Weg gehen und vielleicht lange Zeit keine greifbaren Produkte ihres ständigen Lernprozesses vorzeigen.

TOTALE UMSTELLUNG ZUR REGELSCHULE

Die Kinder müssen nach Beendigung der zweiten Stufe, also der sechsten Klasse, auf eine Regelschule wechseln. Dieser Wechsel bedeutet für sie eine totale Umstellung. Sie machen den Eindruck, als würden sie wissen, wie eine Regelschule funktioniert und sind neugierig darauf, das neue System zu erforschen, den engen Kreis der Freien Schule zu verlassen und neue Kinder kennenzulernen.

LehrerInnen der Regelschulen, die SchülerInnen aus der Freien Schule bei sich in der Klasse aufnahmen, mußten oft feststellen, daß diese ungefähr ein halbes Jahr brauchen, um sich den neuen Lernverhältnissen anzupassen. Die SchülerInnen der FSU würden eine immense Lernmotivation zeigen, die mensch bei 'normalen' SchülerInnen selten zu sehen bekommt. Das soziale Verhalten der Kinder ist für viele LehrerInnen auffallend. Es ist aber logischerweise nicht zu vermeiden, daß die Neugier, die Lernfreude und das soziale Verhalten der Kinder mit der Zeit abnehmen, weil sie sich dem neuen Rhythmus und den 'normalen' Zwängen anpassen müssen.

ELTERN-ENGAGEMENT NOTWENDIG

Die Elternarbeit, die viel Engagement fordert, setzt voraus, daß mensch hinter den Prinzipien dieser Erziehung steht. Die Freiheit, die den Kindern eingeräumt wird, muß uneingeschränkt akzeptiert werden. Die Eltern müssen außer der geistigen Bereitschaft auch viel praktisches leisten, um das Überleben der Schule zu sichern. Sie sind für Kochen, Putzen, Renovieren usw. zuständig und müssen außerdem an vielen Terminen teilnehmen, die für die Organisation und für die konzeptionelle Entwicklung der Freien Schule von Bedeutung sind.

Diese Leistungen, die von den Eltern erbracht werden müssen, sind natürlich nur dann tragbar, wenn ihre Arbeitszeiten sich damit vereinbaren lassen und wenn sonst auch die Möglichkeit für ein solch weitreichendes Engagement gegeben ist. Die Problematik besteht also darin, daß nicht jede/r seinem Kind die Chance bieten kann, an dieser Schule teilzunehmen. Da die Schule aus einer Elterninitiative entstanden ist und ihr Überleben nur durch die Initiative der Eltern ermöglicht wird, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und TeamerInnen unverzichtbar.

Besondere Hilfe vom Land über reguläre Lernmittelzuschüsse hinaus kann die Schule nicht erwarten, wie Erfahrungen bisher gezeigt haben. Lernmittelgelder sind zudem auf Lernmittelkataloge beschränkt, die innerhalb des Konzepts der Freien Schule gar nicht sinnvoll sind. Alles in allem sind die finanziellen Möglichkeiten der Schule begrenzt. Daß mensch deshalb nicht gleich das Handtuch werden muß, leben uns alle TeilnehmerInnen der FSU vor.

Am Beispiel solcher Schulen wie die FSU und vielen anderen Alternativschulen in Deutschland wird deutlich, in welche Richtung die Entwicklung der Bildungsinitiativen von unten geht. ●

aab

Aus: Dichtung & Wahrheit (DiWa) Mainz, Nr. 42/94

ÖKO-AUDIT

Ein Wort beherrscht die Umweltdiskussion der Fachleute – Umwelt-Audit oder Öko-Audit.

Mit dem 1. April 1995 gilt die EU-Verordnung zur freiwilligen Umweltbetriebsprüfung in den gewerblichen Unternehmen aller 12 Mitgliedsstaaten der europäischen Union.

Das Umwelt-Audit stellt als ökologische Betriebsanalyse eine umfassende, ganzheitliche Prüfung, ähnlich dem Rechnungswesen im Unternehmen dar. Es ist genau strukturiert.

So wie heute die ISO-Norm 9.000 in den Betrieben Schwachstellen im Arbeitsablauf aufdeckt und Veränderungen bringt, wird dies zukünftig vom Öko-Audit erwartet.

Obwohl sich die Unternehmen freiwillig dem Öko-Audit durch betriebsfremde BeraterInnen unterwerfen, erwarten Insider jeweils Imagegewinne, entsprechend den Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten, sowie wichtige Hinweise zur Kosteneinsparung durch Umwelt- und Ressourcenschonung und damit eine zügige Einführung in den Betrieben.

Der Heidelberger Springer-Verlag hat mit seinen neu erschienenen Büchern den Versuch unternommen, eine umfassende Handlungshilfe für die betriebliche Praxis zu geben. Sie ermöglichen den rechtzeitigen Einstieg in diese wichtige, komplexe Materie. Viele Fachleute sind durch das umfangreiche Aufgabenfeld oft überfordert. Checklisten bieten hier eine wesentliche Erleichterung. Die Autoren des Buches verdienen Anerkennung für die zusammengestellten Listen, die auch als Diskette beiliegen.

Auch eine umfassende Darstellung des Umweltrechts wird im vierten Teil des Buches gegeben. Beispielhaft wird das Umweltauditing in einem druck- und papierverarbeitenden Betrieb im zweiten Buch des Springer Verlages dargestellt. ●

Holger Malterer

Manfred Seitz, Andreas von Söldern (Hg): Umweltschutz-Management und Öko-Auditing. Springer Verlag Berlin/Heidelberg 1993, 366 Seiten, gebunden, 168 DM, ISBN 3-540-56911-1.

Manfred Seitz (Hg): Umweltbetriebsprüfung und Öko-Auditing. 1994, 282 Seiten, 248 DM, ISBN 3-540-57328-3.

INKULTUR 1995

Frauenkulturbörse

Die Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren organisiert in Zusammenarbeit mit der Frauen-AG der Landesarbeitsgemeinschaft NRW eine bundesweite Frauenkulturbörse als Präsentationsort für Künstlerinnen aus der gesamten BRD. Schwerpunkte liegen im Bereich der darstellenden Kunst (Theater, Kabarett, Comedy) und im Bereich der Musik. Berücksichtigt werden aber auch die Bereiche der bildenden Kunst, der Literatur und des Films.

–InKultur hat zum Ziel, Künstlerinnen die Möglichkeit zu geben, ihre Produktionen insbesondere einer breiten Fachöffentlichkeit (Agenturen, VeranstalterInnen, Medien) zu präsentieren, will aber auch neue Kontakte und inhaltlichen Austausch sowie den Diskurs über Frauenkultur und die speziellen ästhetischen Sichtweisen von Frauen unterstützen.

Geplanter Ablauf: –InKultur findet vom 21. bis 23.5.1995 in der Zeche Carl in Essen statt. Die örtlichen Gegebenheiten bieten die Möglichkeit, parallel zwei Bühnen zu bespielen, Ausstellungsraum mit ca. 270 qm für Werke der bildenden Kunst, Kino mit 80 Plätzen, Freifläche von ca. 2.000 qm für Infostände und einen Raum für Lesungen.

Die Anmeldefrist für –InKultur läuft bis Ende Februar 1995. Anmeldungen und Info im Projektbüro der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren: Babette Kummetz, Tel. (02 01) 83-4444-3 oder 35 02 81.

dp

Anzeige

Antiquariat
Schwarzer
Stern

Bitte Katalog anfordern:
Lessingstr. 18.
44147-Dortmund.
Tel.: 0231 / 827000.
Geöffnet: Mo-Fr 10 – 16 Uhr

Angela Davis

EG-REGIONALPOLITIK:

Erste einheitliche Programm-Planungsdokumente für Ziel 2

Am 9. und am 23.11.94 billigte die Europäische Kommission in erster Lesung 44 einheitliche Programm-Planungsdokumente (DOCUP) zur Strukturfondshilfe im Zeitraum 1994-1996 für Ziel-2-Regionen (wirtschaftliche und soziale Umstellung der Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung). Im Dezember 1994 wurden sie offiziell verabschiedet.

Nach Stellungnahme des Ausschusses für die Entwicklung und Umstellung der Regionen (EFRE-Ausschuß) und nach Stellungnahme des Ausschusses gemäß Artikel 124 (ESF-Ausschuß), in denen die Mitgliedsstaaten vertreten sind, hat die Kommission diese Programme endgültig verabschiedet. Sie sind seit Dezember 1994 wirksam, so daß die interessierten sozio-ökonomischen Akteure bei den für die Durchführung verantwortlichen nationalen oder regionalen Behörden Fördermittel zur Finanzierung ihrer besonderen Projekte beantragen können.

Diese Dokumente zielen sämtlich auf die Verbesserung der lokalen Beschäftigungslage ab, die Schwerpunktanliegen der Strukturfonds in diesen Gebieten ist. Es geht um die Veränderung der heimischen Produktionsstrukturen, die Anhebung des Qualifikationsniveaus und die Förderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze insbesondere durch Finanzierung von Fördermaßnahmen in den Bereichen Investitionen, wirtschaftliche Ankurbelung, Forschung, Ausbildung und Umwelt.

Mit den gebilligten DOCUP werden Strukturfondszuschüsse in Höhe von 3,051 Milliarden ECU bereitgestellt. Es sei hier daran erinnert, daß den Ziel-2-Regionen mit ihren 58,1 Millionen EinwohnerInnen (das sind 16,8% der EU-Bevölkerung) im Progarmmplanungszeitraum 1994-1996 insgesamt ein Gemeinschaftsbeitrag von rund 6,9 Milliarden ECU zur Verfügung steht. ●

	Betroffene Region	Gesamtinvestition in Mio. ECU	Strukturfondsbeitrag in Mio. ECU		Betroffene Region	Gesamtinvestition in Mio. ECU	Strukturfondsbeitrag in Mio. ECU
B	Aubange	3,183	1,300		Haute-Normandie	396,870	146,000
	Limburg	121,849	46,800		Languedoc-Roussillon	219,461	70,500
	Turnhout	58,060	23,400		Lorraine	282,650	127,400
DK	Nordjylland	185,320	46,480		Midi-Pyrénées	151,300	42,600
	Lolland	29,465	9,520		Pays de la Loire	321,650	135,900
D	Bayern	33,524	14,660		Provence-Alpes-Côte d'Azur	295,690	113,100
	Berlin	384,476	158,328		Picardie	429,169	122,400
	Bremen	176,170	46,910		Rhône-Alpes	316,679	99,700
	Hessen	61,349	21,257	I	Emilia Romagna	39,463	12,000
	Niedersachsen	126,387	42,514		Friuli-Venezia Giulia	104,760	24,000
	Nordrhein-Westfalen	1279,659	361,370		Lazio	193,420	64,000
	Rheinland-Pfalz	49,042	23,456		Liguria	274,720	96,000
	Saarland	212,052	49,111		Lombardia	76,120	23,000
	Schleswig-Holstein	31,981	15,393		Piemonte	695,896	205,000
F	Alsace	46,023	19,600		Toscana	485,126	127,000
	Aquitaine	379,220	107,100		Umbria	80,053	35,000
	Auvergne	125,996	61,100		Valle d'Aosta	15,440	6,000
	Basse-Normandie	169,470	57,800	L	Luxembourg	20,675	7,000
	Bourgogne	130,385	49,400	NL	Arnhem Nijmegen	171,620	56,000
	Bretagne	262,290	89,700		Twente	197,480	58,000
	Champagne-Ardenne	211,257	77,500		Zuid Limburg	130,280	43,000
	Franche-Comté	111,687	47,800		Zuidoost Brabant	177,000	67,000

ÖKOLÖWE LEIPZIG:

Workshop »Nachhaltige Regionalentwicklung« beendet

Wie der Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V. mitteilt, ist mit der Herausgabe des Tagungsbandes der im Dezember 93 begonnene Workshop »Nachhaltige Entwicklung in der Region Leipzig« abgeschlossen worden. Die zahlreichen Empfehlungen für Schritte in Richtung einer nachhaltigen Regionalentwicklung richten sich sowohl an die kommunale Verwaltung als auch an Unternehmen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen.

»Wir wollen mit dieser Initiative einen Diskussionsprozeß einleiten, der sich in der Folge des Workshops immer mehr verbreiten soll«, meint Ralf Elsässer, Geschäftsführer des Ökolöwen und Moderator zahlreicher Arbeitstreffen im Rahmen des Workshops. Dies scheint gelungen, zumal jetzt der Verein Basis e.V. den Staffelstab übernommen hat und mit Gewerkschaften und Unternehmen weiterverhandelt. Es handelt sich um ein Projekt, das in dieser Form in Deutschland bisher einmalig ist. Entsprechend groß ist das Interesse an den Leipziger Erfahrungen.

»Es ging uns darum, den schwammigen Begriff der »Nachhaltigkeit« einmal konkret zu untersuchen, ohne vorher eine wissenschaftliche Definition aufzustellen«, meint Angelika Schmidt, Organisatorin des Workshops. »Uns ist es wichtig, Alternativen zu gegenwärtigen Entwicklungen aufzuzeigen. Und es wurde klar, daß die meisten Teilnehmer des Workshops nicht nur an wirtschaftlichem Aufschwung, sondern auch an dem Erhalt einer lebenswerten Umwelt interessiert sind.«

Die TeilnehmerInnen aus Politik, Verwaltung, Vereinen und Instituten bekommen in diesen Tagen den Band zugesandt. Außerdem wird er den Entscheidungsträgern in der Region übergeben: der Regionalen Planungsstelle, dem Regierungspräsidium und der Stadt Leipzig. ●

dp

SEMINAR

Gemeinschaftsinitiativen in der EU

Die Europäische Union (EU) hat im Sommer 1994 neue Förderprogramme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen beschlossen. Die Programme laufen bis 1999. Sie richten sich z.B. an freie Träger und/oder Kleinbetriebe/Genossenschaften, die Maßnahmen zur Fortbildung von MitarbeiterInnen, zur Integration von Benachteiligten, von Jugendlichen oder Behinderten anbieten. Voraussetzung zur Beantragung von Mitteln aus diesen Programmen ist die Kooperation mit mindestens einem Partnerprojekt aus einem anderen Land der EU. Die Richtlinien für die Umsetzung der Programme in den neuen Bundesländern sind erst kürzlich erlassen worden und die Beantragung muß bis zum 31.3.1995 erfolgt sein.

Es ist höchste Zeit, sich nach einem passenden Partnerprojekt umzusehen, das sich auch den Zielen selbstverwalteter Betriebe und alternativer Projekte verbunden fühlt!

Programm:

- Präsentation der Organisatoren;
- Informationen zu den EU-Gemeinschaftsinitiativen (NOW II, HORIZON II, Youthstart, ADAPT, KMU, LEADER II), regionale Förderrichtlinien, Ziele, Zielgruppen, Inhalte;
- Nützliches zur Antragstellung, Finanzkalkulation;
- Informationen zu möglichen Partnern in Spanien oder anderen Mitgliedsstaaten der EU;

Organisatoren: FEMAREC (Spanien), Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation in Kooperation mit: Kulturbüro Dresden, Netzwerk Rostock, WirtschaftswerkSTATT Brandenburg

Termine: 27.2.95 in Dresden, 1.3.95 in Rostock, 2.3. in Teltow

Das Seminar wird mit einer Mitarbeiterin von FEMAREC durchgeführt, so daß direkt Informationen zu spanischen Partnern eingeholt werden können. ●

Information & Anmeldung:
netz Berlin/Brandenburg, Friedrichstr. 165, D-10117 Berlin, Tel. (0 30) 229 17 58

SOFTWARE:

Empfehlenswertes Programm für Steuer-Laien

Bares Geld verschenken viele BürgerInnen, weil sie die vielfältigen Steuerspar-Möglichkeiten bei ihrer Einkommensteuer-Erklärung nicht nutzen. Statt sich lange mit schwer verständlichen Formularen zu plagen, nehmen sie lieber einen finanziellen Verlust in Kauf.

Für SteuerzahlerInnen, die über einen Computer verfügen, gibt es einen Ausweg. Sie können sich die Formularschlacht mit einem EDV-Programm erheblich erleichtern. Die meisten »kleinen« Steuerprogramme bieten allerdings nicht mehr als eine Rechenhilfe und verlangen vom Bearbeiter erhebliches steuerliches Fachwissen. Mit TK Software Steuer 1994 ist jedoch ein PC-Programm auf dem Markt, das auch steuerlichen Laien die Erstellung der Einkommensteuer-Erklärung am Bildschirm leicht macht. Das Programm führt den Benutzer quasi automatisch an alle Tatbestände heran, die helfen, Steuern zu sparen.

Anders als die meisten anderen auf dem Markt befindlichen Programme ist TK Software Steuer 1994 nicht nur auf ArbeitnehmerInnen zugeschnitten, sondern auch für HausbesitzerInnen und UnternehmerInnen eine große Hilfe.

Das Programm berechnet aufgrund der eingegebenen Daten automatisch die Steuer und erstellt einen Kontrollbogen, der vom Aufbau her genau dem amtlichen Steuerbescheid gleicht. Kommt der Bescheid, läßt sich so auf einen Blick feststellen, ob der Finanzbeamte von der Erklärung abgewichen ist.

Das Programm ist sehr benutzerfreundlich. Mit einem Tastendruck können zu jedem Eingabefeld Erläuterungen und aktuelle Entscheidungen der Finanzgerichte abgerufen werden. So erfährt der Nutzer beispielsweise, welche Aufwendungen im Feld »sonstige Werbungskosten« angegeben werden können.

Die Handhabung des Programms ist einfach. Wer mit TK Software Steuer 1994 arbeiten will, muß kein »Computer-Freak« sein. Die Installation des Programms ist kinderleicht. Zur Ausstattung zählt ein Handbuch, das jedoch nur selten benötigt wird. Das Programm ist aus sich heraus verständlich.

Ein besonderer Clou des Programms ist es, daß die eingegebenen Daten direkt auf den amtlichen Steuerformularen ausgedruckt werden können. Das lästige Übertragen der Daten per Hand in die Vordrucke entfällt. Außerdem werden automatisch Anlagen zur Steuererklärung erstellt, die dem Finanzbeamten die Einzelposten der Erklärung erläutern.

Auch wer seine Erklärung von einem Steuerberater machen läßt, kann von dem Programm profitieren. Ein Berater macht sich nämlich erst dann richtig bezahlt, wenn er von seinem Mandanten umfassend informiert wird. Ein guter Steuerberater ist dankbar, wenn die Unterlagen mit Hilfe von TK Software Steuer 1994 vorsortiert werden und alle unproblematischen Eintragungen bereits vorgenommen sind. Um so mehr Zeit bleibt für ein qualifiziertes Beratungsgespräch und eine zielgerichtete Steuer-Planung.

TK Software Steuer 1994 enthält einen Steuer-Planungs-Modus, der es ermöglicht, jeden Wert in der Erklärung zu verändern. So läßt sich beispielsweise ausrechnen, wie sich der Kauf einer Eigentumswohnung oder zusätzliche Werbungskosten steuerlich auswirken. Oder aber, ob es sich steuerlich lohnt, zusätzliche Bausparkassenbeiträge zu zahlen. Nach einer Neuberechnung der Steuer wird die Steuerersparnis im Vergleich zum Ausgangsfall berechnet. Auch die Auswirkungen auf den Steuersatz werden dargestellt.

Der Aufbau des Programms entspricht dem aktuellen Stand moderner Anwendungsprogramme und bietet umfangreiche Variationsmöglichkeiten bei der Bildschirmgestaltung. Durch die moderne »Fenstertechnik« behält der Nutzer jederzeit die Übersicht. Das Programm kann auf allen IBM- oder IBM-kompatiblen Computern mit dem Betriebssystem MS-DOS 3.1 (oder höher) genutzt werden. Weitere Voraussetzungen sind mindestens 490 Kilo-Byte freier Hauptspeicher und 3,7 Mega-Byte freie Festplattenkapazität.

In den beiden letzten Jahren ist TK Software Steuer aus einem Vergleichstest der Stiftung Warentest jeweils als Testsieger hervorgegangen. Die Stiftung lobte: »TK Software Steuer ist das für Steuerlaien und Fachleute beste Programm im Test.« Beim letzten Vergleichstest war TK Software Steuer das einzige Programm mit dem richtigen Ergebnis in beiden Testfällen.

Das Programm, das von den beiden Düsseldorfer Finanzbeamten Hans-Wilhelm Küppers und Hartmut Thurm entwickelt wurde, erscheint jährlich mit Anpassungen an die geänderten Vordrucke und Gesetze. Es kostet 150 DM (inklusive Versand und Mehrwertsteuer). In den Folgejahren können Kunden das neue, aktualisierte Programm zum Update-Preis von 78 DM erwerben. Der Kaufpreis für das Programm kann in voller Höhe steuermindernd geltend gemacht werden. ●

Das Programm kann bestellt werden beim TK Software Vertriebs-Service, Uerdinger Straße 118, 40474 Düsseldorf, Telefon 0211/47 82 0 - 0, Telefax 0211/47 82 0 - 22. Bei der Bestellung ist die Diskettengröße (3 1/2 Zoll oder 5 1/4 Zoll) anzugeben.

dp

TAGUNG UNTERNEHMENSKULTUR

Zukunftschancen produktivgenossenschaftlicher Betriebe

Unter dem Obertitel »Ökonomie der Werte oder Werte in der Ökonomie« fand in der Evangelischen Akademie Hofgeismar eine Tagung über Unternehmenskultur in genossenschaftlichen, alternativen und traditionellen Betrieben statt. Fünfzig TeilnehmerInnen erlebten eine vielfältige Mischung aus Theorie und Praxisbeispielen.

Hans Nutzinger, Redaktion Genossenschaften ● Die Reihe der Referate und Diskussionen auf der Unternehmenskultur-Tagung in Hofgeismar Ende Oktober wurde eingeleitet mit einer theoretischen Analyse dieses Konzepts, Heinrich Beyer und Hans Nutzinger betonten, daß sich »Unternehmenskultur« in der Zwischenzeit längst vom Schlagwort aus Firmen-Hochglanzbroschüren zu einem seriösen Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung entwickelt hat. In der anschließenden Diskussion, an der auch Eberhard Dülfer (Universität Marburg) teilnahm, zeigte sich indessen, daß gegenwärtig das Konzept der »Unternehmenskultur« noch sehr unterschiedlich verstanden werden kann und auch wird. Besonders interessant war die dann folgende Analyse von Burghard Flieger (Freiburg). Anhand der theoretischen Genossenschaftskriterien Identitätsprinzip, Demokratieprinzip, Förderungsprinzip und Solidaritätsprinzip entwickelte er Überlegungen zu einer Typologisierung produktivgenossenschaftlicher Organisationen und zugleich zu einer empirischen Charakterisierung derartiger Betriebsformen.

Chancen und Schwierigkeiten für die langfristige Überlebensfähigkeit alternativer Betriebe in einer »kapitalistischen Umwelt« wurden nach einer kurzen Einleitung durch Birgit Müller (Wissenschaftsverbund Sozialanthropologie CNRS, Berlin) von Ulrike Saade vom Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe (Berlin), von Gisela Heinz, Geschäftsführerin der Konus Werkzeugbau GmbH (Berlin), und von Constantin Bartning, Unternehmensberater und Gründer des Berliner Betriebes »Oktoberdruck« anhand ihrer konkreten Erfahrungen über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren aufgezeigt. Dabei erwies es sich, daß einerseits richtige Verantwortungs- und Kompetenzzuweisungen an die Unternehmensmitglieder, andererseits aber auch die äußeren Marktbedingungen von zentraler Bedeutung für den wissenschaftlichen und den gesellschaftlichen Erfolg solcher Betriebe sind. Diese beiden Faktoren haben offenbar auch einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung und Ausprägung einer »Unternehmenskultur« in Alternativbetrieben ausgeübt.

Konzeption, verwendete Methoden, Instrumente und Meßkonzepte sowie wichtigste Ergebnisse des Forschungsprojektes »Unternehmenskultur zwischen Partnerschaft und Mitbestimmung« wurden sodann von Heinrich Beyer und Ulrich Fehr (Gesamthochschule Kassel, FB7) dargestellt und erläutert. (Das 48-seitige Fazit dieses gemeinsamen Forschungsprojektes der Bertelsmann-Stiftung und der Hans Böckler Stiftung kann vom Forschungsprojekt bezogen werden.) Diese Untersuchung bildete zu den anderen diskutierten Fallbeispielen einen reizvollen Kontrast: Es handelte sich hierbei im wesentlichen um »traditionelle« Unternehmen, die aber – zumindest nach Meinung des Projektteams – durchaus vergleichbare Überlegungen und Regelungen zur »normitativen Koordination« im Unternehmen einsetzen, wie sie genossenschaftliche und alternative Betriebe anstreben. Allerdings war dieser Punkt in der anschließenden Diskussion durchaus strittig.

ENTWICKLUNG IN OSTDEUTSCHLAND

Den Übergang zum dritten Tagungsschwerpunkt – die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks in der ehemaligen DDR nach der »Wende« – lieferte ein »Kabarettungsdienst für Zeitgeistkranke« von und mit Bernhard Röhrig (Erfurt). Er analysierte in seiner ebenso bedenkenswerten wie vergnüglichen Darbietung »Wahnsinn schon in Unsinn-Lande?!« die deutschdeutsche Befindlichkeit im vierten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands vor allem in dessen östlicher Hälfte mit kabarettistischen Mitteln.

Angelika Schwarz vom Prüfungsverband deutscher Produktivgenossenschaften (Berlin) untersuchte nun die Frage, ob es zu einer Transformation der Produktivgenossenschaften des Handwerks in der ehemaligen DDR gekommen ist. Das erhebliche Schrumpfen produktivgenossenschaftlicher Handwerksbetriebe seit 1990 war nach ihrer Analyse – und auch nach dem Urteil von Gerhard Sonnabend (Geschäftsführer der Elektro Bär Produktivgenossenschaft Berlin e.G.) – nicht zuletzt durch gesetzliche Vorgaben bedingt. Dazu gehören beispielsweise die Ausgleichs- und Auszahlungsansprüche ausscheidender und ehemaliger Genossenschaftsmitglieder entsprechend der Umwandlungsverordnung. Diese und andere Schwierigkeiten, aber auch Möglichkeiten, sie zu überwinden, wurden in einem anschaulichen Vortrag von Gerhard Sonnabend aufgezeigt. Er begründete die Entscheidung zugunsten der (westdeutschen) Genossenschaftsform, trotz aller damit verbundenen Probleme, ausdrücklich mit einem unternehmenskulturellen Argument: dem Festhalten an der genossenschaftlichen Tradition.

Die mit Themen und Diskussionen vollgepackte Tagung war nach dem Urteil der meisten Teilnehmer sehr informativ und anregend. Deshalb ist geplant, die Tagungsergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit im nächsten Jahr in Buchform zugänglich zu machen. ●

PR-AGENTUR ALS GENOSSENSCHAFT

Neue Genossenschaft betreibt Kooperative Kommunikation

Public Relations (PR)-BeraterInnen aus Bonn starten in diesem Monat die erste PR-Agentur Deutschlands in genossenschaftlicher Rechtsform. Die Gründung einer Genossenschaft entspricht dem steigenden Bedürfnis qualifizierter Fachleute nach eigenverantwortlich gestalteten Arbeitsplätzen. Bereits seit Ende der 60er Jahre werden partizipative Arbeitsstrukturen in sogenannten Professionsgenossenschaften erprobt.

Ludger Porada, Red. Genossenschaft ● »Lieber selbstbestimmt als fremdbestimmt« lautet das Leitmotiv der Bonner PR-BeraterInnen. Die Initiatoren des Projekts wollen hohe Qualitätsansprüche und gleichberechtigte Zusammenarbeit im eigenen Unternehmen in Einklang bringen. Beide Charakteristika, hohe Professionalität der Arbeit und Miteigentum am Wert des Unternehmens kennzeichnen den Typ der Professionsgenossenschaft.

Professionsgenossenschaften – mehr als eine Alternative

Burghard Flieger führte diesen Begriff erst in jüngster Zeit in die wissenschaftliche Diskussion ein. Von anderen produktivgenossenschaftlichen Zusammenschlüssen unterscheiden sich Professionsgenossenschaften in erster Linie durch die Homogenität in der Ausbildung ihrer Mitarbeiter und ihre Betätigung in modernen Dienstleistungsberufen. Verbreitung findet diese Genossenschaftsform im Softwarebereich, in Ingenieurberufen, bei Übersetzern und im Beratungssektor. Experten schätzen ihre Anzahl auf mehrere hundert, mit ansteigender Tendenz. Professionsgenossenschaften gibt es seit Ende der 60er Jahre, wo sie als Mitarbeiterfirmen und Belegschaftsbetriebe gegründet wurden.

Aber nicht nur Neugründungsinitiativen entscheiden sich für kooperative Unternehmensformen, auch für bereits bestehende Betriebe entspricht die genossenschaftliche Rechtsform einem Bedürfnis nach selbstverwalteten Arbeitsstrukturen. So gab sich zum Beispiel das »Büro für integrierte Stadt- und Verkehrsplanung (BiS)« 1990 die Rechtsform der Genossenschaft, nachdem sich der Betrieb schon einige Jahre erfolgreich als GbR am Markt behauptet hatte. »Wir wollten das Geschäftsrisiko auf viele Schultern verteilen und durch Mitbeteiligung am Unternehmen Mitverantwortung und Motivation stärken«, begründet René Hoevel, Vorstandsmitglied der BiS, den Schritt zur Genossenschaftsgründung der Kölner und Bonner Stadtplaner. Außerdem sei der Anspruch, umweltverantwortliche und sozialverträgliche Stadtplanung zu betreiben, am besten im eigenen Unternehmen gewährleistet.

Kooperative Kommunikation – Der Name ist Programm

Ein besonderes Kennzeichen professionsgenossenschaftlicher Unternehmen ist ihre Zugehörigkeit zu Branchen, in denen Kommunikation und interdisziplinäre Zusammenarbeit großgeschrieben wird. Dies trifft sowohl für den Softwarebereich als auch für den gesamten Beratungs- und Planungssektor zu. Kooperation und Kommunikation sind auch die zentralen Merkmale, durch die sich die genossenschaftliche PR-Agentur am Markt positionieren möchte. Beide Begriffe im Namen zu führen, liegt deshalb nahe. »Kooperative: Kommunikation e.G.« soll die für die PR-Branche innovative Genossenschaft heißen. »Gute PR-Konzepte basieren auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit interdisziplinär besetzter Projektteams«, sagt Norbert Zimmermann, einer der Initiatoren des Projekts. Die Flexibilität der genossenschaftlichen Rechtsform ermöglicht diese Kooperation in besonderer Weise.

Zu Beginn sind alle Mitglieder freiberuflich tätig. Sie sind durch einen Dienstleistungsvertrag an das Unternehmen gebunden und arbeiten ausschließlich im Namen und auf Rechnung der Genossenschaft. Diese bietet zentrale Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Bereitstellung moderner Büroinfrastruktur und die Akquisition von Aufträgen für die Mitglieder. Später sollen möglichst viele Mitglieder von der Genossenschaft sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Dieses Ziel sei nicht unrealistisch, betonen die PR-BeraterInnen, denn schon jetzt winken attraktive Aufträge.

Von anderen Agenturen möchte sich die Genossenschaft nicht nur durch ihre Arbeitsstrukturen abheben, sondern auch durch ein spezifisches Verständnis von Kommunikationsprozessen. Der Schwerpunkt soll dabei auf der Entwicklung von Konzepten liegen, in denen der Zusammenhang zwischen interner Kommunikation und externer Öffentlichkeitsarbeit bei den Auftraggebern hergestellt wird. Die neue Agentur wird sich noch im Februar als Genossenschaft gründen. ●

Kontaktanschrift:
Norbert Zimmermann, Beethovenplatz 13, 53115 Bonn, Tel. (02 28) 65 68 70.

Anzeige

"Good News" aus Bosnien sind uns eine Meldung wert. ParaPacem

✓ Argumente gegen den Krieg
✓ Informationen aus Ex-Jugoslawien
✓ Aktivitäten der Opposition

☐ Ich interessiere mich für den monatlich erscheinenden Infodienst ParaPacem und möchte eine Probenummer. (Bitte DM 10.– beilegen / Jahresabo DM 150.– / Englischkenntnisse von Vorteil)
Vorname
Name
Strasse
Plz.
Einsenden an: **GSoA, Postfach, CH – 8031 Zürich**

SOZIALFORUM SCHWEIZ: THESENZUSAMMENSTELLUNG

Zukunftsformel »Qualität im Sozialbereich«

»Überzeugen durch die Qualität sozialer Leistungen« lautete das Seminarthema der LAKO/Sozialforum Schweiz Ende November 1994. Erwartet wurden 15 Teilnehmende – es kamen 40. 22 aus der Schweiz, 14 aus Deutschland und 4 aus Österreich. Sie diskutierten äußerst engagiert über dieses Zukunftsthema

Das Seminar bildete den Höhepunkt in der letztjährigen Seminarreihe der LAKO. Kernthesen zur Fragestellung vermittelte René Baptiste, Direktor von Messidor – einer Einrichtung für Behinderte in Lyon (Frankreich):

1. Mit Hilfe der Instrumente Marketing und Management wird Qualität einer Organisation erst möglich. Mitarbeitende von Sozialorganisationen sollen sich dem Markt öffnen und zielorientiert nach innen und außen wirken. Die ausschließliche Angebotspalette muß durch die Nachfrageorientierung abgelöst (resp. ergänzt) werden. Richtgrößen sind Zufriedenheit der Kunden und die der Mitarbeitenden. Zu den Kunden gehören sowohl die Leistungsbezieher als auch die Geldgeber.

2. Die Qualität als Ausfluß guter Arbeit ist in Sozialorganisationen nicht beiläufig zu erreichen, sondern verlangt Einfühlungsvermögen. Sie zu gewährleisten, setzt einen Um-Denkprozeß bei Sozialtätigen und Führungsverantwortlichen voraus. Dieser bildet überhaupt die Voraussetzung für »Qu-Zertifikate«, ob dies nun ISO-Normen oder Verbandsnormen sind. Abgesehen davon, daß sich Qu-Zertifikate am Markt resp. der Nachfrage und dem, was von außen an die Organisation herankommt, jedoch nicht am Prestige oder der Finanzsicherung auszurichten haben.

3. Die Sozialtätigen setzen den Qualitätsbegriff mit restriktiver Arbeitskontrolle gleich. Diese Denkhaltung stützt die Mauern gegen den Fortschritt im Sozialbereich. Sich gut zu fühlen, weil man/frau Gutes tut, macht die Qualitätsdiskussion schwer und hemmt die Motivation derjenigen, die bereit sind, beim guten Tun mehr Wirkungsgrad zu erreichen oder – in charmanten Worten eines Franzosen – »devenir mieux«.

4. Für die Messung von Qualität sozialer Leistungen können nicht allein quantitative Kriterien herangezogen werden. Die Situation im Sozialen ist komplex, mindestens so wie in der Wirtschaft. Qualitative Kriterien für die Arbeit mit Menschen in Not müssen gefunden und entwickelt werden – und ebenfalls meßbar sein.

5. Die Qualitätsprüfung sollte wiederholt mit Hilfe von Kundenbefragungen vorgenommen werden. Kunden werden in Zukunft auch im Sozialbereich aus einem Angebot auswählen (in Deutschland zum Beispiel bedingt durch die neue Pflegeversicherung und in der Schweiz durch das neue Krankenversicherungsgesetz). Ebenso werden die Finanz- und Subventionsgeber bei der Geldvergabe ein wacheres Auge auf die Qualität richten. Es ist empfehlenswert, mit ihnen Leistungsverträge zu vereinbaren. Sie sind durch die Sozialtätigen und Sozialorganisationen selbst zu entwickeln und auszuarbeiten. Ist es soweit, können diese diskutiert und »abgesegnet« werden. Solche Prozesse garantieren mehr Transparenz für und Akzeptanz in der Öffentlichkeit.

6. Das »Antizipatorische Qualitätsmanagement« ist in der TQM-Diskussion (total quality management) die Grundkonzeption für den Erfolg einer Unternehmung. Es geht nicht in erster Linie um Kontrolle von Qualität, sondern um das Implementieren derselben von Anfang an. Dieses Vorgehen hat bereits in der Wirtschaft die Produktionskosten um ein Vielfaches gesenkt. Wieso also nicht auch im Sozialen?

7. Qualität muß durch die VertreterInnen in der Führungsebene und gemeinsam mit den Mitarbeitenden expliziert garantiert werden. Der wichtigste Schritt ist die Zielsetzung, die mindestens einmal jährlich überprüft und – wenn notwendig – korrigiert wird. Erst eine »Geplante Organisation« kann Verwaltungsgelüste stoppen, Überaktivitäten vermeiden und das »burn out« bei der Arbeit mit Menschen auffangen.

Diese Kernthesen verlangen eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Qualität. Sie nämlich wird in der öffentlichen Meinung über den Standort, den Ruf und die Wirkung Sozialtätiger und ihrer Organisationen entscheiden. ●

Nähere Informationen:
LAKO / Sozialforum Schweiz, Alte Landstr. 158a, CH-8801 Thalwil-Zürich

DIREKTE AKTION SPEZIAL:

Märzrevolution 1920

Als Supplement zur Ausgabe Nr.110 (Mai/Juni 1995) wird die »direkte aktion« ein SPEZIAL zum Gedenken an den 75. Jahrestag der Märzrevolution 1920 herausgeben. Inhaltlicher Schwerpunkt des Heftes wird neben einer allgemeinen Darstellung des Kapp-Putsches und der anschließenden März-Revolution im Ruhrgebiet insbesondere die Rolle der syndikalistischen »Freien Arbeiter Union Deutschlands« (FAUD) sein. In einer Reihe von Beiträgen u.a. von Andreas Graf, Andreas Müller, Hartmut Rübner (angefragt), Frank Havers und Thomas Beckmann soll der aktuelle Stand der Forschung in Bezug auf die Rolle der SyndikalistInnen in den Märzkämpfen dargestellt werden, der in der bislang erschienen Literatur zum Thema selten ausreichend gewürdigt wurde, obwohl heute als gesichert angesehen werden kann, daß nahezu die Hälfte der TeilnehmerInnen an der «Roten Ruhr Armee» aus den Reihen der SyndikalistInnen kam.

Neben den revolutionären Ereignissen im Ruhrgebiet werden in zwei Beiträgen die Aktionen der ArbeiterInnen in der syndikalistischen Hochburg Sömmerda in Thüringen und in Mecklenburg beleuchtet. Das Heft soll darüberhinaus – neben einer Anzahl weiterer Aufsätze – eine kommentierte Literaturliste zum Thema Kapp-Putsch, März-Revolution sowie anarchosyndikalistische Bewegung in der Weimarer-Republik enthalten.

Das direkte aktion SPEZIAL wird 16-20 Seiten umfassen und enthält viele Abbildungen und Faksimiles. Es kann einzeln gegen Einsendung von 2 DM in Briefmarken bezogen werden. Buchläden und WiederverkäuferInnen können es ab einer Mindestbestellmenge von 10 Exemplaren für DM 0,70 pro Exemplar zzgl. Porto bestellen. Die Auslieferung erfolgt Anfang Mai. ●

Bezugsadresse:
Direkte Aktion, Bismarckstrasse 41a, 47443 Moers

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG I.

Von Frauen und von Bauern

Die heute international beachtete »eigenständige Regionalentwicklung« hat ihre Ursprünge in Österreich. Im Prinzip geht es dabei um ein »small is beautiful« von unten, um eine autonom von den Menschen einer Region entworfene und durchgeführte wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung ihres Lebensraums, die im Gegensatz zu von oben verordneten zentralistischen Modellen von »Entwicklung« steht.

Initiativen und Projekte im Rahmen der »eigenständigen Regionalentwicklung« haben u.a. auch zu neuen Gemeinschaftserfahrungen und neuen Formen der Solidarität geführt. Auch wenn einige dieser Initiativen wieder »einschlafen« oder einzelne AktivistInnen durch den politischen Alltagskampf ausgelaugt sind und (für eine Zeit) den Rückzug in die »Innerlichkeit« antreten, bleibt das Prinzip der »eigenständigen Regionalentwicklung«, der dezentralen Selbstorganisation und politischer Mündigkeit in kleinen gesellschaftlichen Einheiten eines der zukunftsweisenden Konzepte und realistischen Strategien der neuen sozialen Bewegungen.

In diesem Sinn ist es erfreulich, daß aus dem Kreis dieser Szene in Österreich 1994 zwei Bücher entwickelt wurden, deren Bedeutung und Aussagekraft über den engeren regionalen Bezug hinausgehen. Eine langjährige regionale Kulturarbeiterin des oberen Mühlviertels ist Brigitte Menne. In ihrem Buch »Wir Frauen am Land« berichtet sie über den autonomen Frauentreff in Rohrbach, der das Ergebnis und die Basis von weitverzweigten gemeinschaftlichen Unternehmungen von Mühlviertler Frauen war und ist. Eröffnet wurde er im April 1990. Inzwischen kann er auf 150 Teilnehmerinnen verweisen, die sich für ihre Heimat als ein »Land der Frauen« einsetzen. Mennes Buch besticht neben einer zusammenfassenden Information über das obere Mühlviertel durch die Mischung von wissenschaftlichen Reflexionen und persönlichen Erlebnissen und Zugängen. Für den/die LeserIn in der Stadt bietet dieses Werk die gute Möglichkeit, sich ein wenig in das Leben der Landbevölkerung, speziell der Landfrauen einzufühlen, das trotz dem großen Einfluß der städtischen Kultur immer noch deutliche Züge des eigenständigen »Anderssein« aufweist.

Zu einem hoffentlich regen Diskussionsprozeß kann das von Wolfgang Bauer u.a. herausgegebene Buch »Sind die Bauern noch zu retten« beitragen, das die Ergebnisse der vom vielbeachteten, regional aktiven Kulturverein Schloß Goldegg veranstalteten »2. Goldegger Herbstgespräche« enthält. Die vielfältigen, oft sehr unterschiedlichen Beiträge gehen auf die bäuerliche Kultur, nachhaltige Wirtschaft und Ökologie ein, wobei vor allem die kulturphilosophischen Betrachtungen zu dem zunehmend wichtiger werdenden Begriff der Agrikultur das Interesse des/der LeserIn finden werden. Es geht um nicht weniger als um eine gemeinschaftliche, seit Jahrhunderten nachhaltig wirtschaftende Kultur, die durch Agrobusiness und chemische Industrie immer mehr zur bedrohten Minderheit wird.

Dieser Sammelband will zu einer umweltschützerischen, progressiven Ökobauernkultur anregen, die sich jenseits von bäuerlich-landschaftspflegerischen Konzepten und kapitalistischer »Wachse-oder-weiche-Mentalität« der EU-Technokraten entfalten soll. Erfreulich ist auch die historische Dimension mancher Beiträge, die themenbezogene Einblicke in ausgedehnte kulturelle Traditionen jenseits von Zeitgeist und Modeströmungen ermöglicht. ●

Roman Schweidlenka

Brigitte Menne: Wir Frauen am Land. Ergebnisse regionaler Kultur- und Bildungsarbeit im Mühlviertel. Wiener Frauenverlag, Wien 1994, 321 Seiten

Wolfgang Bauer u.a. (Hg): Sind die Bauern noch zu retten? Über die Zukunft einer alpinen Kultur. Kulturverein Schloß Goldegg, Goldegg 1994, 212 Seiten. Zu beziehen gegen öS 149,zuzüglich Versandspesen bei Kulturverein Schloß Goldegg, A-5622 Goldegg, Tel.: (0 64 15) 82 34

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG II.

Neue Akteure regionaler Selbstorganisation

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich die Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik zum Ziel gesetzt. Die Regionalisierung soll dazu beitragen, die Wettbewerbsposition Niedersachsens zu stärken und im Ausgleich von Ökonomie und Ökologie eine hohe Umwelt- und Lebensqualität zu entwickeln. Damit reagiert Niedersachsen sowohl auf wirtschaftlich-gesellschaftliche Veränderungen (wirtschaftlicher Strukturwandel, Umweltproblematik) als auch auf politisch-institutionelle Veränderungen (EU-Integration, Öffnung Europas nach Osten, Vereinigung).

REGION UND ENDOGENE POTENTIALE

Die »Region« gewinnt in diesen Prozessen an Bedeutung a) im Rahmen der interregionalen Standortkonkurrenz eines »Europa der Regionen« und b) als Bezugsraum zur Mobilisierung endogener Potentiale, beispielsweise der regionalen Eigeninitiative.

KLEINRÄUMIGE ENTWICKLUNGSANSÄTZE

Neben der Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik, die auf großräumige Kooperationen ausgerichtet ist, gibt es kleinräumige Ansätze wie die Eigenständige Regionalentwicklung. Auch wenn zwischen beiden Entwicklungsstrategien durchaus Unterschiede in der langfristigen Zielsetzung bestehen – z.B. im Ausmaß der angestrebten regionalwirtschaftlichen Verflechtung, so scheint es doch sinnvoll zu sein, die gegenseitige konstruktive Ergänzung zu suchen.

DAS GUTACHTEN

Mit dem Verdener Verein für Eigenständige Regionalentwicklung (VVER) stellt das Gutachten einen »neuen Akteur regionaler Selbstorganisation« zur Diskussion. Es beschreibt a) die Bedeutung dieser neuen Akteure regionaler Selbstorganisation und ihre Rolle im Kontext der Regionalisierungspolitik und gibt b) Empfehlungen für die Organisationsentwicklung des VVER. ●

dp

Gutachten: »Neue Akteure regionaler Selbstorganisation«, 16 DM, Informationsstelle Ländlicher Raum und Umwelt, Universität Hannover, Herrenhäuser Str. 2, 30419 Hannover

LITERATURKATALOG

Literatur der »Dritten Welt« im Überblick

Bereits in seiner 6. Auflage erschien im Herbst 1994 der Katalog »QUELLEN – Zeitgenössische Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika in deutscher Übersetzung«, herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V., Frankfurt, die seit 1980 die deutsche Veröffentlichung wichtiger belletristischer Werke aus der »Dritten Welt« vermittelt und fördert.

Mit über 1.700 belletristischen Titeln von rund 700 AutorInnen aus Afrika, der arabischen Welt, Asien, der Karibik und Lateinamerika bietet der Katalog ein einzigartiges Gesamtverzeichnis derzeit lieferbarer Übersetzungen aus dem Süden im deutschsprachigen Raum. Berücksichtigt wurde vornehmlich zeitgenössische Literatur; ausgespart blieben Titel aus Japan, Israel, der Türkei und den Staaten der ehemaligen UdSSR.

Der Katalog ist ein Arbeitsinstrument, keine Empfehlungsliste. Er vermittelt LeserInnen einen Einblick in das literarische Schaffen der »Dritten Welt«. Er bietet BuchhändlerInnen und BibliothekarInnen alle notwendigen Informationen über die derzeit erhältliche Literatur eines Landes und über die übersetzten Bücher einzelner AutorInnen. ●

Bezug: Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V., Reineckstr. 3, 60313 Frankfurt, Tel. (0 69) 2102-250, Fax 2102-227. Schutzgebühr 6 DM (ab 10 Exemplaren je 3 DM; ab 50 Exemplaren je 2 DM) plus Portokosten.

dp

DACHAUER HEFTE

Im November 1985 erschien die erste Ausgabe der »Dachauer Hefte«, mit dem für dieses Jahr wegen des vierzigsten Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus programmatischen Titel »Die Befreiung«. Im November letzten Jahres konnte nun mit »Opfer und Täter« die zehnte Ausgabe dieser wichtigen Veröffentlichungsreihe zur Verfolgtengeschichte unter dem Nationalsozialismus vorgelegt werden. Sie wird von der Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, und Wolfgang Benz, Historiker am Zentrum für Antisemitismusforschung der FU Berlin, herausgegeben und betreut.

Jede der Ausgaben hat einen thematischen Schwerpunkt (z.B. Nr. 3 Frauen im KZ), auf den sich die meisten der Beiträge beziehen. Es finden sich vor allem persönliche Erinnerungen von Betroffenen – als Wiederabdruck aus Romanen, aber auch als Erstveröffentlichungen, desweiteren wissenschaftliche Texte oder Dokumentationen über die verschiedenen Aspekte des Lagersystems im okkupierten Europa.

In »Opfer und Täter« werden in Fallstudien zu wichtigen Täter- und Opfergruppen (u.a. die Kommandanten des KZ Dachau, SS-Aufseherinnen, Zeugen Jehovas), Annäherungen an den Komplex von Schuld, Mitschuld, Verrat und Unschuld versucht. In biographischen Skizzen berichten Überlebende über ihre Erlebnisse vor und nach der Befreiung oder wird die widerspruchsvolle Geschichte eines Lageräl testen dargestellt.

Weitere Beiträge dokumentieren die Vorgänge um die verurteilten Nazi-Kriegsverbrecher oder die (Vor-) Geschichte einzelner »normaler« SS-Männer aus dem KZ Stutthof. Durch die »Dachauer Hefte« wird die Geschichte und Funktionsweise des Nationalsozialismus unter unterschiedlichen Gesichtspunkten dargestellt, dabei erweist sich die Zusammenstellung verschiedener Textformen als hilfreich. Die »Dachauer Hefte« verfolgen den Anspruch einer radikalen Humanität und den, daß es kein Vergessen der Verbrechen geben kann. In der heutigen Zeit nicht hoch genug einzuschätzende Prinzipien. ●

Bernd Hüttner

Dachauer Hefte Nr. 10, Opfer und Täter; 242 S., 22 DM, im Buchhandel

ESOTERIK & ANTHROPOSOPHIE

Auf der Suche nach einem neuen Zeitalter

Jens-Uwe Ries' neues Buch bietet zunächst einmal einen kritischen Überblick über so ziemlich alles, was derzeit als Esoterik und Anthroposophie erhältlich ist. Den Hintergrund bietet sein persönliches Suchen, das er mit aussagestarken Gedichten illustriert. Die New-Age-Versionen von Thorwald Dethlefsen bis C.G. Jung, von Wahrsagern bis zu Fundamentalchristen werden mit vielen Zitaten vorgestellt und in ihrer Fragwürdigkeit, z.B. was ihre wirtschaftliche und politische Stellung betrifft, plastisch ausgemalt. Fast die Hälfte des Buches nimmt sodann die Anthroposophie in Anspruch; dokumentiert wird ein Rundumblick über eine Fülle von Aspekten der »Lehre«, von Karma über soziale Fragen bis Politik, vom Erkenntnisweg über Pädagogik bis zum Ökofaschismus-Vorwurf. Aus kritischer Distanz stellt Jens-Uwe Ries eine Fülle von Bedenklichem und Widersprüchlichem zusammen. Den Schluß bilden, auf der Suche nach eigenen Utopien, einige Zitate anläßlich des Begriffs der Entfremdung.

Das Buch ist sorgfältig und umfassend recherchiert, die Zitate belegt, kaum je wird Leuten etwas in den Mund gelegt, alle dürfen sich aussprechen. In dreieinhalb Jahren hat sich Jens-Uwe Ries eine profunde Belesenheit auch in anthroposophischen Schriften verschafft; eigene Lebenserfahrungen (mehrjährige Arbeit in einem Betrieb des »anthroposophischen Umfelds«, Freunde, Bekannte) kommen hinzu. Das ganze gerät zu einem differenzierteren Urteil über das Thema, als man es sonst gewöhnt ist. Während vom New-Age außer der Einsicht, daß man Spiritualität nicht einfach absurd finden kann, nicht viel übrig bleibt, gesteht er den »AnthroposophInnen« jedenfalls zu, daß es da solche und solche gibt: »Es ist mit den Anhängern dieser Lehre in manchem durchaus so wie mit den Anhängern des Christentums: da gibt es Päpste – und Befreiungstheologen.« (S. 248) Die Anthroposophie als Grundlage jedoch hält er für durchweg problematisch.

Doch bei der Widerlegung geht es eher locker zu, wie überhaupt das ganze Buch bei aller inhaltlicher Schwere einen munteren Plauderton beibehält. Etwa zum Wahrheitsgehalt von Meditationserfahrungen: »Als Übung, so denke ich, zwingt der Mensch Momente der Andacht leicht in seine Ideologie oder Religion, sieht darin das, was er sehen will, nicht das, was einfach 'ist' (wenn es den solches bei all den menschlichen Theorien, was das 'Seiende' sei – oder zu sein habe – überhaupt noch geben kann).« (S. 258) Leider unterbricht sich der Faden; erst zwei Seiten später geht es in einem Zitat weiter: (Die Erkenntnis) »erschließt sich nur dem, der willens ist, diesen Weg mitzugehen – was ist das anderes als der Ausschluß methodologischen Widerspruchs sowie wissenschaftlicher Kritik und schließlich das Verlangen nach dem 'Opfer des Intellekts', das jede Religion prinzipiell von der Wissenschaft unterscheidet?« (Ries zitiert hier Leschinsky, der seinerseits einen Weber zitiert, S. 260) Gut gezielt! Hier fängt es nun an, spannend zu werden – hier hätte man vielleicht doch einmal etwas tiefer in die Materie eindringen können, es gibt schließlich heute eine Hermeneutik – und eine Konstruktivismusdiskussion in der Erkenntnistheorie. Doch tüdelüüt geht es bei Jens-Uwe Ries unbeschwert weiter mit Zitaten, hierhin und dorthin.

So ähnlich sieht es auch zu den anderen angeschnittenen Themen aus. Nach einer Weile mutet es merkwürdig an, wieviel Energie Jens-Uwe Ries daran setzt, einen Mensch und eine Weltanschauung vom Sockel zu holen. Warum eigentlich – nur weil andere eine Religion daraus machen? Verknöcherung, Arroganz, Autoritätshörigkeit, die Lehre als Ideologie, merkwürdige Äußerungen des Meisters – recht so, nur zu, all das muß herunter vom Podest. Vielleicht hätte Rudolf Steiner im eigenen Interesse noch mehr Merkwürdigkeiten von sich geben sollen – nur damit endlich das eintritt, was er sich wünschte: nämlich verstanden, nicht verehrt zu werden. Gefühlsmäßige Verehrung oder Ablehnung liegen jedoch auf der gleichen, unverstandenen Ebene, und eine echte Auseinandersetzung mit dem Kern der Anthroposophie, z.B. mit der Erkenntnistheorie, findet auch bei Jens-Uwe Ries nicht statt - und wird im übrigen auch von praktisch allen anderen Kritikern verweigert. Und ein besserer Weg der Auseinandersetzung als das um Verständnis ringende, klare Denken muß erst noch gefunden werden.

Doch »Leben in der Liebe zum Handeln und Leben lassen im Verständnisse des fremden Wollens ist die Grundmaxime des freien Menschen« (R. Steiner, Philosophie der Freiheit). Also: Jens-Uwe Ries hat uns ein Kopendium seines Suchens vorgelegt, und er ist ein Suchender geblieben.

Seine eigenen, im Untertitel angekündigten »Fragmente eigener Utopien« habe ich vergeblich gesucht – bitte gegebenenfalls um Nachricht. Gerade sie hätten mich in obigem Sinne interessiert, denn worauf will er denn eigentlich hinaus? Wie will er denn leben? Hat er andere Ideen, neue Erfahrungen? Er schließt mit einem Gedicht, von dem die ersten Zeilen lauten: »nicht ein weiterer bericht / über kämpfe / die im mir toben / und die kaum jemanden interessieren / mich selbst eingeschlossen....« Das steht schließlich auf Seite – fünfhundertundsechs. ●

Titus Bahner

READER:

Müllverbrennungsanlagen: Ein brennendes Thema

Unter diesem Titel haben die Bürgerinitiative Umweltschutz (BiU) und der Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) einen Reader herausgegeben.

Die in vier Abschnitten untergliederte Materialsammlung umfaßt das ganze Themenspektrum zur Müllverbrennung und deren Alternativen.

Die Themenspanne reicht von einem Erfahrungsbericht über die niedersächsische MVA in Hameln, bis zu möglichen Umweltbelastungen durch die MVA und die Frage, wie ein Genehmigungsverfahren für eine MVA abläuft. Aber auch Alternativen wie mechanisch-biologische Verfahren (was ist das eigentlich?) und Strategien für umweltverträgliches Wirtschaften sind in einem Kapitel zusammengefaßt.

Zusätzlich enthält der Reader einen Artikel zur Verlängerung und Sicherung der vorhandenen Deponiestandorte u.v.m. ●

Die Dokumentation ist erhältlich gegen einen Unkostenbeitrag von 10 DM bei der BiU Hannover, Stephanusstr. 25, 30449 Hannover, Tel. (05 11) 44 33 03, Fax 44 05 79.

dp

PREISWERT REISEN

Portugal für IndividualistInnen

Portugal, Inbegriff eines Sommer-Sonnen-Reiselandes, droht besonders in der Hauptsaison aus allen Nähten zu platzen. Dann sind die meisten Abschnitte der berühmten Algarve fest in TouristenInnenhand. Und dennoch: Gewußt wie und wo, bietet das Land traumhafte Bedingungen für Reisende, die mehr wollen, als sich an überfüllten Stränden in der Sonne zu aalen. Für all diejenigen, die über die einschlägigen Touristenhochburgen hinaus die wirklich liebenswürdige Seite des Landes kennenlernen möchten, ist der soeben in der 6. Auflage erschienene und völlig überarbeitete Reiseführer aus dem Hayit Verlag ein überaus nützlicher Begleiter.

Mit Routenvorschlägen wie »Baderoute«, »Kleine Portugalrunde«, »Große Portugalrunde« und »Unbekanntes Portugal« versuchen die Autoren, den verschiedenen Ansprüchen Portugal-Reisender gerecht zu werden.

Akribisch sind die verschiedenen Anreisemöglichkeiten recherchiert und die wichtigsten reisepraktischen Informationen zusammengetragen. Kompetent und gut aufbereitet, bieten die vielen Aspekte zu Geschichte und Politik, Kunst und Kultur, Bevölkerung und landestypische Gegebenheiten dem Reisenden einen abgerundeten Überblick über das Urlaubsland Portugal. Der Reiseteil läßt nichts aus, beschreibt sowohl die Highlights als auch die unbekannten Seiten, gibt Tips für lohnenswerte Ausflüge, sehenswerte Bauwerke abseits der Hauptrouten, urwüchsige Orte im Hinterland.

Lesenswert sind auch die vielen kleinen Reise-Erlebnisse, die mit dazu beitragen, Land und Leute der Leserin und dem Leser näherzubringen.

Portugal – ein schönes Reiseland, und vor allen Dingen so ungeheuer vielseitig und abwechslungsreich. ●

dp

Preiswert reisen: Portugal, 336 Seiten, Karten, Farbfotos, 29,80 DM, Hayit Verlag, Köln

JOBS

Garten- und Landschaftsbau – Betrieb in Selbstverwaltung – sucht GärtnerIn für den Bereich GALA-BAU, Wohnmöglichkeit vorhanden, auch ist ein Wohnprojekt angegliedert, so daß über das Arbeiten hinaus Pläne geschmiedet werden können. Bewerbung schriftlich an: GRÜNBAU, Allee 4, 31061 Alfeld/Leine

DIE WIESE – Solarenergietechnik in Selbstverwaltung will wachsen und sucht erfahreneN Gas-/Wasser-InstallateurIn, gerne MeisterIn. Wir sind z.Zt. 1 w und 4 m.
DIE WIESE
Talstr. 227
D-67434 Neustadt
☎ (0 63 21) 35 44 97

Bioland-Gärtnerei sucht freundlichen und engagierten **Kollegen/in für Verkauf und Gartenbau**. Wir sind 15 Personen und bewirtschaften gemeinsam 4.000 qm Glasfläche und 28 ha Freiland. Wir bauen ein breites Spektrum verschiedener Gemüsesorten an und verkaufen dieses auf 12 Wochenmärkten, im Naturkosthandel und Naturkostgroßhandel. Wenn Sie Interesse haben für uns auf dem Wochenmarkt zu verkaufen **und** in der Gärtnerei mizuarbeiten, bewerben Sie sich bitte bei:
Gärtnerei Ulenburg
Dorfstr. 89
D-32584 Löhne (bei Bielefeld)
☎ (0 57 32) 7 28 48 (Mo-Fr 9-17 Uhr)

Tagungshaus in Norddeutschland sucht Menschen mit Engagement und Idealismus zum zusammen arbeiten und leben.
☎ /Fax (0 42 34) 25 38

Ehemaliges **Druckereikollektiv**, gegründet 1979, seit 5 Jahren eine Mitarbeits-GmbH mit kollektivem Arbeitgeber, sucht einen neuen Kollegen, der nach wie vor Lust auf die Selbstverwaltung und auf sein Handwerk hat.
Unser Betrieb befindet sich ca. 40 km südlich von München. Wir sind 9 MitarbeiterInnen und suchen einen **Offsetdrucker**, vierfarbsicher, für Heidelberger SORS-Einfarben, 70x100.
Nähere Infos:
Ulenspiegel Druck GmbH
Besengassl 4
D-82346 Andechs
☎ (0 81 52) 33 66
Guido oder Rainer verlangen.

JOBS

Wir suchen Leute, die an der Übernahme einer Schreinerei im Raum Hamm/Bergkamen interessiert sind. (U.a. ist auch Wohnraum vorhanden.)
WIR e.G.
Ostenhellweg 49
D-59192 Bergkamen
☎ (0 23 89) 21 74

Wir suchen **Schreinergeselle/in oder SchreinermeisterIn** mit Berufserfahrung für Arbeiten an historischen Bauwerken. Unser Aufgabenbereich liegt in der Begutachtung, Dokumentation, Restaurierung, Konservierung, Ergänzung und Rekonstruktion wertvoller Ausstattungen.
Holzmanufaktur, Jakobskirche, Rottweil
☎ (07 41) 4 21 51

AUSSCHREIBUNG

Im Fb Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe Universität, Frankfurt sind in dem Forschungsprojekt »Selbstverwaltete Betriebe in Hessen«, zwei wissenschaftliche Hilfskraftstellen mit Abschluß (82/Std./mtl.) und eine studentische Hilfskraftstelle (80 Std./mtl.) zu besetzen. Das Projekt wird von der DFG gefördert. Die Laufzeit beträgt 17 Monate. Beginn 1. Mai 1995.
Erwartet wird bei den wissenschaftlichen Hilfskräften:
- theoretische Kenntnisse der einschlägigen ökonomischen und soziologischen Ansätze;
- gute Kenntnisse und Erfahrung in der Anwendung von Methoden der emoirischen Sozialforschung;
- gute Kenntnisse und Erfahrung in der EDV-gestützten Dateneingabe-, -kontrolle und -auswertung.

Bei der studentischen Hilfskraft:
- Grundkenntnisse der empirischen Sozialforschung;
- Grundkenntnisse in Datenauswertung.

Bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt eingestellt. Bewerbungen sind bitte bis zum 3. März 1995 zu richten an Dr. Frank Heider, J.W. Goethe Universität, Fb Geselschaftswissenschaften, wBE Methodologie, Senckenberganlage 15, D-60054 Frankfurt.

VERKÄUFE

Komplette, kleine Druckerei zu verkaufen.
☎ (0 72 53) 2 44 94, Fax 2 20 26

JOBSUCHE

Wer bietet in gemischtem Alternativbetrieb Ausbildungsplatz für Tischlerin oder wer kann mir mit Adressen (ganz Deutschland) weiterhelfen?
☎ (0 30) 611 42 91

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

PROJEKTE

»Solidargemeinschaftshof-Projekt« der »Bremer Commune« sucht an biologischen Landbau interessierten, nicht etablierten Menschen. Sie (er) hat die Möglichkeit, eigene Ideen im Bereich der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft umzusetzen.
Alma Remmers, Fleetstr. 9, D-28219 Bremen
☎ (04 21) 396 18 97

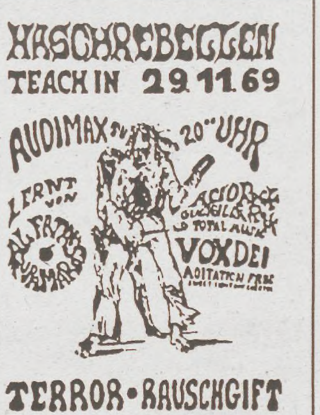
2 Kinder (3 u. 6 J.) und 6 Erwachsene (21-35 J., 2 Frauen, 4 Männer) suchen eine Frau, gerne über 30 J. und auch gerne mit Kind, die mit uns einen Resthof bei Verden beleben will. Unser Garten, unsere Ziegen, Hühner u. Bienen sollen gedeihen wie wir, drum freuen wir uns, wen auch Du Interesse dafür mitbringst.
☎ (0 42 31) 6 87 08

Große Land-WG zwischen HB u. Verden mit Mosterei, Töpferei, biolog. Baustoffladen i.Gr. und Perspektiven sucht nette, engagierte Menschen (mögl. mit Kind um die 5 Jahre), die in ein ökologisches & selbstverwaltetes Projekt einsteigen wollen.
☎ (0 42 04) 14 97

Ich Uli, mache seit einigen Jahren innerhalb der **Großkommune Niederkaufungen** (z. Zt. 60 Menschen), allein Kleinlandwirtschaft. 5 Milchkühe mit Nachzucht, 1 Sau mit Nachzucht, Milchverarbeitung, Fleischerzeugung, Futterbau – seit letztem Jahr mit verbessertem Provisorium (kl. Tretmiststall).
Ich suche 1-3 Leute, die aus diesen Anfängen mit mir zusammen einen kollektiven Arbeitsbereich aufbauen wollen. Infos bei Uli Schmid, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 23

BIO FACH '95

Internationale Fachmesse für Naturkost und Naturwaren, Frankfurt, Messegelände. **2. bis 5. März 1995**
Internationale Handelskonferenz der IFOAM (Welthandelsverband der ökologischen Anbauverbände), Frankfurt, Messegelände, 28.Februar bis 2. März 1995



Plakatmappe: Stadtguerilla

Plakate der letzten 25 Jahre. 14 verschiedene Plakate (teilweise vierfarbig/DIN A3). Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu. Pro Exemplar 30 DM plus Versandkosten 10 DM (nur gegen Vorkasse bar/Scheck). **Bestellungen über:**

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

AUSBILDUNG

Trauerprozesse und Zyklische Gruppenarbeit
Einjährige Ausbildung, Beginn 3/95
Infos bei: TrauerWege e.V.
Greiffenklaustr. 15
D-55116 Mainz
☎ (0 61 31) 23 11 00

Täglich links:

Die Tageszeitung **junge Welt**

Jetzt im Test-Abo: Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name ....

Str./Nr. ....

PLZ/Ort ....

Unterschrift ....

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/ 2. Unterschrift ....

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

LINKE OPPOSITION IN MOSKAU
ZWISCHEN STALINISMUS UND SUBKULTUR
ZWEITEILIGES DOKUMENTARVIDEO, 150 MIN., BERLIN 1994
DEUTSCH SYNCHRONISIERT. MUSIK VON MONGOL SHUUDAN U.A.
VERLEIH DURCH AUTOFOCUS
ORANIENSTR. 45 10969 BERLIN TEL o3o/6155458

... und nie davon träumt, Zahn oder Messer zu sein

graswurzel revolution
FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

In der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung ist zu lesen

★ **Anarchy in the UK '94**. Eindrücke von den britischen Libertären Tagen ★ Geld, Markt & Macht. Die Konsequenz: Abschaffung des Geldes ★ Die Ideologie der **Neuen Rechten** ★ Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien ★ **Rembetiko**: Griechischer Blues - immer nur gut? ★ **Max Nettlaus** Anarchismus ★ Über die Gewalt, die sich hinter der Gewalt versteckt ★ Frieden für Nord-Irland? ★ Libertär-antimilitaristische Gruppen in der Türkei ★ Antimilitarismus in der Ära Adenauer: Zeitzeugnisse und Dokumente aus dem Nachlaß von **Theodor Michaltscheff** ★ Die Arbeit der Peace Brigades International in Sri Lanka ★ Gewaltfreie Kampagne gegen Straßenbau in London ★ **Buchbesprechungen**: Dreyfus; L´Affiche Rouge: Wider die Mythenbildung in der französischen Résistance; Briefwechsel zwischen Landauer und Mauthner u.v.m

Graswurzelrevolution-Sonderhefte Anarchismus und gewaltlose Revolution heute, 92 S., 8 DM. **Kritik der parlamentarischen Demokratie**, 100 S., 10 DM.

Schnupperabo (4 Ausgaben) 10 DM gegen Vorkasse. **Jahresabo** (10 Ausgaben) 35 DM.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/1403

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 52 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 **Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 **Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 **Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01277 **Dresden**, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; **Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin**, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 10999 Berlin**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften: 79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk: 69035 Heidelberg**, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Jugendumweltbewegung: 37073 Göttingen**, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; **Sozialpolitik: 80337 München**, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Naturkost: 49008 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67433 Neustadt/Weinstr.**, Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

☆ eine pluralistische Stimme der marxistischen Linken in Deutschland
☆ partei- und organisationsunabhängig
☆ erscheint seit 1990

Nr. 17, März '93:
Sozialismus - Neuansätze nach dem Crash (II)
Nr. 18, Juni '94:
Anthropologische Lücke im Marxismus?
Nr. 19, Sept. '94:
Gewerkschaften '94 Politik und Alternativen
Nr. 20, Dez. '94:
Marxismus - Historismus - Restauration
Nr. 21, März '95:
Demokratie im Metropolenkapitalismus Herrschaft und Grenzen der Emanzipation
Nr. 22, Juni '95:
Friedrich Engels

Außerdem in jedem Heft: Standpunkte, weitere Beiträge, Berichte, Kritik/Diskussion, Buchbesprechungen
176-276 Seiten
Einzelheft: 18,- DM
Jahresabo: 54,- DM (4 Hefte)
Im Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66, D-60327 Frankfurt/M., Tel. 069/7392934

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Alternative Wirtschaftskonzepte
Ökologische Wirtschaftspolitik in Aktion – Betriebliche Erfolge und Strategien
Seminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Gustav-Heinemann-Akademie, Freudenberg.
Termin: 3. bis 5. März 1995
Information & Anmeldung:
Elmar Sing
Löwenstr. 8
68259 Mannheim
☎ (06 21) 79 10 26

EUZ

Bildungsurlaube:

Anders leben – Anders arbeiten
Können neue Lebens- und Wohnformen die Isolierung bzw. die Probleme der Kleinfamilie aufheben? Wie können Rollenverhalten und Hierarchie abgebaut werden?
Es geht einerseits um unser Alltagsverhalten: was können und wollen wir verändern in unserem Beruf, der Freizeit, unserem Konsumverhalten? Andererseits werden wir unsere Kommunikations- und Umgangsweisen hinterfragen müssen, die zunehmende Isolierung der Einzelnen in der industriellen Leistungsgesellschaft.
Wir möchten dazu die politiven und negativen Erfahrungen unseres Projektes vorstellen, in dem wir seit 14 jahren verschiedene andere Formen des Zusammenlebens und -arbeitens zu praktizieren versuchen. Zur Zeit arbeiten wir mit 33 Menschen in verschiedenen Bereichen.
Termin: 13. bis 17. März 1995

Ökologie und Ökonomie
In diesem Bildungsurlaub werden die politischen, betrieblichen und persönlichen Aspekte für zukünftiges ökologisches Wirtschaften erörtert. Dazu werden wir Gespräche mit Verantwortlichen aus Betrieben, Gewerkschaften und Umweltverbänden führen. Alternative Wirtschaftsmodelle werden der weltweiten Wachstumsdynamik und ihrer Konsequenz, der Umweltzerstörung gegenüber gestellt.
Termin: 27. bis 31. März 1995

Prima Klima?!
Neues aus der Atmosphäre – Sind wir noch zu retten?
Wir werden uns mit der Entstehung von Schadstoffen befassen, Schwefel, Chlor und andere Elemente erforschen, über Ozonlöcher und andere Konsequenzen diskutieren. Erkundungen und Expeditionen zum KlimaStädteBündnis, zu ökologisch arbeitenden Betrieben und Initiativen machen uns über lebbare Alternativen schlau. Was können wir tun, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten?
Termin: 27. bis 31. März 1995
Anmeldung & Information:
Energie- und Umweltzentrum (EUZ)
D-31832 Springe-Eldagsen
☎ (0 50 44) 3 80
Fax 46 40

LKD

Arbeitstechniken im Team
Die Bewältigung von Zeitproblemen und Techniken der Teamarbeit im beruflichen Arbeitsalltag vermittelt dieses am 10.3.95 stattfindende Seminar, daß von der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogischer Dienste/Jugendkunstschulen NRW e.V. (LKD) veranstaltet wird.
Anmeldung & Information:
LKD e.V.
Luisenstr. 22
D-59425 Unna
☎ (0 23 03) 6 93 24
Fax 6 50 57

GELBER KLANG E.V.

Wider die Resignation – Mit Spaß im Team
Miteinander reden und weniger gegeneinander. Sich offen begegnen, auch wenn persönliche Differenzen deutlich sind. Miteinander leben im Augenblick, wo die materielle Existenz betroffen ist. Resignation in der Arbeitsgruppe ist traurig. Ursachen können sein: Verschiedene Strategien, voneinander abweichende Arbeitshaltungen oder auch schlichte Mißverständnisse. Strukturelle Meinungsunterschiede können dann rasch in persönliche Konflikte münden. Mit einem kreativen Methodenmix aus Moderation, Supervision und indianischer Tradition möchten wir an Wochenend-Seminaren Konfliktursachen aufspüren und Kränkungen verarbeiten helfen. Innerhalb eines besinnlich ökologischen Rahmens wollen wir den Blick richten auf unsere Art der Kommunikation und Fähigkeit zur Kooperation. Die Akademie Gelber Klang organisiert in Kooperation (Antrag läuft) mit der Stiftung Regenbogen die ersten beiden Seminare an den Orten:
Kloster Magnusheim (bei Landsberg, letztes Wochenende im April
und Kloster Zangberg (bei Mühldorf), letztes Wochenende im Mai
Kosten wird es bei Kooperation mit der Stiftung Regenbogen ca. 80 DM
Anmeldung & Information:
Dr. Franz Will
☎ (0 89) 725 88 85
Dr. Peter-Julius Herrmann
☎ (0 81 78) 43 13
Gelber Klang e.V.
Niederried 26
D-82069 Hohenschäftlarm
Fax (0 81 78) 90 19

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Überzeugen in Wort und Bild
Eine Einführung in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
20. bis 24.2.95
Wirtschaftlich und sozialpolitisch im selben Betrieb
Entwicklungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen Standbeinen für soziale Betriebe, Mischformen zwischen totaler Subventionierung und wirtschaftlicher Selbständigkeit
27.2. bis 3.3.95
Frauen-karriere« im Handwerk
Informationen über Berufe im Handwerk
1.3.95 (Abendveranstaltung, Anmeldung erforderlich)
Jetzt geht's los!
Berufsorientierung
3.-5.3.95
Buchführung für Freiberuflerinnen
10.-12.3.95
Buchführung für Vereine
27.-29.3.95
Welche Öffentlichkeitsarbeit braucht der soziale Bereich?
Sponsoring als Möglichkeit, finanziell gefährdete Projekte zu erhalten
24.3.95 (Tagesseminar, Anmeldung erforderlich)
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

UNTERNEHMENSBERATUNG

. einen Punkt besser! Weiterbildung für beruflichen Erfolg und persönliches Wachstum – Informationen zu den Veranstaltungen 1995 (Personalarbeit, Kostenmanagement, Verhandeln gehört zum täglichen Geschäft, Entspannung im Alltag u.v.m.) erhalten Sie bei Unternehmensberatung Kirsch, 22765 Hamburg, Bahrenfelder Str. 169, Fax (0 40) 390 61 88

RAT & PLAN

Aufgaben im Peronalbereich
Wie gehen Sie mit der Personalakte um? Aufbau und Nutzen der Stellenbeschreibung für den betrieblichen Ablauf. Was müssen Sie bei der Anstellung von Aushilfen beachten? Wie gestalten Sie eine Abmahnung? Wie gestalten Sie Arbeitsverträge? Wann kann welche Partei kündigen?
Das Seminar behandelt die betriebswirtschaftliche und arbeitsrechtliche Seite gleichermaßen und bietet praktische Lösungswege.
Termine: 8.3./9.3./22.3./23.3.95
jeweils von 18 bis 21 Uhr

Der Schritt in die Selbständigkeit
Dieses Seminar wird Ihnen vermitteln, wie Sie die Gründung eines eigenen Unternehmens planen können. Die Themen: Gründungsplanung, Finanzierung, Gründungsformalitäten, Steuern, Rechtsformen u.a.m.
Termine: 15.3./16.3./17.3.95
jeweils 18 bis 21 Uhr
Inormation & Anmeldung:
Rat & Plan GbRmbH
Am Felde 2
D-22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Marktplatz der ökologisch verantwortungsvollen und politisch engagierten Betriebe und Projekte. Erstmalig als Handbuch und stark erweitert, werden sie voraussichtlich Ende März/Anfang April erscheinen. Für 30 DM (im Abo 20 DM) gegen Vorkasse erhältlich über die CONTRASTE-Redaktionsanschrift.

DROGENARBEIT

Ohne Mythen und Tabus in der Drogenarbeit
Ein einmaliger Dialog zwischen Cocabauern aus Bolivien, ExpertInnen zur Legalisierungsdiskussion, MitarbeiterInnen aus der Drogenarbeit und Interessierten. Gibt es einen Drogenfrieden?
Termin: 17.-19.3.95 in Nürnberg
VeranstalterInnen: Paulo Freire Gesellschaft / AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, D-80337 München, Informationsstelle Peru, in Kooperation mit Regenbogen Bayern

ÖKOSTEUERN

– Ein Weg zum ökologischen Umbau der Wirtschaft?
Seminar der Initiative »Netzwerk Dreigliederung« am Freitag, 24.3.95 im Rudolf Steiner Haus Frankfurt
Information & Anmeldung:
Initiative »Netzwerk Dreigliederung«
c/o Büro Strawe
Haußmannstr. 44a
D-70188 Stuttgart

SEM-SOMMERTREFFEN

Auch im 10. Jahr macht die Sozialhelferstation »Ein Dach über'm Kopf – Menschen in Not« gemeinnütziger Sozialverband e.V.-Bundesstelle (SEM) ein Sommertreffen. Auf vielfachen Wunsch in der Zeit vom 15. bis 18. Juni 1995 in Bielefeld. Die Anmeldegebühr beträgt 200 DM. Tatsächliche Kosten werden verrechnet. Thema: Armut – unberechtigte Kindeswegnahme, Behördenwillkür... »Einer trage des Anderen Last«
Anmeldungen & Rückfragen:
SEM, Postfach 14 48
48695 Stadtlohn
Fax (0 25 63) 62 78

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg

ÖKOLOGIE

»Hygiene in Kleinkläranlagen«
Auf dem Weg zum abwasserfreien Haus
Eine interessante Veranstaltung, für alle, die sich für Pflanzenkläranlagen, Wassersparen und ähnliches interessieren.
Termin: 3.3.95 im Bürgerhaus Helmstedt
Nähere Informationen:
IDA e.V.
c/o Jost Schosning
Schulstr. 3
D-38459 Bahrdorf
☎ /Fax (0 53 64) 18 27

UTOPIE

Eine Struktur für die Freiheit – Utopische Gesellschaftsentwürfe
In einer Zeit, in der sich viele von Utopien verabschieden, hat der Utopie-Arbeitskreis im Gewaltfreien Aktionsbündnis Hamburg einen detaillierten Vorschlag für eine freiheitlich-solidarische Gesellschaftsverfassung erarbeitet. Ausgangspunkt dieses Entwurfs ist die Freiheit eines jeden Menschen, seine Lebensweise, seine Bedürfnisse und seine Beziehungen zu anderen Menschen selbst zu bestimmen. Dieses Recht hat seine Grenze dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Aber wie wird diese Grenze bestimmt? Wie werden Konflikte zwischen widerstreitenden Freiheitsansprüchen gelöst?
Der Utopie-Arbeitskreis beantwortet diese Fragen mit einem Vorschlag, der Gedanken verschiedener Ideenrichtungen miteinander verbindet: die Utopie einer freien Marktwirtschaft wird kombiniert mit der sozialistischen Utopie vom gemeinschaftlichem Eigentum der Produktionsmittel. Staatliche Gewalt ist abgeschafft zugunsten von gewaltfreier Austragung von Konflikten.
Termin: 12. bis 14. Mai 1995
Anmeldung & Information:
Kurve Wustrow
Kirchstr. 14
29462 Wustrow
☎ (0 58 43) 5 07
Fax 14 05

FRAU & COMPUTER

Special: Mädchen-Kurse
»Wir lassen uns den Spaß nicht verderben!«
Weil die Jungen die Mädchen nicht 'ran lassen, brauchen sie Kurse für sich! Kurse, in denen Mädchen alle Fragen stellen können, in den sie den Zugang zu der »männlichen Technik« finden.
Die **Frauen-Computer-Schule** startet deshalb 1995 mit zwei Angeboten für Mädchen:
nachmittags 1. bis 3.3. von 15 bis 17.30 Uhr
vormittags 19. bis 21.4. von 10 bis 13 Uhr
In diesen Kursen lernen sie spielerisch, was an der Kiste wirklich dran (bzw. drin) ist, wie die maus zu bedienen ist und wie einfach und schnell kleine Grafiken gestaltet werden können. das macht Spaß – und ist optimal, um in die »Geheimnisse« der Datenverarbeitung einzustiegen.

Kombis stark gefragt
Dabei geht es nicht um Mode oder Autos, sondern um die **Kurs-Kombination: DOS, Windows und Word für Windows.** Genau das ist die Mischung, die heute sehr viele Frauen brauchen – sei es zu Hause, weil jetzt endlich ein PC angeschafft wurde – sei es im Büro, wenn schön gestaltete Texte gefragt sind. Die **Kombis der Frauen-Computer-Schule** finden entweder tagsüber (eine Woche), halbtags (zwei Wochen von 9-12 Uhr) oder abends (zweimal pro Woche von 18-12 Uhr) statt. Die einzelnen Termine können bei der u.a. Anschrift der Frauen-Computer-Schule abgefragt werden.

Expertinnen schulen Expertinnen auf DOS und Macintosh – für Grafikerinnen und andere Kreative!
Die Grafik- und Designbranche ist heute ohne die EDV nicht mehr vorstellbar. Berufliche Weiterbildung ist deshalb in dem EDV-Bereich sinnvoll, der spezielles Wissen von Grafikerinnen für Grafikerinnen vermittelt. Weit verbreitete Anwendungen sind Grafik-Programme wie QuarkXPress und PageMaker. Die Bildbearbeitung am Computer ist heute ohne Photoshop nicht mehr vorstellbar.
Termine und weitere Infos über:
Frauen-Computer-Schule
Angelika Huber
und Elisabeth Seidel
☎ (0 89) 167 55 89
Fax 168 80 25

GELDPOLITIK

Geld arbeitet – wer zahlt die Arbeit?
Unter diesem Titel lädt der Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen e.V. (ZBB) zu einem Ost-West-Dialog, in dem es insbesondere um den Zusammenhang von Geldpolitik und Arbeitslosigkeit geht, vom 24. bis 27.2.95 in Naumburg, Sachsen-Anhalt, ein.
Nähere Informationen über:
ZBB e.V.
Adlzreiterstr. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 721 14 12
Fax 77 40 77

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp in Hamburg
Die Anarchistische Föderation Hamburg (AFH) plant für die Zeit vom 22. bis 30. Juli 1995 ein Sommercamo auf einem Campingplatz in der Nähe von Hamburg. Eingeladen sind alle AnarchistInnen, die für den Sommer noch keine Pauschalreise gebucht haben.
Leute, die Lust haben daran teizunehmen, jetzt oder später mehr Infos zu bekommen oder sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen, sollten sich an die AFH, c/o Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27
D-20357 Hamburg
wenden.

UTOPIE

Utopie-Projekt Münster:

Zukunftswerkstätten:
Plädoyer für ein Ende der Männerwirtschaft
Veronika Bennholdt Thomsen
18./19.2.1995
Utopie ohne Zwangsbeglückung
Horst Stowasser
18./19.2.1995
Provos, Hippies ... und weiter?
Roel van Duyn
4./5.3.1995
Freistaat Christiania – ein »soziales Experiment«
Morten Kristiansen
4./5.3.1995
Die »Geistige Republik Zitzer«
Werner Paczian
4./5.3.1995
»Männer-Utopien«/Frauen-Utopien
N.N./Erich Landrocker
18./19.3.1995
Synthetische Utopien und Traumwelten
N.N.
25./26.3.1995
Detailierte Infos:
Utopie-Projekt Münster
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
48151 Münster

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.